

**H.-Eberhard Schultz (RA)**

Büroanschrift: Bremen (Rechtsanwälte Schultz und Reimers)  
Lindenstr. 14, 28755 Bremen e-mail: schultzhber@online.de

Büroanschrift Berlin: (RAin Renate Schultz)

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin e-mail: [raschultzberlin@gmx.de](mailto:raschultzberlin@gmx.de)

Mobil: 0172 4203 768

Tel.: 0421 66 30 90

Fax: 0421 65 65 33

Tel.: 030 4202 2163

TEBekämpfung10.2001.2002.doc (21.03.2002hu-scho)

## **Wie der Terrorismus bekämpft wird**

### **Vom Menschenrechts – Imperialismus zur internationalen „Anti-Terror-Allianz“ – Eine Streitschrift gegen die neue Weltkriegsordnung und ihre Vollstrecker nach Außen und Innen**

Dieser Text entstand aus der aktuellen Auseinandersetzung um die Terroranschläge vom 11. September des Jahres, in den Medien, in Gesprächen und Diskussionen im Beruf und Alltag – in Gaststätten, auf der Straße und auf Reisen schien es Wochenlang kein anderes Thema mehr zu geben – vor allem aber im Zusammenhang mit Veranstaltungen, Demonstrationen und Aktionen der neuen Anti-Kriegs Bewegung in Berlin. Der berechtigten Ablehnung des Krieges durch die Mehrheit der Bevölkerung, der Flut von Debatten und populärwissenschaftlichen Beiträgen in allen Massenmedien und dem unermüdlichen Willen der FriedensaktivistInnen, den Krieg zu stoppen, steht ein Mangel an Klarheit über die Ursachen und Perspektiven nicht nur des Krieges, sondern auch einer radikalen Position gegenüber; nicht zuletzt aufgrund des Einflusses eines „Rot – Grün“ Parlamentarischen Projekts, das immer noch soziale Reformen, den Einsatz für Menschenrechte und Frieden verheißt und von der Bevölkerung verlangt, dafür Opfer zu bringen. Dabei haben Bundeskanzler Schröder und Innenminister Schily mit ihren Erklärungen am Tage der Anschläge ihre Marschrichtung vorgegeben: Die Rede vom „Angriff auf die gesamte Zivilisation“ und davon „daß nichts mehr bleibt, wie es war“ haben in der Verkündung der „uneingeschränkten Solidarität mit den USA“, dem Einsatz der Bundeswehr im mittleren Osten und den Gesetzesmaßnahmen zur „inneren Sicherheit“ ihren ersten konkreten Niederschlag gefunden. Steuererhöhungen, die Forderung, auf das Weihnachtsgeld zu verzichten und die Ankündigung einer „Reform des Gesundheitswesens“ auf Kosten der armen und werktätigen Bevölkerung folgten auf dem Fuße, von den verstärkten Massenentlassungen im Rahmen der schweren ökonomischen Krise ganz zu schweigen. Dem gilt es entschieden entgegenzutreten und den halbherzigen KritikerInnen dieser Entwicklung klarzumachen: Von einer „Zeitenwende“ zu reden und „neue Frage zu stellen, auf die neue Antworten erforderlich sind“, ist nur begrenzt richtig. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, daß die neue Qualität der Anschläge und das Leid der Opfer instrumentalisiert wird um alte und gefährliche Pläne von Weltherrschaft und der Unterdrückung radikaler und systemkritischer Opposition in die Tat umzusetzen.

Deshalb greift der Text auch nicht nur auf aktuelle Analysen und weitergehende Untersuchungen zurück, sondern auf die Geschichte des „Anti-Terror-Kampfes“ nach dem zweiten Weltkrieg vor allem

in Lateinamerika und dem nahen Osten, aber auch bei uns. Denn genauso wie die Wortführer und Propagandisten der internationalen Allianz gegen den Terror auf alte Analysen und Strategien zurückgreifen, scheint es mir wichtig, die Lehren aus der Auseinandersetzung um diese Fragen auf politischer, völkerrechtlicher und menschenrechtliche Ebene zu beherzigen. Hierbei kann ich zurückgreifen auf eine Reihe von Beiträgen aus früheren Veröffentlichungen und Erfahrungen als Rechtsanwalt und Verteidiger in „Terrorismusverfahren“ zugrunde liegen.

## **Die „Terrorismus-Bekämpfung“ als Schlüsselfrage für die Entwicklung der Kriegsallianz einerseits, sowie der Antikriegsbewegung andererseits**

### **1.**

#### **Die Dimension und die besondere historische Bedeutung der Anschläge und die Kritik der ersten Sicherheitsmaßnahmen**

##### 1.1.

Abschied vom „gesunden Menschenverstand“ in Sicherheitsfragen – Züge kollektiven Wahns

##### 1.2.

Sinnvolle Maßnahmen setzen Klarheit über die Täter, die Verantwortlichen und die Ursachen der Anschläge voraus.

##### 1.3.

Stichworte zur historischen Bedeutung der Anschläge und ihrer Relativierung (insbesondere die These von Noam Chomsky).

##### 1.4.

Stichworte zur tiefen Krise des neoliberalen, globalisierten Kapitalismus (Beiträge aus Kuba, der „monde Diplomatique“).

### **2.**

#### **Der „internationale Kampf gegen den Terrorismus“ als eine „Hauptaufgabe“ der US-Administration seit 1983**

##### 2.1.

„Terrorismusbekämpfung“ und „Staatsterrorismus“ – der Doppelstandard der USA (Noam Chomsky's Analyse)

##### 2.2.

Keine allgemeingültige Definition des Terrorismus

## 2.3.

Exkurs: Die Rolle der Gewalt in der Geschichte

- progressive Gewalt in Abgrenzung zu den mittelalterlich-reaktionären Kampfformen und Zielen bestimmter fundamentaler islamistischer Gruppen (auch wenn der „Islamismus“ bestimmte globale Modernisierungstendenzen unterstützt).
- Das Problem des emanzipatorischen Charakters „nationaler und antiimperialistischer Befreiungsbewegungen“ ohne führende Rolle wirklich sozialistischer Organisationen und Staaten.

**3.****Erosion der Bürgerrechte**

## 3.1.

Abbau demokratischer Rechte, Militarisierung nach außen und Faschisierung nach innen am Beispiel der USA und Englands

## 3.2.

Schily's „Anti-Terror-Gesetze“ – auf dem Weg in den „Überwachungsstaat“

## 3.3.

Schwerpunkt Rassismus – die vorprogrammierten „Kollateralschäden der inneren Sicherheit“ (vgl. frühere SEK-Überfälle und polizeiliche Todesschüsse, z.B. H. Dener, A. Muawiya, K. Kalkan und A. Ghazi).

## 3.4.

Die Rolle des neu eingeführten „Anti-Terror-Paragrafen“ 129b eine Kriegserklärung an die neue Friedensbewegung und radikale „GlobalisierungsgegnerInnen“.

## 3.5.

Exkurs: Der Einfluß der „Terrorismus-Bekämpfung“ auf revolutionäre Befreiungsbewegungen am Beispiel der Kurdischen Arbeiterpartei PKK (GNN-Buch, S. 21 und 39/40, 74-76)

**4.****Die neue Qualität des ersten Krieges im Dritten Jahrtausend**

## 4.1.

Beginn des 3. (imperialistischen) Weltkrieges, Abschied vom „Menschenrechts-Imperialismus“, Auflösung von Völkerrecht und Vereinten Nationen

## 4.2.

Exkurs: Zur Geschichte der „Terrorismus-Bekämpfung“ in der USA und der BRD mit dem Instrumentarium des § 129a

- Der Einfluß der „Terrorismusbekämpfung“ auf den Niedergang der Bewegungen für nationale und soziale Befreiung am Beispiel der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)
- Der Kampf gegen den Terrorismus seit den achtziger Jahren und seine Vorläufer (Beweisantrag im Düsseldorfer PKK-Verfahren)
- neuer imperialistischer Raubkrieg als Beginn des Dritten Weltkrieges, Ende des Menschenrechtsimperialismus als vorherrschendes Kriegskonzept – das Konzept der „internationalen Anti-Terror-Allianz“ schafft ein klares und dauerhaftes Feindbild nach außen und innen und dient gleichzeitig als ideologischer Kitt für die neue Weltkriegsordnung: Die Festung des reichen Nordens gegen die Opfer des neoliberalen Konzepts.
- Die Re-Kolonialisierung ohne Wiederherstellung der früheren „idyllischen Verhältnisse“ (Auszüge aus dem Beitrag „Für die Errichtung eines „internationalen Strafgerichtshofs? Kritische Anmerkungen zu einem globalen Menschenrechtsprojekt“ vom Mai 2001, Beitrag für die Zeitschrift „Ossietzky“)

## 5.

**Die Konsequenzen für die neue „Anti-Kriegs-Bewegung“ und die „Anti-Globalisierungsbewegung“**

\*\*\*\*\*

Noch am diesjährigen Antikriegstag, dem 01. September, schien es in Berlin so, als würde die Frage von Krieg und Frieden nur eine handvoll Aufrechter interessieren, die mit ein paar Informationsständen am Alexanderplatz u. a. präsent waren. Auch wer die von Dr. Seltsam organisierte Lesung von Karl Kraus' „Die letzten Tage der Menschheit“ in „Club Voltaire“ von SchauspielerInnen und LehrerInnen vor handverlesenem Publikum miterlebt hat, war hin und her gerissen von der gleichsam abstrakten Aktualität der Texte vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen in Makedonien und treffenden Charakterisierung des k.u.k. - Deutsch - Österreichischen „Untertanen“ und Sensationsreporters auf der einen und der Tatsache, daß sich niemand hierfür wirklich zu interessieren schien, auf der anderen Seite.

In den Tagen nach den Anschlägen begann eine intensive Diskussion über die Hintermänner und die Folgen, die sich unter anderem in der „Jungen Welt“, der Zweiwochenschrift „Ossietzky“ und dem Internet u. a., z. T. auch in der „TAZ“ und dem „Neuen Deutschland“ – jeweils parteipolitisch „gefärbt“ – widerspiegelte. Viele, die sich bereits früher in den verschiedenen betroffenen Bereichen engagiert haben, begann klarzuwerden, was auf die Menschheit zukommt. Am 19.09. habe ich für diese Diskussion einen kurzen Text zu den „brennenden Fragen“ versandt, in dem es unter anderem heißt:

#### NACH DEM TERRORANSCHLAG AUF DAS WTC – VOR DEM GLOBALEN KRIEG?

Überlegungen zu den aktuellen Aufgaben von Linken, Menschen- und Bürgerechtlern

**Vorbemerkung:** Kein Ereignis der letzten 50 Jahre hat die Menschen auf einen Schlag mehr aufgewühlt, tiefe Spuren in vielen gesellschaftlichen Bereichen hinterlassen und zu einer umfangreicheren öffentlichen Debatte geführt, Grund genug zur Einmischung. Unabweisbar wird sie, um die drohende Militarisierung, die Vorbereitungen eines neuen Weltkriegs zu verhindern!. Die drohende Eskalation der Gewaltspirale könnte zu einem weltweiten Inferno unvorstellbaren Ausmaßes führen ...

#### 1. Zur Betroffenheit:

Die massenhaft erzeugte Betroffenheit ist zum Bestandteil einer psychologischen Kriegführung geworden und bereitet einer postmodernen Kreuzzugsmentalität gegen Terror und Gewalt, gegen den Islam und die Araber und gegen „das Böse“ vor.

#### 2. Zur Suche nach Hintermännern:

Wer hinter den Anschlägen steckt, beschäftigt Massenmedien und Stammtische noch intensiv, während die Kriegsvorbereitungen und der Abbau demokratischer Grund- und Freiheitsrechte massiv vorangetrieben werden. Wir beteiligen uns daher nicht an den Spekulationen über die Hintermänner, sondern spüren den Zweck der Festlegung auf den islamistischen Fundamentalisten Bin Laden und die Staaten auf, die „den Terror unterstützen“. Selbstverständlich fordern wir von der USA und hiesigen zuständigen Stellen die Offenlegung aller angeblicher „Beweise“, die wiederholt angekündigt aber bis heute nicht auf den Tisch gelegt wurden (bei allen Zweifeln an geheimdienstlich produzierten „Beweisen“ müssen diese dann überprüft und öffentlich debattiert werden.

#### 2.1 Offene Fragen: - Kein Bekenntnis, keine Forderungen;

- der Anschlag in Oklahoma;

- *die neofaschistischen und geheimdienstlichen Urheber „anarchistischer Anschläge“ im Italien der 70er und 80er Jahre;*

#### 2.2 die Hintermänner des „islamischen Terrors“ in Algerien – Spezialeinheiten der Regierung zur Liquidierung jeder Opposition mit Unterstützung Frankreichs.

#### 3. Zur Geschichte der „Terrorismus-Bekämpfung“ nach dem 2. Weltkrieg:

(vgl. Simpson, Der Bumerang; Prof. S. Herman, Die Terrorismus-Industrie u.a. – Beweisantrag der Verteidigung im Düsseldorfer PKK-Prozeß)

#### 3.1 Der Aufstieg Bin Ladens als Geheimwaffe des CIA im Kampf gegen die damalige Inkarnation des Bösen, die Sowjetunion (vgl. M. Choss. Analyse seiner Karriere anhand von US-Dokumenten).

- 3.2 Das zwangsläufige Scheitern der Programme zur TE-Bekämpfung und ihr Hauptcharakter als Vorwand zur Unterdrückung militanter, oppositioneller, revolutionärer und nationaler Befreiungsbewegungen.
- 3.3 Abgrenzung zu Staatsterrorismus und legitimer Gewalt im Kampf gegen koloniale und rassistische Unterdrückung – Guerillakampf ist kein Terror!

#### 4. Zum Kern des Problems:

Der Krieg ums Öl und Bodenschätze, strategische Interessen und die Beherrschung der Welt vor dem Hintergrund globaler Krisen:

- Nach Abschluß der Balkanintervention (am 6.9. war mit der Abstimmung im Parlament Makedoniens die letzte wichtige Hürde zur Errichtung des 2. Balkan-Protectorats genommen);
- die tiefe Wirtschaftskrise in den USA, EU und Japan entlädt sich bereits kurz vor dem Anschlag im drohenden Kollaps der Aktienmärkte;
- die Außenpolitik der Bush-Administration mit der Doktrin der (angeblichen) Nichteinmischung in ausländische Krisenherde drohte vor allem im Hinblick auf den wichtigen Bündnispartner im Nahen Osten, Israel, zu scheitern, indem der Druck wuchs, das israelische Militär in die Schranken zu weisen.

So wurde der Anschlag – wenn er nicht unter Beteiligung der Geheimdienste und/oder des militär-industriellen Komplexes (die Aktien der Rüstungsindustrie sind sofort rasant gestiegen!) inszeniert wurde, zum willkommenen Anlaß, einen traditionellen Weg aus der hegemonialen Krise zu finden: Mithilfe einer naheliegenden aber beliebigen Feinderklärung den militär-industriellen Komplex und seinen Sicherheitsstaat aufzurüsten und die Bevölkerung vor den Karren eines postmodernen Kreuzzuges zu spannen.

Es bedarf keiner großen Phantasie, sich auszumalen, wie „begrenzte Militärschläge“ gegen Afghanistan – mit oder ohne Intervention und Stationierung auch in Pakistan – zur Eskalation von Gewalt, gegen Gewalt, Terror, weltweiter NATO-Interventionen und weltweiten Anschlägen auf AKWs, Staudämme – mit Atom- oder chemischen Waffen – zum wirklichen Inferno für die „gesamte zivilisierte Welt“ führen können.

#### 5. Zur Dimension von Menschen- und Völkerrecht

Mit dem Schlachtruf „Nichts bleibt so, wie es ist!“ werden die Reste internationaler und nationaler demokratischer Rechtsgefüge niedergerissen.

- 5.1 Dabei wird nicht nur der NATO-Vertrag mit Füßen getreten –das sollte unsere geringste Sorge sein – sondern vor allem die UN-Charta und das Völkerrecht (vgl. die Stellungnahme der Ialana) endgültig in das mittelalterliche Recht des Stärkeren zurückverwandelt – nach der militärischen Intervention in Jugoslawien und der NATO-Siegerjustiz im Den Haager Ad-hoc-Tribunal (vgl. meinen Beitrag zur internationalen Strafjustiz) mutiert das Völkerrecht in eine Doktrin zur Rekolonisierung der Völker des Trikonts.
- 5.2 Die geplanten „gezielten Militärschläge“ zur Bestrafung des Terroristen und seiner Unterstützerstaaten sind eine gezielte Verletzung des humanitären Kriegsvölkerrechts, das seit mehr als hundert Jahren Angriffskriege ebenso verbietet wie gezielte Angriffe auf Nicht-Kombattanten – schwerste Kriegsverbrechen also, die vor den geplanten Weltstraferichtshof gehören würden (und noch einmal die Fragwürdigkeit solcher idealistischen Menschenrechtsprojekte unter den gegebenen Bedingungen belegen).

Das Neue sind nicht die Militärinterventionen der USA – deren Blutspur zieht sich von Grenada und Panama über Libyen bis nach Iran und Saudi-Arabien – sondern die offizielle Einbindung der gesamten NATO und Europas, das in den letzten 50 Jahren immer für die „demokratisch-rechtsstaatliche Variante“ eingetreten ist – in diesem Falle also einfach auf der völkerrechtlich verbindlichen Auslieferung aufgrund gerichtsverwertbarer Beweise bestehen müßte...

- 5.3 Der Abbau demokratischer Rechte und die Militarisierung nach innen durch den forcierten Aufbau eines modernen Polizei- und Sicherheitsstaates:
- das ohnehin undemokratische Vereinsrecht soll mit Hilfe einer Verfassungsänderung(keine Berufung auf die Religionsfreiheit bei ausländischen Vereinen) endgültig zum Instrument der Polizei werden;
  - Asylrecht und Datenschutz werden ganz abgeschafft;
  - die Trennung von Geheimdiensten und Polizei soll auch offiziell beendet, das Militär auch im Inneren eingesetzt werden können;
  - die Einführung eines neuen §129b StGB, mit dem ausländische Terroristen und deren Unterstützung bestraft und vor allem flächendeckend überwacht, und verfolgt werden sollen – also eine Ausweitung des rechtsstaatlich umstrittenen Sonderrechtssystems des § 129 a StGB;
  - in den USA wird geplant den Verzicht auf Tötungen durch die Geheimdienste wieder offiziell aufzugeben, wann die „Folter für mutmaßliche Terroristen“ eingeführt wird, scheint nur noch eine Frage der Zeit...

Die voraussehbaren Folgen sind schon jetzt eine Verstärkung rassistischer Tendenzen und Anschläge, diesmal gezielt gegen Araber bzw. „Islamisten“, auch wenn sie zunächst in justizieller Form (Rastenfahndungen o.ä.) ablaufen.

ES IST ALSO UNSERE AUFGABE KLARZUMACHEN: DER „ANSCHLAG AUF DIE GESAMTE ZIVILISATION“ DROHT VON SEITEN DER USA UND ANDERE HEGEMONIALMÄCHTE ZU EINEM INFERNO FÜR DIE GESAMTE MENSCHHEIT ZU WERDEN, WENN WIR IHNEN NICHT IN DEN ARM FALLEN!

Bremen/Berlin, den 19.09.2001

Ich gehe davon aus, daß es nicht nur in Berlin zahlreiche Diskussionen und Überlegungen in eine ähnliche Richtung gab. Zu einer Vertiefung war keine Zeit, mußten doch einerseits die aktuellen Ereignisse und eine Flut von Informationen verarbeitet, andererseits die schon seit langem geplanten Demonstrationen vom 13. Oktober vorbereitet werden, was viel Kraft und Energie kostete. Im grün - alternativen Spektrum begannen die Diskussionen über die „Zeitenwende“, man wollte neue Antworten auf neue Fragen geben und wurde doch – so etwa auch auf der Diskussionsveranstaltung mit dem TAZ – Auslandskorrespondenten mit mehreren hundert TeilnehmerInnen – mit sehr vertrauten Fragen unter den neuen aktuellen Bedingungen konfrontiert; so mit der übereinstimmenden Aussage der AuslandskorrespondentInnen, daß das Ansehen der westeuropäischen Länder und der EU in der Bevölkerung in den Ländern der sogenannten „Dritten Welt“ nicht grundsätzlich besser als das der USA sei... Es konnte angesichts der Zersplitterung der linken und Bürgerrechtsbewegung unter Fixierung weiter Teile auf das „Grün-Alternative Projekt“, d. h. den Parlamentarismus nicht gelingen, all diese kritischen Überlegungen zusammenzuführen, den Wunsch etwas anderes zu tun als „uneingeschränkte Solidarität mit den USA“ zu manifestieren, starken gemeinsamen Aktivitäten Ausdruck zu verleihen.

So gesehen grenzte es an ein Wunder, daß am Tage nach dem Beginn der NATO-Bombardierung von Afghanistan 5.000 Schülerinnen und Schüler in Berlin protestierten und dafür Disziplinierungsmaßnahmen auf sich nahmen (s. u.), und daß es gelang zum 13.10., einen Monat nach den Anschlägen und eine Woche nach Beginn der Bombardierungen, Zigtausende bundesweit auf die Straßen zu bringen, davon alleine 50.000 in Berlin unter den Parolen:

*„Kein Krieg!  
Aufstand für den Frieden!  
Für Solidarität und soziale Gerechtigkeit!  
Wir sagen NEIN zu Vergeltung, Krieg und Militäreinsätzen.  
Wir sagen NEIN zu militärischen Einsätzen der Bundeswehr.  
Wir sagen NEIN zur Aufrüstung der Bundeswehr als Interventionsarmee.  
Keine Demontage von Grund- und Freiheitsrechten!  
Gegen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Ausgrenzung!  
Tragen wir dazu bei, die Spaltung der Welt zu überwinden.“*

getragen von einem Bündnis von Gruppen SchülerInnen, der alten und neuen Friedensbewegung, von GlobalisierungskritikerInnen u.v.a.m.

Hierbei hatten sich aus der Vorbereitung der gemeinsamen Aktivitäten verschiedener „Bündnisse“ gegen den „Krieg“ ein Diskussionszusammenhang ergeben, der sich zunächst zwangsläufig mit den organisatorischen Fragen im Zusammenhang mit der Großdemonstration in Berlin beschäftigt. Nach ihre Durchführung habe ich versucht, die wichtigsten, sich aus diesen Erfahrungen ergebenden Aufgaben in einen Text vom 19.10. zusammenzufassen, in dem es u. a. heißt:

**„NACH DER DEMONSTRATION VOM 13.10. IN BERLIN: DEN WIDERSTAND GEGEN DEN GLOBALEN KRIEG UND DIE „GROÙE NOTSTANDSKOALITION“ VORBEREITEN!“**

Überlegungen zur „Manöverkritik“ und den Perspektiven  
(Achtung: nicht zur Veröffentlichung!)

**Vorbemerkung:** Diskussionen mit vielen „aktiven FriedensfreundInnen“ veranlassen mich, meine „Überlegungen zu den aktuellen Aufgaben“ vom 19.09. fortzuschreiben. Trotz aktiver Teilnahme an Vorbereitungssitzungen und Verantwortlichkeit für den Demonstrationszug vom Neptunbrunnen noch „freischwebend“ Engagierter will ich Überlegungen schriftlich fixieren und für die weitere koordinierte Arbeit mit klaren Zielen einbringen. Mein Eindruck hat sich verstärkt: Wir stehen am Beginn einer wirklichen Massenbewegung gegen den Krieg und seine Ursachen mit der einmaligen historischen Chance diese erfolgreich zu organisieren, wenn es uns gelingt, die völlig unterschiedlichen Gruppierungen und Organisationen zusammenzuführen. Die Zusammenarbeit von Aktivisten in Berlin mit unterschiedlicher politischer Heimat, Erfahrungen und Umgangsformen steht noch am Anfang. Daher sind intensiver Gedankenaustausch, Kennenlernen und kontroverse Diskussionen notwendig, die leider wiederholt angetroffene arrogante Besserwisserei und persönlichen Diffamierungen in einigen Zirkeln aber unbedingt zu vermeiden (hierfür müssen andere Orte und Methoden gefunden werden). Wir brauchen zwar Junge und Alte, Erfahrene und Unerfahrene, sollten aber wichtige organisatorische und politische Aufgaben (vom Diskussionsleiter in Vorbereitungssitzungen bis zur Öffentlichkeitsarbeit) nur erfahrenen und nachweislich zuverlässigen Menschen übertragen bzw. mehrfach besetzen: Pannen wie bei Druckaufträgen, Pressekonferenzen oder Bewachung der Tribünenanlage können eine ganze Aktion gefährden!

- 1.) **Vorläufige Bilanz:** Unter den gegebenen Bedingungen war die Demonstration in Berlin vom 13.10. in (fast) jeder Hinsicht erfolgreich:
- Die Zahl der TeilnehmerInnen (mehr als 50.000) mit relativ kurzer Mobilisierung, einem breiten, in der Zusammenarbeit z. T. noch unerprobten Trägerkreis und vor allem ohne etablierte Parteien;
  - Lebendige Abschlußkundgebung mit z. T. aufrüttelnden Beiträgen in guter Stimmung mit – notwendiger - Abgrenzung zu der neonazistischen NPD;
  - Ein störungsfreier Ablauf in guter Stimmung;
  - Einer insgesamt akzeptabler Medienberichterstattung;
  - Ein relativ breites Bündnis auf - noch erträglicher – Grundlage des gemeinsamen Aufrufs bzw. der Forderung (s. u.).
- Insgesamt also ein unübersehbarer, organisierter Protest von Kräften der Friedensbewegung, der „AntiglobalisierungsgegnerInnen“, SchülerInnen, MigrantInnen, und linken Gruppen.

- 2.) **Abwehr von Kriminalisierungstendenzen drohende Kriminalisierung (noch) verhindert**  
Trotz der Ankündigungen des Regierenden Bürgermeisters Wowereit, man müsse auch Demonstrationen ggf. verbieten und dem Versuch interessierter Kreise, Auseinandersetzungen mit Neonazis (NPD) im Vorfeld hochzuspielen, konnte jede Form von Kriminalisierung verhindert werden – nicht nur wegen unserer guten Organisation und gut vorbereiteten Abgrenzungen (mit der Pressemitteilung u. a.) – sondern vor allem wegen der günstigen äußeren Bedingungen (vor der Wahl und der Absicht der Roten – Grünen Koalition für den „neuen Notstandsstaats“ (s. u.) möglichst störungsfrei, keine unnötigen Unruhen gerade auf dem Sektor zu schaffen).

Die Ankündigung Wowereits sind keine leere Drohung, sondern integraler Bestandteil der Versuche, radikale Bewegungen und militanten Widerstand zu kriminalisieren und zu verbieten bzw. dies vorzubereiten. Sie müssen daher zusammen mit den Vorbereitungen des neuen Notstandsstaates konsequent bekämpft werden, ohne in die Kriminalisierungs- und Verwaltungsfalle zu laufen, will die neue Bewegung überleben.

- 3.) **Vom Protest zum Widerstand**  
Die Stärke der neuen globalen „Antikriegsbewegung“ resultiert daraus, daß die Mehrheit der Bevölkerung den Krieg nach wie vor ablehnt und alle friedliebenden Menschen von Angst und Besorgnis geplagt Orientierung und Perspektiven suchen, um das drohende Unheil verhindern zu können. Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann sie nur außerparlamentarisch wirken: Die etablierten Parteien sind einschließlich der Grünen endgültig zu offenen Kriegsparteien geworden, auch bei der PDS besteht die Gefahr, daß sie sich in ihrem Bemühen, etabliert und in der Regierung beteiligt zu werden, von ihrem bisherigen Antikriegs - Programm Stück für Stück verabschiedet um sich als „staatstreue Antiterroristen“ zu bewahren.

Eine ganz andere Frage besteht darin, möglichst viele AnhängerInnen dieser Parteien für den notwendigen Kampf zu gewinnen, ohne sich parteipolitisch zu verlieren.

Die historische Chance der neuen außerparlamentarischen „Antikriegsbewegung“ besteht darin, daß sie aufgrund der aktuellen soziökonomischen Bedingungen im Weltmaßstab zusammentrifft mit erstarkenden neuen sozialen Bewegungen:

- den sogenannten „GlobalisierungsgegnerInnen“,
- der Bewegung von Flüchtlingen und MigrantInnen, AntirassistInnen und AntifaschistInnen;
- soziale Emanzipationsbewegungen in mehreren Ländern des Trikonts (vor allem Lateinamerikas).

Im Bündnis mit diesen erstarkenden Bewegungen kann es uns gelingen, dem Protest die erforderliche Massenwirksamkeit zu verleihen und zum erforderlichen Widerstand überzugehen. Breiter Widerstand läßt sich nur entwickeln, wenn zunächst Klarheit über die Ursachen und Auswirkungen des Krieges, die Vorwände und wirklichen Ziele der Kriegsherren erarbeitet und vermittelt werden. Hierzu ist erforderlich:

- Das Herausarbeiten der wichtigsten ökonomischen, politischen und sozialen Fragen im internationalen Zusammenhang des Krieges und sogenannten „Anti-Terror-Kampfes“ in enger Zusammenarbeit mit kritischen ExpertInnen (z. B. die Ringvorlesung der Humboldt-Universität) mit Auswertung und Dokumentation;
- Die systematische Nutzung der modernen Kommunikationsmittel ohne in die „Vernetzungsfalle“ zu tappen (Produktion von endlosen Datenschröts, insbesondere durch Dutzenden von E-Mails täglich, die niemand alleine Verarbeiten kann u. a.);
- Systematische Zusammenarbeit mit Tages- und Wochenzeitungen, die bereit sind, Analysen, Dokumente, Verlautbarungen, Aufrufe und Auswertungen u.s.w. zu veröffentlichen (Junge Welt, ...?);
- Für die Umsetzung brauchen wir parallel dazu neben gemeinsamen Demonstrationen vor allem
- Veranstaltungen;
- gemeinsame Kongresse bzw. Wochenendseminare, zu denen VertreterInnen der anderen Bewegungen eingeladen und ihre Organisationen eingebunden werden;
- Gespräche und Verhandlungen auf allen Ebenen zum Erarbeiten gemeinsamer Standpunkte.

Bei der notwendigen Umsetzung der Aufgabe, müssen die schwierigen, z. T. neuen Fragen der politischen Zusammenhänge geklärt und die aufgetretenen organisatorischen Mängel überwunden werden: In der gegenwärtigen Situation ist es unakzeptabel, wenn die TrägerInnen breiter Bündnisse Vorlagen von Aufrufen u. a. unter Zeitdruck und ohne Möglichkeit inhaltlich darauf einzugehen mit dem Argument vorzulegen, diese Vorlage sei schon von einer Reihe von Organisationen verabschiedet. Unsere Erfahrungen der Berliner Demonstration bestätigen:

**Ein gemeinsamer Aufruf kann nur zustande kommen, wenn rechtzeitig ein Entwurf vorgelegt, der inhaltlich diskutiert und ggf. geändert werden kann.**

Hierbei kann es nicht darum gehen, nach dem Motto, den „kleinsten gemeinsamen Nenner“ zu finden, prinzipielle und radikale Positionen und Forderungen zu streichen. Vielmehr muß intensiv darüber diskutiert werden, ob sie nicht weitergehend konsensfähig sind und einzelne, die damit nicht einverstanden sind, besser zu bloßen „UnterstützerInnen“ herabzustufen, dafür aber andere konsequente Unterstützung zu finden. Erster Beleg hierfür ist die relativ radikale Pressemitteilung zur NPD, gegen die keine Einwände erhoben wurden und die begeisterte Aufnahme auf der Abschlußkundgebung fand.

#### 4.) **Thesen zur Entwicklung gemeinsamer Standpunkte:**

**4.1** Die wahren Schuldigen an den Anschlägen auf das WTC und Pentagon sind bisher nicht ermittelt – ohne Bin Laden als Drahtzieher ausschließen zu können oder sich an Spekulationen zu beteiligen - erst recht nicht deren Unterstützung und Förderung durch Afghanistan und andere islamische Staaten. Deshalb sind die militärischen Vergeltungsschläge unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung nur zu verstehen als Teil eines lange vorbereiteten militärstrategischen hegemonialen Konzepts von USA und NATO mit den Zielen

- Die Energiereserven der Region für die weitere Ausbeutung abzusichern;
- Die weltweite militärische Intervention als Herrschaftsmodell zu etablieren, das geltende Völkerrecht und die UNO zu zerstören bzw. umzuwandeln in ein Herrschaftsinstrument zur Rekolonialisierung des Trikonts.

Eine positive Bezugnahme auf die gegenwärtige UNO als Friedensinstrument ist daher zur Zeit nicht möglich – allenfalls theoretisch die Forderung nach Wiederherstellung ihrer eigentlichen Rolle und Aufgaben.

**4.2** Militärische Vergeltungsschläge sind daher nicht geeignet, den „Terrorismus“ zu bekämpfen, sondern bergen die Gefahr einer Gewaltspirale in sich.

*Ähnliches gilt für die bisher ergriffenen (technischen) Sicherheitsmaßnahmen, die ebenfalls zum Teil kontraproduktiv sind, bestimmte Profitinteressen bedienen und die potentiellen Betroffenen in einer trügerischen Sicherheit wähen sollen.*

**4.3** *Die „Antiterrorpakete“ in der BRD wie in der EU sind insgesamt schärfstens abzulehnen als größter Angriff auf die Grund- und Freiheitsrechte seit dem zweiten Weltkrieg. Mit Hilfe einer „psychologischen Kriegsführung“ auch im Inneren soll jeder Widerstand gegen die mit Hilfe einer „großen Notstandskoalition“ durchgepeitschten Gesetzespakete von vornherein marginalisiert werden, der dringend notwendig ist, um die drohende Kriminalisierung der Friedens- und „Antiglobalisierungsbewegung“ zu verhindern.*

*Konkret: Neben der Flächendeckenden Rasterfahndung, dem geplanten Personalausweis als „Verbrecherkarteikarte“, der schrankenlosen Ausdehnung geheimdienstlicher Befugnisse (der „verdachtslosen Ermittlung“ durch das BKA (der „verdächtige Zeuge“ wurde laut „Spiegel“ im Vorgriff schon bei den aktuellen Vernehmungen eingeführt, das LKA Hamburg zunächst nächtlichen Großeinsätzen mit dem SEK gegen Familien von „Islamisten“ nach meinen Informationen direkt vom FBI beauftragt)). Mit der Ausweitung des geplanten Antiterrorparagraphen 129 b StGB auf ausländische Organisationen in Verbindung mit den geplanten EU-Maßnahmen droht in Kürze die Möglichkeit, militante AntiglobalisierungsgegnerInnen die Feinderklärung als terroristische „Vereinigung“ mit der Folge der umfassenden Observierung, Bespitzelung und Infiltration durch Geheimdienste und Polizei, die strafrechtliche Verfolgung verbunden mit Vereinsverboten und möglichen Versammlungs- und Demonstrationsverboten mit dem Ziel, sie völlig zu zerschlagen oder für andere Zwecke zu instrumentalisieren.*

*Protest gegen die Pläne beginnt sich zu regen (verg. die Pressemitteilung der Humanistischen Union vom 12.10. als erste Bürgerrechtsorganisation, sogar die jüngsten Erklärungen des früheren Innenministers Baum).*

*Gerade auf diesem Gebiet ist Aufklärung, Protest und Widerstand dringend notwendig, damit wir überhaupt weiterexistieren können, insbesondere muß alles versucht werden die Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen gegen die Pläne zu mobilisieren.*

*Nicht zuletzt deshalb ist die Antikriegsparole aus dem ersten Weltkrieg „der Hauptfeind steht im eigenen Land!“, mit der Liebknecht u. a. der Kriegshetze und –hysterie von Anfang an gegengetreten, nach wie vor aktuell und lebenswichtig. Die Ausführungen im Aufruf zum 13.10. müßten also unbedingt um diesen Aspekt ergänzt werden!*

**4.4** *Gegen die „Globalisierung“ (noch zu entwickeln).“*

Zur gleichen Zeit begann unter dem Eindruck der weiteren Entwicklungen in Afghanistan in vielen Kreisen eine Debatte mit immer mehr aktiven TeilnehmerInnen, so z. B. mit Semesterbeginn an der Humboldt Universität zu Berlin eine vom ReferentInnenrat (der StudentInnenvertretung) organisierte Veranstaltungsreihe mit kritischen ExpertInnen zu wichtigen Fragen im Zusammenhang mit dem Krieg. Die einzige verbliebene Friedenspartei, die PDS, die Gewerkschaften und andere relevante Organisationen wie „attac“ wenden sich verstärkt dem Thema zu, wobei zwangsläufig auch Positionen zu Wort kommen, die von konsequenten Anti-MilitaristInnen nicht geteilt werden können. So wird der prominente PDS – Politiker Gregor Gysi in einem Interview mit den Worten zitiert, er könne sich auch polizeiliche Einsätze mit dem militärischen Mitteln zur Ergreifung der Täter vorstellen, auf den Protest in Fraktion und Partei hin wird dies so nicht weiter verbreitet (vgl. dazu aber die Unterstützung der „Berliner Erklärung gegen den Terrorismus“ durch prominente PDSlerInnen, s. u.)

In der PDS begann wenig später eine Debatte über „öffentliche Sicherheit“ und Terrorismus statt (vgl. die Kontroverse zwischen einem Positionspapier von Petra Pau und Ulla Jelpke, „junge Welt“ vom 22.10.2001). Auf dem Berliner „attac“-Kongreß vom 19. bis 21.10.2001 erklärte der frühere SPD-Vorsitzende und Finanzminister Oskar Lafontaine unter dem tosenden Beifall der meisten der mehreren tausend ZuhörerInnen, wir bräuchten für eine bessere Welt einen „starken Staat“, die Vizepräsidentin von „attac“-Frankreich, Susan George, bei der Abschlußveranstaltung: Es dürfte

„keine Duldung von Gewalt“ in der neuen Bewegung geben und forderte eine Unvereinbarkeit mit allen Gruppen, die sich nicht von Gewalt distanzieren – ebenfalls unter großem Beifall und ohne Widerspruch, obwohl sie mit keinem Wort auf das Problem der „strukturellen Gewalt“ von Finanzkapital und Staatsmacht oder nur darauf einging, von wem die Gewalt bei Demonstrationen in der Regel ausgeht, ganz zu schweigen von den Aktivitäten von „agents Provokateur“.

Währenddessen schmiedet Innenminister Schily ein „Antiterror-Paket“ nach dem anderen, von den sonst eher zurückhaltenden Bürger- und Menschenrechtsorganisationen als Weg in den „Überwachungsstaat“ kritisiert, verbunden mit dem Nachweis, daß die meisten der geplagten Maßnahmen kontraproduktiv und verfassungswidrig sind.

Auf außenpolitischer Ebene und im internationalen Maßstab sind die Probleme ähnlich offensichtlich, auch wenn sie vorläufig erfolgreich unter den Tisch gekehrt werden: Sind die tschetschenischen Rebellen, jahrelang von führenden westlichen Politikern als „Freiheitskämpfer“ bezeichnet, nun auf einmal zu „Terroristen“ geworden, die die russische Führung zu Recht bekämpft?

Wie verhält sich die „Anti-Terror-Allianz“ gegen separatistische „Rebellen“ in Indien oder China? Ganz zu schweigen von den aktuellen Nachwirkungen, um Organisationen die in vorangegangenen NATO-Kriegen eine wichtige Rolle spielten: So die UCK, die in den USA – im Gegensatz zur westeuropäischen und insbesondere deutschen offiziellen Einschätzung – jahrelang als „Terroristen“ eingeschätzt und behandelt wurden, bis sie im Vorfeld der „Feinderklärung“ von Milosevic und der Vorbereitung des NATO-Bombardements auch in den USA plötzlich zu „Freiheitskämpfern“ mutierten, die dann später wohl zu Recht als „Bodentruppen der NATO“ bezeichnet wurden.

Parallel zu den aktuellen politischen Entwicklungen beginnt eine wissenschaftliche bzw. populärwissenschaftliche Debatte, exemplarisch hierfür die Thesen des Mainstream-Politologen, Prof. Dr. Münkler, Humboldt-Universität Berlin (vgl. Herfried, Münkler, Der Terrorist als Partisan in: „Tagesspiegel“ vom 25.09.2001, s. u.). Und obwohl laut Umfragen mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung den Krieg bzw. den Einsatz deutscher Truppen ablehnen, besteht eine große Unklarheit und Unsicherheit in der Einschätzung der gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklung und politischen Konsequenzen. Dabei scheint in den Kreisen der alten und neuen Friedensbewegung darüber Einigkeit zu herrschen, daß die Bombardierung Afghanistans kaum zu dem propagierten Ziel der Bekämpfung des internationalen Terrorismus beitragen wird, es sich vielmehr um einen langandauernden Krieg mit den Gefahren einer unvorhersehbaren Eskalation („Gewaltspirale“) handelt. Die Kritik aber wird zum Teil auf Fragen der „Verhältnismäßigkeit“ oder den Einsatz deutscher Truppen beschränkt, teilweise wird mehr oder weniger offen behauptet, die Probleme ließen sich besser unter europäischer bzw. deutscher Führung lösen, immerhin würde die absehbare Niederlage der Taliban zur „Befreiung der Frauen“ beitragen usw.

Die Linke und die Anti-Kriegsbewegung tun gut daran, den herrschenden Diskurs sehr kritisch zu hinterfragen. Zum einen weil sonst wesentlichen Fragen der gesellschaftlichen Auseinandersetzung tabuisiert werden, und die Gefahr besteht, daß der „Aufstand der Anständigen“ gegen den Rechtsextremismus endgültig zum Kampf gegen den (linken) Terrorismus mutiert, konkret: Das zunächst Teile der „Globalisierungsgegner“ als „terroristische Vereinigung“ verfolgt werden, wie schon von dem italienischen Präsidenten Berlusconi und Teilen der italienischen Justiz nach Genua vorexerziert. Schließlich bestünde die Gefahr, dem neuen ideologischen Konzept des „asymmetrischen Krieges zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus“ auf den Leim zu gehen und dem größten Abbau Bürger- und Freiheitsrechten im internationalen Maßstab seit dem Zweiten Weltkrieg und dem Aufbau eines Polizei- und Überwachungsstaates ungeahnten Ausmaßes hilflos ausgeliefert zu sein.

Es soll also untersucht werden, ob das von den Kriegführenden aller Länder angegebene Ziel, den internationalen Terrorismus zu bekämpfen, hierzu tatsächlich dienen kann oder nicht vielmehr in Wahrheit ein Vorwand dafür ist, die Anschläge vom 11. September zur Durchsetzung hegemonialer politischer Ziele, ökonomischer Interessen und zur Unterdrückung jeder radikalen Opposition gegen die neoliberale Globalisierung zu instrumentalisieren.

Notwendig ist es, hierfür zunächst eine ideologische Nebelwand zu durchstoßen, dann einerseits eine Aufarbeitung der historischen Erfahrungen des „Kampfes gegen den Terrorismus“ seit dem Zweiten Weltkrieg zu leisten, zum anderen eine Auseinandersetzung mit den Grundfragen der politischen und strafrechtlichen Verfolgung des „Terrorismus“ in der aktuellen Auseinandersetzung.

Ich werde mich im wesentlichen auf die angedeuteten kritischen Themen beschränken und die Frage, wie denn eine wirkliche ernsthafte Bekämpfung von terroristischen Gefahren aussehen könnte, nur am Rande streifen. Dafür müßten nämlich die Urheber und die Ursachen des Terrorismus klar sein, was bei den Anschlägen vom 11. September mitnichten der Fall ist (siehe unten). Ja, es besteht noch nicht einmal Klarheit und Einigkeit über den Begriff „Terrorismus“. Für die Versuche seiner Bekämpfung auf völker- und strafrechtlicher Ebene sind weder die politischen, ökonomischen und sozialen Voraussetzungen noch die organisatorischen Mittel vorhanden.

Diese Streitschrift erhebt keinen wissenschaftlichen Anspruch. Es gibt hervorragende Arbeiten und erste Ansätze zu umfassenden Analysen der verschiedenen Aspekte, auf die ich mich z. T. stütze (ergänzende Literaturhinweise am Ende).

## 1.

**Die Dimension und historische Bedeutung**

## 1.1.

**Abschied vom „gesunden Menschenverstand“ in Sicherheitsfragen – Züge kollektiven Wahns**

Die ergriffenen Maßnahmen sind zum Teil offensichtlich sinnlos bzw. kontraproduktiv, während naheliegende, aber politische unterwünschte tabuisiert werden (Erscheinungsebene). Die meisten bisher durchgeführten Sicherheits-Maßnahmen sind verglichen mit der technischen Perfektion und dem perfekten Überraschungseffekt der Anschläge vom 11.09.2001 eine Verhöhnung des gesunden Menschenverstandes.

Wenn die Terroranschläge eins gelehrt haben, dann dies: Die traditionellen Sicherheitsmaßnahmen mit dem Ziel, Risiken mit moderner Technik (Metall im Flugbereich: Metalldetektoren und Durchleuchtung) und polizeilicher sowie geheimdienstlicher Überwachung aller verdächtigen Organisationen und Einzelpersonen usw. ausschalten zu wollen, sind kläglich gescheitert. Statt dies zu konstatieren, die Gründe zu analysieren und dann auf eine breite fachliche gesellschaftliche Diskussion und intelligente und schöpferische Vorschläge Akzeptanz zu setzen, werden die gescheiterten Maßnahmen zwanghaft wiederholt, gestärkt und gesteigert z.B.:

- Die **Sicherheitskontrollen** mit Metalldetektoren, Durchleuchtung und ähnlichen technischen Geräten an den Flughäfen werden mit großem Personal- und Sachaufwand verstärkt, statt ihre Überflüssigkeit zu konstatieren;
- die **Geheimdienste**, die sich erneut durch völliges Versagen ausgezeichnet haben, werden ausgebaut und mit ganz neuen Vollmachten ausgestellt (insbesondere der „Lizenz zum Töten“ – ausgerechnet für den berüchtigten CIA), vgl. die neuesten Pressemeldungen;
- **Rasterfahndungen** werden als erstes flächendeckendes Allheilmittel eingesetzt, deren groteske Hilflosigkeit sich in dem Begriff des „Schläfers“ manifestiert, das heißt ein wesentliches Merkmal der neuen terroristischen Gefahr soll die völlige Unauffälligkeit ihrer Aktivisten sein.

Dem gegenüber werden die wirklich evidenten – alten und neuen – Gefahrenquellen apokalyptischen Ausmaßes wie etwa Atomkraftwerke mit geradezu kindischen Argumenten abgeleugnet, wie dem, diese seien nicht groß genug, um von islamistischen Bruchpiloten angesteuert werden zu können.

Und wenn man schon meint, die Schuldigen ohne jeden ernsthaften Beweis (siehe unten) bei Bin Laden's Al Quaida lokalisieren zu können und das Taliban Regime deswegen – wiederum ohne Beweis seiner Mitschuld konkreten Mitverantwortung mit einem Bombenkrieg überziehen zu müssen, der zwangsläufig die moslemische Bevölkerung der umliegenden Länder involviert und Pakistan voraussehbar destabilisiert: Müßte da nicht als aller Erstes dafür gesorgt werden, daß die feindlichen Atommächte Indien und Pakistan ihre Atombomben unschädlich machen müssen – statt sie in die

weltweite Antiterrorallianz aufzunehmen wo sich gegenseitig der Unterstützung des Terrorismus (in Kaschmir) beschuldigen. Und: Wäre es nicht konsequent lebenswichtig und fast logisch zwingend, alle Massenvernichtungswaffen zu zerstören und eine weltweite Antiterrorallianz unter Einbeziehung aller Staaten zur wirksamen Kontrolle über die Einhaltung des Verbotes zu schmieden?! Ganz zu schweigen davon, die Milzbrandfälle zum Anlaß zu nehmen zunächst einmal und sofort sämtliche chemischen Waffen zu vernichten und aus den Laboren zu entfernen - wenn man schon der Logik des „Verfolgens und Aufspürens bis in den letzten Winkel der Welt“ folgt - statt rund um die Uhr eine wahre Milzbrandhysterie zu erzeugen und Geheimdienstspuren in den Irak zu legen, weil dieser offenbar als nächster Schurkenstaat „dran ist“.

Wer hiergegen einwendet, diese vielleicht naheliegenden Überlegungen seien nicht realistisch, nicht durchführbar, verkennt ein wesentliches Argument in dem gegenwärtigen Diskurs: Es wird doch gerade behauptet, „nichts ist mehr wie es war“, der 11. September markiere eine „Zeitenwende“, ein neues Zeitalter usw.; wenn man dies einmal ernst nimmt folgt daraus, daß man auf keinen Fall mit den alten Rezepten technischer Sicherheit, mehr Sicherheit durch Polizeiüberwachung und Aufwertung der Geheimdienste usw. einfach weitermachen kann, sondern müßte darauf bestehen, die Grundlagen der gegenwärtigen Sicherheitskonzepte kritisch zu überprüfen, das heißt zum Beispiel die Groß-Technologie grundsätzlich in Frage stellen und überprüfen usw.

Oder das komplette sogenannte „Versagen der Geheimdienste“ sowohl in den USA als auch bei uns bei der Verhinderung der Anschläge, dem Aufspüren der als „Schläfer“ getarnten angeblichen Terroristen usw. ist überall wortreich beschrieben worden. Darüber besteht scheinbar völlige Einigkeit. Trotzdem scheint kaum jemand ernsthaft auf den Gedanken aller naheliegendsten Gedanken zu kommen: Die Überflüssigkeit derartiger Geheimdienste, wenn sie bei derartigen Anschlägen völlig versagen. Logische Konsequenz wäre also ihre Auflösung und Abschaffung. Statt dessen werden sie ausgebaut, mit neuen Vollmachten – bis hin zur „Lizenz zum Töten“ aufgrund eines Spezialbefehls der US-Administration für den CIA ausgestattet.

Alle die naheliegenden Gedanken sind offenbar hinter einer dichten Mauer versteckt und tabu.

Statt dessen werden nach hysterischen Kampagnen offensichtlich gescheiterten Mittel und Methoden aufgewertet, neu aufgelegt und wie „des Kaisers neue Kleider“ stolz zur Schau getragen. Was dabei heraus kommt, illustriert die Festnahme des bekannten englischen Autors (arabischer Abstammung) Tariq Ali auf dem Münchener Flughafen, weil er ein Buch von Karl Marx „Über den Selbstmord“ dabei hatte – den staunenden Fluggästen stolz präsentiert als Frucht besonderer Wachsamkeit (vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 31.10.2001). Eine Realsatire, die den ganzen Abgrund des täglich Anti-Terror-Wahns symbolisch dokumentiert: Systematisches Schüren des Rassismus, um den Araber zum Hauptfeind zu erklären, gestützt wohl nicht zufällig auf ein marxistisches Werk als Beweismittel ...

Die „junge Welt“ meldet Mitte Dezember in einem Bericht aus Bremen: Aufgrund der Anzeige einer Frau, der ein junger Autofahrer wegen seiner Sonnenbrille und seiner Mütze aufgefallen war stellt die Polizei den Halter – einen Studenten – fest, begibt sich auf das Universitätsgelände und sucht ihn dort stundenlang auf dem Campus ohne irgendeinen konkreten Verdacht – Denunziation und willfährige Vollstrecker gedeihen im Klima der allgemeinen Vorverurteilung offenbar bestens.

Halten wir im Zwischenbefund fest: Reflexartiger Wiederholungszwang und gesteigerte Irrationalität statt sachliche Diskussion über notwendige Maßnahmen.

Schon dies ist ein erster deutlicher Hinweis, daß zwischen der Behauptung von dem „Angriff auf die gesamte Zivilisation“ und den ergriffenen und geplanten Maßnahmen kein sinnvoller, nachprüfbarer Zusammenhang besteht. Entweder wird nur reflexartig reagiert, indem man alte Rezepte einfach verstärkt und als Maßnahmen zur Herstellung der Sicherheit ausgibt; oder es wird ein Sammelsurium angeblich neuer Sicherheitspakete vorgelegt, bei denen die geltend gemachte Bedrohung als Vorwand erscheint, um ganz andere Ziele zu verwirklichen, zu denen längst vorbereitete Pläne in den Schubladen lagen.

## 1.2.

### **Sinnvolle Maßnahmen setzen Klarheit über die Täter, die Verantwortlichen und die Ursachen der Anschläge voraus.**

Die Ausschaltung des gesunden Menschenverstandes und die beschriebenen Züge kollektiven Wahns sind natürlich kein Zufall. Sucht man den Grund für diese Erscheinungsformen, kann es nur eine Erklärung geben: Sinnvolle Maßnahmen setzten voraus, daß man weiß, wer die Täter sind, wie sie im einzelnen vorgegangen sind, wer die hinter ihnen stehenden Verantwortlichen für die Anschläge sind und ob es tiefergehende gesellschaftliche Ursachen hierfür gibt.

Schon kurze Zeit nach den Anschlägen hatten die Verantwortlichen Politiker und Massenmedien Bin Laden und sein Alqaida-Netzwerk als die Täter und Verantwortlichen herausgefunden, obwohl eine Reihe von Sicherheitsexperten– etwa Peter Scholl-Latour noch am Abend des Anschlages im Fernsehen erklärt hatte, warum er dies ausschließen würde - allenfalls eine verselbständigte Unterorganisation für denkbar hielten. Als angebliches „Beweismittel“ fungierten zunächst arabisch klingende Namen auf den Fluglisten, ein verwaschenes Foto von einem der angeblichen Flugzeugentführer auf einem Flughafen, von denen man herausgefunden haben wollte, daß es sich um islamische Fundamentalisten mit speziellen Flugerfahrungen handelte. Hinzu kam dann kurz danach das angebliche Testament eines der Haupttäter, das aber nach Angaben einiger Wissenschaftler zahlreiche Ungereimtheiten enthält und vor allem die Frage aufwirft, warum die technisch angeblich völlig perfekt agierenden Attentäter ausgerechnet ein Dokument als Schulbeweis hinterlassen sollten. Außerdem präsentierte die USA der staunenden Weltöffentlichkeit dann Anfang Dezember eine Videoaufnahme, auf der angeblich Bin Laden selbst Freunden über die Vorbereitung

der Anschläge berichtet und dabei u.a. erklärt, die Attentäter hätten bis zum Besteigen des Flugzeuges nichts von ihrer Selbstmord-Mission gewußt, sondern nur, daß sie ein Attentat ausführen sollten – offenbar darauf spekulierend, daß der CNN-Konsument das damalige Beweisstück „Testament“ längst vergessen hat. Wen interessiert da schon, daß die Bildqualität so schlecht ist, daß nahe Angehörige Bin Laden darauf nicht erkennen können und die Tonqualität so schlecht, daß eine wissenschaftliche Überprüfung mit Hilfe elektronischer Stimmerkennung ernsthaft nicht möglich ist, die vielleicht einzige Möglichkeit, eine heute technisch ohne Probleme herstellbare vollständig manipulierte Videokassette auf ihre Echtheit zu überprüfen.

Es ist also festzustellen: Gerichtsverwertbare Beweise für seine Verantwortlichkeit werden nicht vorgelegt, das vom internationalen Strafrecht vorgesehene Auslieferungsverfahren von den USA und der NATO nicht einmal ernsthaft in Erwägung gezogen, obwohl sich das Taliban-Regime ausdrücklich dazu bereit erklärt hat, wenn Beweise vorgelegt würden, über eine Auslieferung zu verhandeln. Die Reaktion Bush's bekanntlich: „Es ist nicht die Zeit zu verhandeln“.

Die vorgelegten und in der Öffentlichkeit breitgetretenen Indizien sind schwach und lassen viele Fragen offen. Das beginnt schon bei der Behauptung, daß den arabisch klingenden Namen auf der Passagierliste tatsächlich mitfliegenden Attentätern entsprechen, schließlich sollte eine Organisation wie die Attentäter von New York und Washington in der Lage sein, mit falschen Papieren zu fliegen bzw. falsche Fahrten zu legen. Das setzt sich fort damit, daß kein Bekenntnis Bin Laden's vorliegt - im Gegenteil hat er öffentlich erklärt, er habe mit den Anschlägen nichts zu tun – obwohl dies nahegelegen hätte, weil sich Bin Laden's Organisation zu früheren Anschlägen im Nahen Osten durchaus öffentlich bekannt hat und nicht zuletzt deshalb, um mit der Drohung weiterer Anschläge die in New York als frühere Attentäter auf das World-Trade-Center verurteilten Araber freizubekommen bzw. dies zumindest zu fordern und zu versuchen.

In einem Interview hat der frühere Bundesminister von Bülow auf die Frage, ob die Terroristen nicht Informanten in den US-Geheimdiensten gehabt haben müssen, geantwortet:

*„Das ist durchaus möglich. Noch interessanter erscheint mir die Interpretation eines britischen Fluchtingenieurs zu sein der behauptet, die Linienmaschinen seien am 11. September nicht gekidnappt sondern über eine ‚Hintertür‘ in den Bordcomputern unter Ausschaltung der Piloten vom Boden aus in die Ziele gesteuert worden ... Für die Version des britischen Flugingenieurs könnte auch sprechen, daß die angeblichen Flugzeugführer offensichtlich gar nicht in der Lage waren, eine Maschine zu steuern. Zeitungen aus Floria berichten, daß die Flugausbildung dieser Leute vollkommen gescheitert sei. Über einen Verdächtigen sagte die Flugschule, nach 600 Flugstunden hätte man ihm noch nicht einmal eine Cessna anvertrauen können. Über einen anderen hieß es, er sei do dumm, daß Zweifel aufgekommen seien, ob er überhaupt ein Auto zu steuern in der Lage sei.“ („Konkret“ 12/01, S. 14ff, 15/16 – in dem Zusammenhang weist Elsässer darauf hin, daß die Flugschreiber und Voice-Recorder der Flugzeuge 3 und 4 bis heute nicht veröffentlicht wurden)*

Weitere Fragen, die ganz erhebliche Zweifel an der Bin-Laden-Version aufwerfen, hat die Autorin Carla Tümmler für die Zeitschrift „Ossietsyky“ in mehreren Nummern nach den Anschlägen zusammengestellt.

Schließlich deuten die zunächst als Zweitschlag aufgefaßte Milzbrandanschläge auf Täter aus den USA, die Zugang zu den Militärlabors haben, auch wenn zunächst geheimdienstliche Desinformationsspuren vor allem in den Irak gelegt wurden (vgl. „junge Welt“ vom Oktober 2001) und W. Bush am 28.11. in den Medien mit der ultimativen Aufforderung an Saddam Husseyin zitiert wird, UN-Inspektoren ins Land zu lassen, damit die Produktion von biologischen Waffen überprüft werden könne – was natürlich keinen zwingenden Rückschluß auf die Täter der Anschläge selbst zuläßt. und von Bülow weißt in dem erwähnten Interview auf eine andere erstaunliche Tatsache hin:

*„Denken Sie etwa zurück an den ersten Anschlag auf das World-Trade-Center im Jahr 1993. Damals wurde ja die ganze islamistische Bande geschnappt, die die Aktion durchgeführt hatte. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Kameraden schon lange vorher von CIA und FBI unterwandert waren. Der Bombenbastler war ein Agent-Provocateur des FBI, dessen Führung offiziell versprochen hatte, die zur Explosion notwendigen Chemikalien rechtzeitig gegen harmlose auszutauschen, so daß die Täter zwar hätten in die Falle gelockt werden können. Schaden jedoch vermieden worden wäre. Doch das Versprechen wurde seitens des FBI nicht eingehalten. 1000 Verletzte und einige Tote waren die Folge. Noch eine Seltsamkeit: Die Mitglieder der Terrorgruppe hatten eigentlich Einreiseverbot in die USA gehabt, standen auf einer Liste des FBI und des State Departements. Doch die CIA sorgte dafür, daß dieses Verbot umgangen wurde.“* („Konkret“, a.a.O., S. 14)

Wenig später, nachdem immer deutlicher wurde, daß die „Milzbrand-Anschläge“ aus den Militärlabors aus den USA stammen, wurde ein vierzigminütiges Videoband nach tagelangen Ankündigungen weltweit ausgestrahlt, das letzte Zweifel beseitigen sollte. Über die angebliche Beweiskraft ist inzwischen soviel publiziert worden, daß hier nur die wesentlichen Punkte zusammengefaßt werden sollen:

- Die Umstände, unter denen es in den Besitz der US-Amerikaner gelangt ist, wird geheimgehalten (weswegen es nach derzeitigem US-amerikanischen Recht vor einem ordentlichen Gericht nicht als Beweismittel verwandt werden dürfte);
- keine einzige Passage des aufgezeichneten Gesprächs gibt Informationen preis, die nur der Täter gehabt haben kann;
- Familienangehörige von Osama Bin Laden erklärten, sie seien nicht in der Lage, ihn auf dem Video eindeutig zu identifizieren (vgl. M. Opperskalski, „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht“, über Desinformation im Krieg in „Geheim“ Nr. 4/2001 vom 20.12.2001, S. 14f)

Die schlechte Qualität, die auf die Eigenschaft als Amateurvideo zurückzuführen sein soll, ist bezeichnend und weckt weitere Zweifel:

- Auffällig, daß ausgerechnet die Sprachaufnahmen, in denen sich Bin Laden angeblich zur Urheberschaft der Anschläge bekennt, von deutlich besserer Qualität ist, als der Rest des Bandes;
- das Band enthält ein eindeutiges Bekenntnis zur Urheberschaft der Anschläge, die entscheidenden Passagen sind nach Angaben von Experten falsch übersetzt bzw. die Sprachqualität ist so schlecht, daß die Übersetzung willkürlich erscheint (so ARD Magazin „Monitor“ vom 20.12.2001);
- Bin Laden ist auf dem Video nicht einmal eindeutig identifizierbar, jedenfalls nicht nach den wissenschaftlich anerkannten Kriterien, wie sie etwa vom Bundeskriminalamt für die eindeutige Identifizierung anhand von Bildmaterial in jahrelangen Versuchen entwickelt wurden: Danach ist es erforderlich, daß mindestens 16 wichtige Gesichtsmerkmale eindeutig erkennbar sein müssen, was vorliegend offensichtlich nicht der Fall ist;
- das Gleiche dürfte im übrigen für die inzwischen entwickelten elektronischen Methoden der Spracherkennung gelten.

Damit nicht genug, wie Mitarbeiter der Agentur „Arbeiterfotografie“ herausgearbeitet haben, zeigt ein Vergleich zwischen scharfen Aufnahmen, die eindeutig von Bin Laden stammen, mit Ausschnitten aus dem von Pentagon veröffentlichten Video eklatante Unterschiede bei der Form der Nase, die an einer Stelle des Videos in Großaufnahme bei einer Drehung des Kopfes zu sehen ist (vgl. „junge Welt“ vom 24.12.2001, S. 9)

Und selbst der „Spiegel“ schreibt:

*„Sicher ist, daß US Geheimdienste in der Lage sind, Fernsehbilder für Desinformationen zu manipulieren: Modernste digitale Technik erlaubt die beinahe perfekte elektronische Aufbereitung von TV Material. Und während des Golfkrieges verbreiteten Exil-Kuwaitis Berichte, wonach die irakische Invasoren Säuglinge ermordet hätten. Die dramatischen Belege für Kriegsgreuel stellten sich später als Schauermärchen heraus.“* („Der Spiegel“ vom 17.12.2001)

Nicht nur im Golfkrieg gegen den Irak, sondern vor allem im Krieg gegen Jugoslawien gilt inzwischen als erwiesen, daß zentrale angebliche Beweise für serbische Massaker manipulierte Grundlagen für massive Desinformationskampagnen waren (vgl. im einzelnen Jürgen

Elsässer \*\*\*\* Titel \*\*\*\*\*

Wie wichtig es ist, auf gerichtsverwertbaren Beweisen zu bestehen, belegt nicht zuletzt die Tatsache, daß der Oklahoma-Anschlag 1995 wochenlang ebenfalls arabischen Islamisten in die Schuhe geschoben wurde, bevor die Täterschaft durch McVigh aus einer weißen Arier-Terroristengruppe nicht mehr zu leugnen war.

Es ist nicht meine Absicht, über die wirklichen Täter zu spekulieren, selbstverständlich ist nicht auszuschließen, daß Bin Laden mit seiner reaktionären islamistischen Gruppe in diese Attentate involviert ist. Denkbar wäre aber auch, daß es sich um CIA-nahe Geheimdienste handelt, die sich möglicherweise islamischer Fundamentalisten bedient haben, die vielleicht auch tatsächlich glaubten, sie opferten für die „heilige islamische Sache“. Es kann nicht die Aufgabe kritischer Bürgerrechtler oder Linker sein, hierüber zu spekulieren. Vielmehr muß darauf bestanden werden, daß gerichtsverwertbare Beweise vorzulegen sind. Dies schon deshalb, weil ein Großteil der getroffenen Maßnahmen, Rasterfahndungen, Gesetzespakete und die öffentliche und halböffentliche Diffamierung islamischer Menschen in den westlichen Ländern unausgesprochen oder explizit auf die Täterschaft der Bin Laden-Organisation aufbaut.

### 1.3.

#### Zwei Beispiele populärwissenschaftlicher Stichwortgeber des „Anti-Terror-Kampfes“.

## 2.

### Pseudowissenschaftliche Exkurse für Allheilmittel

Ähnliches droht auf wissenschaftlicher Ebene. Ohne den Anspruch auf Vollständigkeit sei hier ein Artikel des selbst bei kritischen Wissenschaftlern als scharfsinniger Vertreter seines Faches Prof. Dr. Herfried Münkler angeführt, der mir typisch zu sein scheint. In dem Beitrag „Terrorismus – Der Terrorist als Partisan“ im „Tagesspiegel“ vom 25.09.2001 entwickelt dieser zusammengefaßt zwei Thesen. Er wendet sich gegen eine Unterschätzung der Terroristen, die Verwechslung der Grausamkeit bei der Verfolgung ihrer Ziele mit Feigheit und den Fehler, nur die eigenen Werte als rational anzusehen; Mitleid und moralische Empörung seien ebenso problematische Ratgeber, wie der Ruf nach Rache und das Bedürfnis nach Vergeltung. Von einer „Strategie des Terrorismus kann erst gesprochen werden, wenn den Akteuren eine Zweit- und Drittschlagsfähigkeit zukommt“.

- „Die Attentäter in den USA verfolgen eine politisch-militärische Strategie. Sie wollen die Stärke ihres materiell überlegenen Gegners in Schwäche verwandeln ...
- Seit jeher hat die spezifische Kampfweise des **Partisanen** – und der Terrorist ist eine der zahlreichen Masken des Partisanen – darin bestanden, die Bedingungen des Kampfes so zu verändern ...
- **Partisanen nach Partisanenart zu bekämpfen wird heißen, daß weniger die Hochtechnologie und das schwere Gerät der Militärs in Erscheinung treten werden, sondern der Krieg wesentlich im Dunkeln stattfinden wird.**“ (Hervorhebungen vom Autor)

Unter der Hand wird also „der Partisan“ umstandslos mit dem „Terroristen“ in einen Topf geworfen, offenbar ein Lieblingsthema des Münkler’schen Geschichtsrevisionismus. Ähnlich unhistorisch und

bloßer Phänomenbeschreibung verhaftet bleibt sein ganzer Versuch Strategie des Terrors und Gegenstrategie zu entwickeln. Auffällig hierbei

- der Verzicht auf jede klare Begriffsbestimmung des „Terrorismus“. Statt dessen wird behauptet, es mache den Kern terroristischer Strategie aus, daß es ihr weniger um die physischen als um die psychischen Folgen der Gewalt geht, nicht „die Zerstörung selbst sind also der Zweck terroristischer Gewalt, sondern der von ihnen ausgehende Schrecken“; „terroristische Gewalt ... hat die Funktion, einen Zustand relativer Friedlichkeit in den offener Gewalt zu verwandeln“, weswegen es sich nach Münkler verbiete, mit Mitteln des Strafrechts gegen Terroristen vorzugehen, dies würde „den begonnenen Konflikt nicht beenden“ – als ob das offiziell propagierte Ziel der strafrechtlichen Verfolgung, „den Rechtsfrieden wieder herzustellen“ in sonstigen politischen oder sozialen Auseinandersetzungen erreicht würde – ganz zu schweigen davon, daß strukturelle Gewalt, Staatsterrorismus und die Instrumentalisierung terroristischer Organisationen durch staatliche Kräfte in dem ganzen Artikel vollkommen ausgeblendet werden.

Münkler polemisiert gegen den „prinzipiellen Verzicht auf einen Gegenschlag, wie er verschiedentlich gefordert wird“, weil dieser aus den dargelegten Gründen keinen Schritt der Deeskalation darstelle, sondern bloß weitere terroristische Anschläge herausfordere und unterschlägt, daß die Kritik an militärischen Gegenschlägen sich vor allem darauf bezieht, daß nach allen geschichtlichen Erfahrungen militärische Einsätze zu großen Opfern unter der völlig unbeteiligten Zivilbevölkerung führen deshalb kontraproduktiv sein können und im konkreten Fall Afghanistan zu einer äußerst gefährlichen Eskalation weltweiter militärischer Auseinandersetzungen, dem Einsatz von Atomwaffen o.ä. führen könnten.

Münkler unterstellt, ohne Zweifel auch nur zu erwähnen, daß es sich bei den Attentätern um Bin Laden und seine Al Quaida-Organisation handelt, obwohl es hierfür keinerlei gerichtsverwertbare Beweise gibt.

Menschen- und völkerrechtliche Fragen stellen sich für ihn offensichtlich in dem Zusammenhang nicht, obwohl auch er von der Unschuldsvermutung gehört haben muß, ihm bekannt sein müßte, daß es nicht nur für die Ergreifung von Straftätern in anderen Ländern verbindliche völkerrechtliche Regeln der Auslieferung usw. gibt, sondern auch für die Kriegsführung. So plädiert er als Wissenschaftler ganz offen für einen verdeckten geheimen Krieg, der sich an keinerlei Regeln hält, sondern offenbar mit ähnlichen Methoden Regeln wie die terroristischen Anschläge vorgehen soll.

Er verkennt, daß Terroristen nicht immer und überall das von ihm unterstellte strategische Ziel verfolgen, das gegnerische System zu stürzen und es völlig zu liquidieren; bekanntlich geht es häufig um die Durchsetzung bestimmter begrenzter Ziele wie etwa

- bei der Abu Sayaf o.ä. War-Lords zur Erhaltung regionaler Macht, Erpressung von Geldern o.ä.;
- zur Durchsetzung bestimmter begrenzter Forderungen (Freilassung politischer Gefangener o.ä.);
- ganz zu schweigen von der Beschränkung auf die Erkämpfung bestimmter Formen von Autonomie (bestimmte Gruppen in Nord-Irland, Korsika usw.).

Er vermengt die Fragen bestimmter terroristischer Kampfmethoden mit den Zielen und erhebt die Heimlichkeit, den tückischen Angriff aus dem Hinterhalt zum entscheidenden Kriterium des Terrorismus mit der Empfehlung bei dessen Bekämpfung genauso vorzugehen.

Ohne ihm zu nahe treten zu wollen, scheint dahinter das Ideal des (germanischen) offenen Zweikampfs, der militärischen offenen Feldschlacht zwischen bestimmten Herren zu stehen, das in der Praxis der Kriege der vergangenen Jahrhunderte allenfalls formal als wesentlich betrachtet werden kann und seit den Greueln der beiden Weltkriege und der Kolonialkriege nicht mehr ernsthaft aufrechterhalten werden kann. So betrachtet dürfte der Einsatz von Giftgas, Napalm oder die Bombardierung mit Atombomben– wie in einem unerklärten Krieg, etwa im Irak oder in Jugoslawien – für die Betroffenen genauso heimtückisch und grausam sein, wie die Bombardierung der unbeteiligten Zivilbevölkerung mit chirurgischen Operationen und elektronisch gesteuerten Distanzwaffen. Zimmering hat in ihrem Aufsatz „Die Zapatisten und der Terrorismus“ zu recht ausgeführt:

*„Hier wird eine Art Staatsterrorismus kreiert, die sich durch den Terrorismus von unten legitimieren soll. Eine weitere Überlegung ist, daß trotz des Vorrangs einer Methodendiskussion in den westlichen Ländern über die Bekämpfung des Terrorismus, zurückhaltend auf die Frage nach Zusammenhängen und Ursachen reagiert wird, wobei immer wieder, aus den verschiedensten Ecken kommend die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Armut und Ohnmacht und Terrorismus gestellt wird. Auch hierfür sind die Zapatistas ein sehr prägnantes Beispiel, da gerade sie versucht haben, das Aufeinanderbezogensein von Exklusion und Terrorismus zu durchbrechen und ad absurdum zu führen.“ (Unveröffentlichtes Manuskript, Seite 1)*

Die Darstellung des Terroristen als „einer der Masken des Partisanen“ bei Münkler verabschiedet sich endgültig vom Partisanen als Verkörperung des gerechten Widerstandes gegen diktatorische Terrorregime, dessen Ziel der legitime Kampf gegen Besatzungsregime oder den Diktator selbst bzw. verhaßte Massenmörder war. Wer den legitimen Kampf für das Selbstbestimmungsrecht von Nationen, die gegen koloniale Ausbeutung oder rassistische Unterdrückung keinen anderen Ausweg mehr haben als gewaltsam zu kämpfen, mit Terrorismus gleichsetzt, mag den Forderungen des augenblicklichen Mainstreams zu entsprechen, mit kritischer Wissenschaft hat dies nicht mehr zu tun (- daß sich dieser Kampf nach den Regeln des humanitären Kriegsvölkerrechts richten muß und bei den großen und zum Teil erfolgreichen national-revolutionären Befreiungsbewegungen auch im wesentlichen gerichtet hat, wird noch auszuführen sein.

Der angeführte Artikel von Münkler soll nur beispielhaft ein Phänomen belegen, das sich nach den Anschlägen vom 11. September fast gesetzmäßig wiederholt hat: Der ungeahnte Aufschwung der „terrorism industry“ (von dem Terrorismusforscher Professor Dr. S. Herman geprägter Begriff, siehe unten), nicht in den Massenmedien, die sich ausdrücklich selbst zum Propagandainstrument des „Krieges gegen den Terrorismus“ (- praktisch das neue Logo von CNN, BBC World, NTV oder auch der Sprenger – Presse), verbreitet in immer neuen Sondersendungen und nicht in wollenden Talkshows. Ihnen wollen offensichtlich nun auch Propagandisten zu Hilfe eilen, die ursprünglich höhere, wissenschaftliche Ambitionen hatten:

Noch in seinem 1990 herausgegebenen Standardwerk „Der Partisan – Theorie, Strategie, Gestalt“ ist Münkler in seinem Vorwort und seiner Einleitung um Wissenschaftlichkeit bemüht. Die von ihm beklagte fehlende Beschäftigung mit einer „so hochpolitischen Gestalt wie die des Partisanen“ in der Politikwissenschaft erklärt er zunächst mit einem methodischen Grund, „denn die chamäleonhafte Gestalt des Partisan entzieht sich dem Zugriff des regulären Militärs, sondern auch dem einer mit empirisch – sozialwissenschaftlichen Methoden arbeitenden Politikwissenschaft“ (S. 7). Und er stellt schon im Vorwort fest:

*„Es gab und gibt militärische Führungsstäbe, welche die partielle Berührung von Partisanen – und Banditentum zum Wesen des Partisanen erklären, und darum, wie dies die Wehrmacht des Zweiten Weltkrieges überwiegend getan hat, den Partisanenkrieg in der Form von Bandenbekämpfung führen. Es steht außer Frage, daß auch hier das Wesen des Partisan nicht erfaßt worden ist.“ (S. 9)*

In der Einleitung entwirft er „die Gestalt des Partisan“ zwischen „den beiden Endpunkten des Bandes der Möglichkeiten bewaffneter Konfliktaustragung, der Regularität des Soldaten und der Irregularität des Terroristen“ (S. 15) ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, den „Terroristen“ näher zu definieren. Hierzu verweist er auf einen früheren Aufsatz im Rahmen einer Fußnote und will die „strategische Unterscheidbarkeit zwischen Terrorismus und Partisanentum“ vor allem entlang der intendierten Folgen der Gewalt entwickeln: „geht es dem Terrorismus zunächst und vor allem um die psychischen Folgen der Gewalt, also den von ihr ausgehenden (einschüchternden, motivierenden, womöglich staatlichen Überreaktionen provozierenden) Schrecken, so setzen Partisanen zunächst und vor allem auf die physischen Folgen der Gewalt: Die gesprengte Brücke, den überrannten Posten, die zerschlagenen Einheiten der gegnerischen Streitkräfte.“ (S. 34). Er versucht, eine „wissenschaftliche Diskussion, die ihre Kriterien fast ausschließlich von Mao und Guevara bezog“ zu überwinden, wobei diese „auf eine genauere Bestimmung partisanischer Identität verzichten“ würden, in ihrer Sicht sei „Die Gestalt des Partisanen eine Maske des Revolutionärs, und der Partisanenkrieg ... ein Instrument der revolutionären Veränderung“ (S. 17). Bei der Beantwortung der „Gegenfrage, ob der Partisan nicht auch eine Erscheinungsform des Konterrevolutionärs sein könne“, bezieht er sich auf zwei damals aktuelle Beispiele, den „Eindruck des partisanischen Widerstands gegen die marxistisch orientierte Modernisierung der ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen **Afghanistans** („ – d. Verf.). Der andere im Hinblick auf den Partisanenkrieg der Kontras gegen die revolutionäre Regierung in Managua (S. 18). Nach seiner These ist die „Definition des Partisanen

durch Rekurs auf den Revolutionär theoretisch unbefriedigenden ... weil sie nur die Verhältnisse in der Phase wegen der Dekolonisation erfaßte“, während sich in den achtziger Jahren die Verhältnisse geändert hätten: „in Asien, Afrika und Lateinamerika wurde der Partisanenkrieg zunehmend eine Waffe, deren sich die Gegner der an die Macht gelangten Revolution bedienten .... von den moslemischen Widerstandskämpfern in Afghanistan über die Unita in Südafrika bis zu den Kontras in und um Nikaragua gingen plötzlich die Konterrevolution und das Partisanentum eine Verbindung ein und der Partisan war wieder das, als was er am Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts die weltgeschichtliche Bühne betreten hatte: Ein Gegner der an sozialer und politischer Modernisierung orientierten Revolution.“ (S. 18 f). Die Frage, von wem die „moslemischen Widerstandskämpfer in Afghanistan“ 1990 ausgebildet, finanziert und unterstützt worden waren, interessiert Münkler ebensowenig wie die genauere Darstellung ihrer Ziele und Kampfmethoden – ebensowenig kommt ihm diese Frage im Herbst 2001 in den Sinn. Ihm genügt es, scheinbar wertfrei und rein wissenschaftlich der Frage nach der Gestalt des Partisanen in der Geschichte nachzugehen und hierbei sicherlich interessante und wenig beachtete Aspekte der Entwicklung des Partisanenkrieges seit den Kämpfen in Spanien Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts aufzuzeigen, so auch der Hinweis darauf, daß englische und deutsche Truppen erstmals während des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges in größerem Umfang mit der neuen Guerilla – Taktik konfrontiert worden sind (S. 23). In der Verwendung bestimmter wertender Schlüsselbegriffe aber zeigen sich die Grenzen seiner objektivierenden Wissenschaftlichkeit. So etwa wenn es unter Rückgriff auf die Vorgeschichte des „Kleinkrieges“ im 30jährigen Krieg heißt:

*„Die Brutalisierungs- und Eskalationsspirale, die seit der spanischen Guerilla für alle Partisanenkriege charakteristisch ist, läßt sich also schon am Verlauf des 30jährigen Krieges beobachten.“ (S. 24 – v. Verf.)*

Abgesehen davon, daß der Satz in sich widersprüchlich ist und seiner Grundthese widerspricht (der Guerillakampf sei erstmals in Spanien lange Zeit nach dem 30jährigen Krieg geschichtsmächtig geworden), wird ein sehr negativ und emotional bewertetes Begriffspaar – Brutalisierungs- und Eskalationsspirale - gerade als Besonderheit des Partisanenkrieges herausgestellt. Als ob es nicht gerade von regulären Armeen in der Geschichte zahllose Beispiele von Brutalisierung und Eskalation gab!

Wird hier der politische Pferdefuß erst bei genauerem Hinsehen deutlich, so tritt er in dem neuen Artikel Münklers vom Herbst 2001 ebenso offen zu Tage wie in Diskussionen zu seinen wissenschaftlichen Thesen etwa in der Humboldt Universität Berlin am 22.11.2001: Gegenüber einer Kritik an den reaktionären Konsequenzen seiner Thesen wehrte er sich mit dem Argument, daß interessiere ihn nicht, ihm gehe es nur um den wissenschaftlichen Bereich. Will er ernsthaft behaupten, daß seine Polemik „gegen den prinzipiellen Verzicht auf einen Gegenschlag“ (s. o.) rein wissenschaftliche Argumentation ist? In Wahrheit verläßt er die Ebene der wissenschaftlichen Untersuchungen ganz bewußt und fordert selbst mehr oder weniger eindeutige Konsequenzen auf

völkerrechtlicher und sogar politisch - militärischer Ebene, wenn es gegen Schluß seines Artikels heißt:

*„Partisanen könne man nur nach Partisanenart bekämpfen, hat Napoleon gesagt. Wenn damit die Dispensierung von allen völkerrechtlichen Erhebungen des Krieges gemeint ist, ist diese Formel mit äußerster Vorsicht zu behandeln. Klar ist jedoch, daß das Raffinement der terroristischen Strategie nur mit ebensolchen strategischem Raffinement zu begegnen ist.“*

Im Klartext also: Münkler will nicht alle Regeln des humanitären Kriegsvölkerrecht außer Kraft gesetzt wissen, sich aber eben nicht prinzipiell daran halten, um das nötige „strategische Raffinement“ entwickeln zu können. Was dies heißt wird wenige Absätze später deutlich:

*„Wenn die amerikanischen Politiker und Militärs kühlen Kopf behalten, also den Terroristen nicht in die Falle gehen und zielgenau Losschlagen, dann werden wir in den nächsten Monaten und Jahren einen Krieg neuen Typs erleben: In dem die vertrauten Grenzziehungen zwischen Polizei und Militär verwischt oder gänzlich bedeutungslos werden. Wirtschaftlich Operationen werden stärker als bisher zu einem Bestandteil der Kriegsführung werden.“ (Hervorhebungen v. Verf.)*

Was Münkler aus seiner „wissenschaftlichen Analyse“ ableitet, ist also klar und eindeutig:

- Einen Jahre dauernden (!) Krieg neuen Typs, eine offene Unterstützung der Kriegstreiber in der US – Administration, die von einem jahrelangen Krieg gegen die Staaten, die Terroristen unterstützen (Schurkenstaaten) reden;
- Die Grenzen zwischen polizeilichen und militärischen Aktionen aufzuheben, also eine klare Absage an das Völkerrecht und unsere Verfassung, die für polizeiliche Aufgaben polizeiliche und nichtmilitärische Mittel verlangt und militärische überhaupt nur als letztes Mittel im Falle eines militärischen Angriffs durch andere Staaten;
- Wirtschaftliche Operationen als Bestandteil der „Kriegsführung“, also insbesondere das Embargo wie gegen den Irak und Jugoslawien angewandt, von dem früherem US – Justizminister Ramsey Clark zurecht sagt, seine Verhängung müsse als strafrechtlicher Tatbestand in das Kriegsvölkerrecht aufgenommen werden.

„Partisanen nach Partisanenart zu bekämpfen“, den „Krieg wesentlich im Dunkeln stattfinden“ lassen - klarer kann ein Wissenschaftler seine Unterstützung eines grenzenlosen, von den Fesseln des humanitären Kriegsvölkerrechts befreiten militärischen Angriffskrieges kaum verdeutlichen. Hier entlarvt sich der angeblich wertfreie Wissenschaftler als billiger Propagandist eines schmutzigen neuen Krieges unter US – Führung.

Mindestens genauso deutlich wird dies bei einem anderen „Terrorismus – Experten“, dem Historiker Walter Laqueur, unter anderem als Vorsitzender eines internationalen Gremiums in Washingtoner „Center for Strategic and International Studies“ tätig, dessen 1998 erschienenen Buchs „Die globale Bedrohung – neue Gefahren des Terrorismus“ soeben als aktualisierte Taschenbuchausgabe auch

bei uns wieder erschienen ist. Dieser einflußreiche Berater der US – Administration hat sich schon seit langem durch populärwissenschaftliche Äußerungen zum „Terrorismus“ hervorgetan, so hat er 1978 in einem vierseitigem Beitrag zum Stichwort „Terrorismus“ in „Meyers Enzyklopädischem Lexikon“ (Mannheim 1978, S. 343 ff). Einige für die aktuelle „Terrorismus – Diskussion“ in der BRD interessante Ausführungen:

*„Die politische Bedeutung des Terrors wird im Allgemeinen weit überschätzt ... Die Überschätzung der politischen Bedeutung des Terrorismus ist mit Hinblick auf den scheinbar unerklärlichen und unheimlichen Charakter des Terrorismus zu erklären ... Eine Bekämpfung des Terrorismus im demokratisch – liberalen Rechtsstaat ist mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ... Wenn der Staat nun den Kampf mit den Terroristen vernachlässigt, setzt er sich dem Vorwurf der Unfähigkeit aus; reagiert er dagegen scharf, so wird er der Verletzung der Grundrechte der Bürger angeklagt. Solange der Terrorismus sich auf gelegentliche Angriffe beschränkt, erscheinen drakonische Maßnahmen inopportun. Sobald der Terrorismus eine wirkliche Bedrohung der Gesellschaft wird, wächst auch der Druck der öffentlichen Meinung auf die Regierung, alle notwendigen Maßnahmen anzuwenden, selbst wenn diese eine Einschränkung der Bürgerrechte bedeuten. Das eigentliche Problem in einer freien Gesellschaft ist nicht, ob der Terrorismus unterdrückt werden kann – selbst fünftrangige Militärdiktaturen haben sich als dazu fähig erwiesen -, sondern welcher Preis dafür gezahlt werden muß ... Terrorismus wird es wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft geben, es sei denn, daß sich die Diktatur in weltweitem Maßstab durchsetzt.“*

Im gleichem Sinne hatte er sich in einem Symposium zu Fragen der Terrorismusbekämpfung in Deutschland geäußert (\*\***Fundstelle** \*\*).

Seine populärwissenschaftliche in der Taschenbuchausgabe aktualisierte Abhandlung „Die globale Bedrohung“ (von 1998) strotzt vor oberflächlichen und einseitigen historischen, soziologischen Feststellungen – ganz zu schweigen von seinem Ratschlägen und insbesondere den aktuellen Ergänzungen. Einerseits meint Laqueur, es gäbe keine genaue Definition des Terrorismus, „mit Gewißheit läßt er sich nur als Anwendung von Gewalt durch eine Gruppe bezeichnen, die zu politischen oder religiösen Zwecken gewöhnlich gegen eine Regierung, zuweilen auch gegen andere ethnische Gruppen, Klassen, Religionen und politische Bewegungen vorgeht.“ (S. 44), dazu später. Andererseits setzt er in seinem „Streifzug durch die Geschichte des Terrorismus“ den politischen Mord als maßgebliches Element an, daß für ihn seit Beginn der Menschheitsgeschichte und damit auch in der Bibel existiert. Für die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen meint er, Terrorismus sei „eher auf der extremen Rechten als auf der extremen Linken zu finden“ und erwähnt als typisches Beispiel die deutschen Freicorps und den Mord an Luxemburg und Liebknecht u. a., jedoch mit keinem Wort die Faschisten und Nationalsozialisten. Statt dessen erwähnt er Lenin, der den Terrorismus nicht prinzipiell abgelehnt habe, ihn aber in den meisten Fällen für schädlich gehalten habe, mit Hinweisen auf Äußerungen Lenins von 1905 und Trotzki von 1911 (S. 30), ohne zu erläutern, was dies mit der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen zu tun haben soll.

Im Abschnitt über die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg ist – erstmals – Rede von „neofaschistischem Terrorismus, den viele gefürchtet hatten, blieb in den Jahren nach 1945 aus“ (S. 30). Als Beispiele werden Palästina und Algerien genannt, es folgen kurze Streifzüge durch Südamerika „Europa nach

1968 in den USA und Japan“ und „Rechts- und Linksterrorismus in der Türkei mit sehr aufschlußreichen Ausführungen:

- Es ist nur die Rede von Rechtsterroristen und vor allem Linksterroristen, die von Bulgarien und anderen Ostblockländern unterstützt worden seien, ohne die Rolle des Staates, die systematischen Massaker von Militär und paramilitärischen Banden nur mit einem Wort zu erwähnen;
- Eine „genauere Untersuchung“ über die Gründe des Terrorismus haben unter anderem gezeigt:

„Man war nach Atatürks allmählicher Demokratisierung verdrossen über die politischen Institutionen und es war keineswegs sicher, **ob die türkische Gesellschaft für die Demokratie bereit war, oder ob sie immer noch einer starken Hand bedurfte.**“ (S. 41 – Hervorhebungen v. Verf.)

Daß bestimmte Völker für die Demokratie nicht reif sind und „immer noch einer starken Hand bedürfen“, sprich einer Militärdiktatur, ist also offensichtlich eine an dieser Stelle einmal offen ausgesprochene Grundannahme des „Terrorismusexperten“: Kein Wunder, daß sich US Amerikanische Weltherrschaftspläne auf derartige „wissenschaftliche Untersuchungen“ schmücken.

Eigentlich unfaßbar für einen Wissenschaftler, der von sich behauptet, den westlichen demokratischen Werten verbunden zu sein, daß der „armenische Terrorismus ab 1880“ mehrfach erwähnt wird (u. a. S. 26 f), ohne die blutige Unterdrückung durch die Osmanenherrschaft und den Völkermord an den Armeniern auch nur mit einem Wort zu erwähnen.

Und so wundert es auch nicht, daß unter dem Stichwort „Gegenterrorismus“ das erschreckend einfache Rezept dieses Experten verkündet wird:

*„Der Gegenterrorismus ist so alt wie der Terrorismus, aber er ist im Laufe der Zeit aus einer Reihe von Gründen weniger wirksam geworden. Die moderne Technologie hat enorme Fortschritte gemacht und kann die Bewegungen auch kleinster Gruppen und einzelner Panzer Tag und Nacht in ausgedehnten Gebieten verfolgen. Aber sie ist nicht in der Lage, Individuen, die in der Stadt Miniaturbomben bei sich tragen, auf der Spur zu bleiben. **Die einzige verlässliche Waffe gegen den Terrorismus ist die Unterwanderung ihrer Reihen durch Spitzel; in dieser Hinsicht hatten die Polizeichefs des letzten Jahrhunderts viel freiere Hand als ihre heutigen Kollegen ... wenn ein Polizeispitzel im Rahmen seiner Pflichten terroristische Akte ausführen mußte, brauchte er nicht mit Fragen, einer Verhandlung oder dem Verlust seiner Pensionsansprüche zu rechnen. Die heutigen Polizeikräfte in demokratischen Gesellschaften können nicht so ungehindert agieren.**“ (S. 56, Hervorhebungen v. Verf.)*

Von dieser Feststellung bis zur Forderung nach Wiedereinführung der alten Geheimdienstlichen Methoden inklusive Aufhebung des Verbotes von Folter und gezielten Tötungen, wie sie in der gegenwärtigen Debatte in der USA gefordert werden, ist es offensichtlich nur ein kleiner Schritt. Und

so erweisen sich angeblich rein wissenschaftlich untersuchende und argumentierende Experten als Stichwortgeber der reaktionärsten Politik.

Für eine umfassende kritische Untersuchung dieser Machwerks ist hier kein Platz in dem Zusammenhang muß der Hinweis genügen, daß über die Verbrechen und Massaker, die im Namen des „Gegenterrorismus“ begangen worden, Laqueur kein Wort verliert. Zwar gibt es bei ihm auch ein Kapitel über den „staatlichen Terrorismus“, hierunter allerdings von den vier Staaten bzw. Staatenverbänden:

„Gaddhafis Abenteuer (S. 204 ff), iranischer Terrorismus im Ausland (S. 209 ff), die Hilfe des Sowjetblocks (S. 216 ff), Saddam Husseyin und Andere (S. 226 ff) vom Staatsterrorismus, den die USA und andere Westmächte zu verantworten haben, also in dem ganzen Buch kein Wort.

Interessant für die heutige Diskussion die Hinweise auf Osama Bin Laden: Ein „milliardenschwerer saudischer Geschäftsmann, der viele Anschläge auf seine eigene Heimat und auf andere Ziele im nahen Osten zu verantworten hatte (Bin Laden verlagerte seine Aktivitäten später nach Afghanistan)“, im Zusammenhang mit der Darstellung des Sudan als Land „mit zweiter Heimat für Separatisten und Fundamentalisten“, das „terroristische Initiativen überall auf der Welt unterstützte“ (S. 228 f). Der Sudan ist bekanntlich seit dem zweiten Golfkrieg arabischer Hauptalliiertes der USA, die dort nach wie vor die ganzen Jahre über ausgedehnte militärische Stützpunkte verfügen – für den Experten Laqueur keine Erwähnung wert.

Auch die inzwischen allgemeine bekannte Rolle der CIA beim Aufbau, Finanzierung und Unterstützung der moslemischen Kämpfer gegen die sowjetischen Truppen in Afghanistan wird von Laqueur unterschlagen, wenn es heißt:

*„In Afghanistan hatten rund 20.000 junge Araber und Angehörige anderer Staaten des nahen Ostens gegen die UDSSR gekämpft ... und die Operationen wurden bis zu einem gewissen Grade von den CIA - Niederlassungen in Kairo und Islamabad überwacht. Tausende von Freiwilligen überlebten und sind nun in fast allen Terroristengruppen von Algerien bis Ägypten, vom Libanon bis in den fernen Osten zu finden ... Als Zahlmeister sollen Osama Bin Ladin und der iranische Geheimdienst fungieren, und die „Afghanen“ dürften zu einem bedeutendem Faktor des internationalen Terrorismus geworden sein, bis sich auch diese Generation überlebt hat. Ein neues Phänomen ist das Auftauchen kleiner Gruppen nahöstlicher Terroristen von ungewisser Herkunft in westlichen Ländern, wie der Anschlag auf das World Trade Center (!) gezeigt hat ... Diese Personen sind das Treibgut der terroristischen Unterwelt, was sie jedoch nicht daran hindert, ab und zu ein aufsehenerregendes Attentat zu verüben. Und da die Gruppen so klein sind und keine Organisationsstruktur besitzen, haben die Sicherheitskräfte kaum eine Möglichkeit sie zu unterwandern.“ (S. 231 Hervorhebungen v. Verf.)*

In mehrerer Hinsicht aufschlußreiche Feststellungen: Nicht nur die Geringschätzung der „Afghanen“, sondern auch des damaligen Anschlags auf das World Trade Center, für den Laqueur nicht einmal Osama Bin Laden verantwortlich macht (!?).

Das hindert ihn nicht in den aktualisierten Teilen, insbesondere dem Vorwort zu behaupten, er habe mit seinem Buch in wesentlichen Punkten recht behalten, „Allerdings hatte ich angenommen, daß der nächste größere terroristische Schlag bereits mit Massenvernichtungsmitteln erfolgen würde“ (! S. I). Zwar schreibt er auch in dem Vorwort, der Terrorismus habe viele Gesichter und die Annahme, das man diesen Krieg zum siegreichen Ende führen könne, sei bestimmt zu optimistisch, und betont abschließend:

*„Ich habe in meinen Büchern mehr als einmal gezeigt, daß es in der Geschichte terroristische Gruppen gegeben hat, die sehr wohl berechnete Ziele hatten. Das bezieht sich vor allem auf oppositionelle Gruppen in totalitären Diktaturen, in denen es keine Möglichkeit gab, Widerstand zu leisten. Das aber sind nicht die Terroristen der Gegenwart, auf deren Panieren alles mögliche zu lesen ist, außer eben Freiheit, geschweige denn Brüderlichkeit.“ (S. III / IV)*

Im Mittelpunkt steht aber eine Passage mit der zentralen Botschaft:

***„Das erste Gebot im Fall solcher massiver terroristischer Anschläge ist, sobald und so hart wie möglich zurückzuschlagen, denn jede Schwäche in einer solchen Situation bedeutet, daß man damit den nächsten Angriff provoziert.“ (S. II)***

Der im September 2001, wenige Wochen nach den Anschlägen geschriebene Text läßt also keinen Zweifel daran, was nach den neuen Anschlägen das Gebot der Stunde ist, während 1998, mehrere Jahre nach dem ersten Anschlag auf das World Trade Center der gleiche Terrorismusexperte Bin Laden dafür überhaupt nicht ausdrücklich verantwortlich macht und den Anschlag herunterspielt. Soll man sich über den erstaunlichen Erkenntnisgewinn eines bedeutenden Terrorismusexperten wundern oder kritisch feststellen, daß auch er offenbar einfach seiner „patriotischen Pflicht“ folgt und seinen Aufruf zum schmutzigen, unerklärten, völkerrechtswidrigen Krieg mit dem erklärten Ziel ein Regime zu stürzen und eine Zivilbevölkerung mit Millionen von Hungernden und Flüchtlingen zu terrorisieren scheinbar „wissenschaftlich“ zu begründen?

Diese beiden Beispiele müssen genügen um zu belegen, daß die herrschende Wissenschaft wieder einmal versagt, wenn man sie an ihren kritischem Auftrag mißt, bzw. bestenfalls als Wissenschaft zur Begründung des Krieges funktioniert, wenn man sie kritisch beleuchtet.

#### 1.4.

**Stichworte zur historischen Bedeutung der Anschläge und ihre Relativierung (insbesondere die These von Noam Chomsky).**

.....

#### 1.5.

**Stichworte zur tiefen Krise des neoliberalen, globalisierten Kapitalismus (Beiträge aus Kuba, der „monde Diplomatique“).**

....

## 2.

### **Der „internationale Kampf gegen den Terrorismus“ als eine „Hauptaufgabe“ der US-Administratoren seit 1983**

#### 2.1.

#### **„Terrorismusbekämpfung“ und „Staatsterrorismus“ – der Doppelstandard der USA (Noam Chomsky's Analyse)**

Zunächst wieder einige Auszüge aus dem bereits erwähnten Vortrag von Noam Chomsky:

*„Die Reagan-Regierung kam vor 20 Jahren an die Macht und verkündete, der Krieg gegen den internationalen Terrorismus würde das Herzstück unserer Außenpolitik sein ... Die Reagan-Regierung antwortete auf diese, von verdorbenen Gegnern der Zivilisation verbreitete Plage, indem sie ein internationales terroristisches Netzwerk von nie gekannten Ausmaßen aufbaute, das massive Greuelthaten auf der ganzen Welt verübte.“ (eben da, S. 10)*

Chomsky geht dann ausführlicher auf einen Präzedenzfall ein, den Staatsterror der USA gegen Nicaragua, der zehntausende Opfer gefordert und das Land vielleicht unwiderruflich ruiniert habe – unumstritten, weil das sandinistische Nicaragua darauf nicht mit Terrorangriffen antwortete, sondern, indem es vor den Weltgerichtshof gegangen und dort die Beweise vorgelegt habe; zum Erstaunen aller Beobachter sei die USA damals in allen wesentlichen Punkten verurteilt worden, ohne irgendwelche Konsequenzen für die USA, auch nicht als die USA auf Antrag von Nicaragua von der Vollversammlung der Vereinten Nationen fast einstimmig verurteilt wurde. Chomsky fährt fort:

Chomsky beschreibt weiter, daß die USA seinerzeit auf die Verurteilungen damit antworteten, da sie den Krieg gegen Nicaragua unverzüglich eskalierten und die Bedingungen des Krieges dahingehend änderten, daß zum ersten Mal offizielle Befehle an eine terroristische Armee ergingen, sogenannte „weiche Ziele“ anzugreifen, womit ungeschützte Ziele gemeint waren, sich von der nicaraguanischen Armee fernzuhalten.

Dann fährt er fort:

*„Als das Land dem Angriff der amerikanischen Supermacht erlag, priesen Kommentatoren laut und begeistert die angewandten Methoden und beschrieben sie ausführlich ... Die Kultur, in der wir leben, deckt mehrere Tatsachen auf. 1. Der Terrorismus funktioniert ... Meistens funktioniert die Gewalt. Das ist die Geschichte der Welt. 2. Die immer wiederholte Behauptung, das Terrorismus die Waffe der Schwachen ist, stellt einen äußerst groben analytischen Fehler dar. Wie die anderen Formen der Gewalt ist auch der Terrorismus in erster Linie eine Waffe der Starken. ... Der Terrorismus wird nur deshalb für die Waffe gehalten, weil die Starken gehalten, weil die Starken auch die Definitionsgewalt in den Staatssystemen haben. Aus demselben Grund wird der Terrorismus der Starken auch nicht*

zum Terrorismus gezählt ... Die USA haben vor einigen Wochen einen neuen Botschafter für die Vereinten Nationen ernannt, der den Krieg gegen den Terrorismus anführen soll. Er ist er? Nun, sein Name ist John Negroponte. Er war der US-Botschafter des Vasallengebietes, das Honduras in den frühen achtziger Jahren gewesen ist. Als ‚Prokonsul‘ von Honduras, wie er dort genannt wurde, war er der lokale Aufseher der USA, über den von Honduras ausgehenden Terrorkrieg gegen Nicaragua, für den seine Regierung in Washington von dem Weltgerichtshof verurteilt worden war ... Und ausgerechnet Negroponte wurde zum Botschafter der USA bei den Vereinten Nationen ernannt, wo er den globalen Krieg gegen den Terrorismus anführen soll ...

Für die bei weitem schlimmsten Menschenrechtsverbrechen der neunziger Jahre ist Kolumbien verantwortlich. Während der neunziger Jahre lag Kolumbien auch an erster Stelle der lateinamerikanischen Empfängerländer von US-Militärhilfe zur Aufrechterhaltung des Terrors und der Menschenrechtsverletzungen. 1999 verdrängte Kolumbien die Türkei von der dritten Stelle des weltweit größten Empfängers von US-Waffenlieferungen, mit Ausnahme von Israel und Ägypten, die eine Kategorie für sich darstellen. ...

Die Ergebnisse der US-Waffenlieferungen an die Türkei waren beeindruckend: 2 bis 3 Millionen Flüchtlinge als Folge der schlimmsten ‚ethnischen Säuberungen‘ der späten neunziger Jahre. Zehntausende Menschen wurden getötet, 3 500 Städte und Dörfer zerstört, viel mehr als im Kosovo unter der NATO-Bombardierung. Und die USA lieferten 80 % der Waffen. Je mehr Greuelthaten, desto mehr Waffen. Mit 1997 als Höhepunkt. Erst 1999 nahm es wieder ab. Da hatte der Terror wieder mal funktioniert ...

Was die Geschichte so bemerkenswert macht, ist die Tatsache, daß sie vor dem Hintergrund einer riesigen Welle von Selbstbeglückwünschungen westlicher Intellektueller ablief. Es ist eine beeindruckende Leistung für ein Propagandasystem, dies in einer freien Gesellschaft fertigzubringen. Ich glaube nicht, daß dies in einem totalitären Staat gelingen könnte.

Und die Türkei ist sehr dankbar. Sehr enthusiastisch, gab Ministerpräsident Ecevit bekannt, daß die Türkei der Koalition gegen den Terror beitreten würde. Er erklärte auch weshalb die Türkei Truppen beisteuere. Er sagte: ‚Wir schulden den Vereinigten Staaten sehr viel, weil die Vereinigten Staaten das einzige Land gewesen sind, das bereit war, uns so massiv bei unseren eigenen gegenterroristischen Krieg zu unterstützen‘, d. h., Unterstützung bei den massiven ethnischen ‚Säuberungen‘, Greuelthaten und Terroroperationen der türkischen Regierung zu geben.

Die Koalition gegen den Terror schließt Algerien, Rußland, China und Indonesien ein ... wenn wir uns die Koalition genauer ansehen, die sich gegen den Terror formiert, sagt und das eine Menge mehr. Ein führendes Mitglied der Koalition ist Rußland, das statt der gelegentlichen Kritik nun über die Unterstützung der USA für seinen mörderischen und terroristischen Krieg in Tschetschenien entzückt ist. Auch China schließt sich enthusiastisch an. Peking freut sich über die Unterstützung für die Greuelthaten, die es im westlichen China gegen die sogenannten muslimischen Sezessionisten verübt. Die Türkei ist, wie schon erwähnt, auch sehr glücklich über den Krieg gegen den Terror. Die Türkei und Algerien sind Experten. Indonesien freut sich auf noch mehr US-Unterstützung für die Grausamkeiten, die es in Aceh und anderswo begeht. Die Liste der Staaten, die sich der Koalition gegen den Terror angeschlossen haben, ist ziemlich beeindruckend. Sie allein haben ein gemeinsames Merkmal. Sie befinden sich unter den führenden terroristischen Staaten der Welt. Und sie werden nicht zufällig vom Weltchampion geführt.“ (eben da, S. 11)

Zu der Frage „was ist Terrorismus“ sagt Chomsky:

„Darauf gibt es einige einfache Antworten. Es gibt eine offizielle Definition, die man in US-Armee-Handbüchern findet und die gesagt: Terror ist der kalkulierte Einsatz von Gewalt oder die Androhung von Gewalt, um politische, religiöse oder ideologische Ziele durch Einschüchterung, Zwang oder Angst durchzusetzen. Das ist Terrorismus. Das ist eine ausreichende Definition ... Das Problem ist, daß es nicht akzeptiert werden kann, denn sonst käme man zu völlig falschen Ergebnissen. Denn, wenn man sich z.B. die Definition der Kriegsführung niedriger Intensität ansieht, die ja offizielle US-Politik ist, stellt man fest, daß es eine sehr ähnliche Umschreibung dessen ist, was ich gerade als Definition des Terrorismus vorgelesen habe. Im Grunde ist die Kriegsführung niedriger Intensität nur ein anderer Name für Terrorismus. Deshalb bezeichnen alle Länder, soweit mir das bekannt ist, alle entsetzlichen Taten, die sie begehen, als Gegenterrorismus. Wir dagegen sprechen von

*Aufstandsbekämpfung oder Konflikt niedriger Intensität. Daraus ergibt sich das Problem, daß man die derzeitige Definition für den Terrorismus nicht verwenden kann.“ (eben da, S. 11)*

Anschließend beschäftigt sich Chomsky mit den UNO-Resolutionen gegen den Terrorismus, auf die ich noch gesondert eingehen werde, um zusammenzufassen:

*„Wenn man sich die gelehrten Werke über den Terrorismus ansieht, wird darin von alldem nichts erwähnt ... Man muß sich deshalb die Definition des Terrorismus sorgfältig zurecht feilen, damit man am Ende die richtigen Ergebnisse bekommt. Genau ist das Problem, das bisher den Entwurf eines umfassenden internationalen Abkommens gegen den Terrorismus verhindert hat.“*

## 2.2

### **Keine allgemeingültige Definition des Terrorismus**

Eine allgemeingültige Definition des Terrorismus existiert bis heute nicht.

Auch der frühere Generalbundesanwalt Rebmann hat selbst schon 1979 als seinen Rechtsstandpunkt dargelegt, daß die Qualifizierung ausländischer Befreiungsbewegungen, Parteien usw. als "terroristische Vereinigungen" rechtlich und politisch höchst problematisch sei, denn dann müßte von den zuständigen Justizorganen in der BRD festgestellt werden,

*"ob der von der ausländischen Vereinigung im Ausland geleistete Widerstand berechtigt oder nicht berechtigt ist."*  
(Rebmann in DRIZ 1979, 363ff, 364)

Diese Problematik hängt eng mit einer der fehlenden Begriffsbestimmung des Begriffs "Terrorismus" zusammen oder wie es der frühere Generalbundesanwalt formuliert hat:

*"International konnte bisher keine Einigung erzielt werden, was unter dem Begriff 'Terrorismus' zu verstehen ist. Bis heute ist streitig geblieben, wo die Grenzen zwischen Terrorismus und kriegsähnlichen Auseinandersetzungen, Aggressionen, Aufständen oder gerechtfertigten Widerstand von Völkern und Volksgruppen zu ziehen sind."*  
(Rebmann, zitiert nach "Workpaper der Berlin Conference on the Law World" vom 21.-26.07.1985, herausgegeben von "The Worldpeace Lawcenter", Suite 800, Washington DC, USA, ohne Jahr; vgl. auch Janssen, Kriminalistik 84, 17)

So verzichtete Rebmann in seinen Ausführungen auf der Konferenz auch auf eine eigene Definition des Begriffs.

Auch der Versuch, internationale Konventionen gegen den Terrorismus zu verabschieden und wirksam etwa im Rahmen der UNO umzusetzen, sind bisher u.a. an diesem Problem gescheitert (wie auch jüngste Pressemeldungen hierzu wieder aktuell bestätigen).

Unterhalb einer präzisen juristisch faßbaren Definition kann man Hippler und Lueg zustimmen, die in ihrer Studie zum Terrorismus im Nahen Osten (Gewalt als Politik, Köln 87) zusammenfassend feststellen:

*"Terrorismus erfüllt im Gegensatz zu anderen Formen gewaltsamen Widerstandes nicht die grundlegenden Kriterien der Legitimität, das heißt, er entspringt nicht einem breiten Volkswiderstand, er richtet sich nicht primär gegen ein repressives, diktatorisches Regime, gegen das es kein friedliches Mittel mehr gibt, und er minimiert oder vermeidet nicht eine Beeinträchtigung Unbeteiligter."*  
(ebenda, Seite 25)

Bereits in der UNO-Resolution "Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker" vom 14.12.1960 (A/RES/1514, XV) wurde klargestellt, daß als internationale bewaffnete Konflikte - und darüber hinaus im Sinne der UN-Charta gerechtfertigte Verteidigungskriege - auch antikoloniale Befreiungskriege anzusehen sind. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat diesen Standpunkt heute in zahlreichen weiteren Resolutionen zur Unterstützung von Befreiungskämpfen in aller Welt bekräftigt und sich gegen deren Bezeichnung als "terroristisch" gewendet.

Unzweifelhaft hat schließlich das Zusatzprotokoll zu dem Genfer Abkommen vom 12.12.1987 in Artikel I Abs. 4 klargestellt:

*"Zu den in Abs. 3 genannten Situationen (das heißt bewaffneten internationalen Konflikten im Sinne des Artikel 2 des gemeinsamen Genfer Abkommens von 1949 - d.Verf. -) gehören auch internationale Konflikte, in denen Völker gegen Kolonialherrschaft und fremde Besetzung sowie gegen rassistische Regime in Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung kämpfen, wie es in der Charta der Vereinten Nationen und in der Erklärung der Grundsätze des Völkerrechts über freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen verbürgt ist."* (Völkerrechtliche Verträge, herausgegeben von Berber, Beck)

Völlig irrelevant für diese kriegsvölkerrechtliche Einordnung ist, ob dieser Kriegszustand von einer der Parteien nicht anerkannt wird.

Genauso eindeutig sind nach heute geltendem Kriegsvölkerrecht auch durchweg Guerillaaktionen zulässig (dies ergibt sich unzweifelhaft einerseits aus Artikel 2 des Genfer Abkommens der ausdrücklich darauf abstellt, daß alle internationalen bewaffneten Konflikte erfaßt werden, selbst dann, "wenn der Kriegszustand von einer dieser Parteien nicht anerkannt wird"; zum anderen aus Artikel 4 des III. Genfer Abkommens über die Behandlung von Kriegsgefangenen, wonach als Kombattanten ausdrücklich auch Mitglieder von Widerstandsbewegungen selbst im Falle der bereits erfolgten Besetzung des betreffenden Landes anerkannt werden, und dem Zusatzprotokoll I vom 1977 wonach der Kombattantenstatus - und damit auch die Stellung als Kriegspartei - nicht von der Zugehörigkeit zu einem Staat oder auch nur zu einer nicht anerkannten Regierung abhängt, daß vielmehr die Vertretung durch ein ggf. auch von Kriegsgegnern nicht anerkanntes Organ genügt, vgl. Artikel 43 des Zusatzprotokolls I ebenda, S.499).

Nach diesen Grundsätzen – inklusive erkennbaren Abzeichen der eigenen Kämpfer gegen das feindliche Militär – haben auch alle Guerillatruppen von Kuba, die algerische FNL über den ANC bis zur PKK gehandelt, was nicht ausschließt, daß am Rande dieser legitimen Befreiungsbewegungen auch in Einzelfällen zum Teil gravierende Menschenrechtsverletzungen vorgekommen sind oder nach der Etablierung als Staatsmacht sogar systematische. Hierbei muß aber sehr sorgfältig im Einzelfall untersucht werden, inwieweit nicht alte hegemoniale Strukturen und Einflüsse zumindest mitverantwortlich sind. Ein krasses Beispiel ist Anfang dieses Jahres bekannt geworden: Die Enthüllungen eines in Frankreich ausgebildeten Offiziers haben gezeigt, wie sehr nicht nur die algerische Armee bei den schrecklichen Massakern an der algerischen Zivilbevölkerung involviert war, sondern daß auch die französische Staatsmacht eine wesentliche Rolle gespielt hat (vgl. „Le Monde“ 09.02.2001, S. 1, 2 und 15). In einem Appell fordern daher Pierre Bourdieu u.a. prominente französische Wissenschaftler Konsequenzen und schreiben in ihrer Erklärung:

*„Hat die französische Regierung nicht zulange die algerische Politik anerkannt, die – unter dem Deckmantel des anti-terroristischen Kampfes – nichts anderes ist, als die Liquidation sowohl politisch als auch physisch jeder Opposition?“ (ebenda, S. 15, Übersetzung d. Verf.)*

Dazu muß man wissen, daß das algerische Regime von Frankreich in den europäischen Polizei- und „Anti-Terror“-Verbund aufgenommen wurde, bevor auch nur eine einzige Verpflichtung eingegangen war, die europäische Menschenrechtsstandards einzuhalten...

**Stichworte zur historischen Bedeutung der Anschläge und ihrer Relativierung (insbesondere die These von Noam Chomsky).**

Der bekannte US-amerikanische Linguist und Friedensaktivist begründete die besondere historische Bedeutung des Anschlages in einem Vortrag, den er bereits am 18.10.2001 gehalten hatte mit überzeugenden Überlegungen (wobei er allerdings leider unausgesprochen von der nachgewiesenen Täterschaft islamischer Fundamentalisten um Bin Laden ausgeht, ohne daß dies in diesem Zusammenhang entscheidend wäre, weil die herrschende Meinung in der USA und Westeuropa ja diese Unterstellung für nachhaltig bewiesen hält, obwohl er ausdrücklich betont, daß die Täterfrage offen ist und die USA entweder nicht in der Lage oder Willens sind, sinnvolle Beweise vorzulegen):

*„Wieso war der 11. September ein historisches Ereignis? Die Ausmaße sind so außergewöhnlich nicht ... Trotzdem war es ein historisches Ereignis, weil es eine Veränderung herbeigeführt hat. Die Richtung der Gewehrläufe hat sich geändert. Das ist neu. Auf radikale Weise neu. Das letzte Mal, daß das nationale Territorium der Vereinigten Staaten angegriffen oder auch nur bedroht war, war 1814, als die Briten Washington nieder brannten. Gewöhnlich wird auch Pearl Harbor in diesem Zusammenhang erwähnt, aber das ist keine gute Analogie. Die Japaner ... bombardierten US-Militärbasen in zwei US-Kolonien, nicht das nationale Territorium*

*... Dieses Mal aber handelte es sich um das nationale Territorium der USA, das im großen Maßstab angegriffen worden ist. In den vergangenen 200 Jahren haben wir, die Vereinigten Staaten, die einheimische Bevölkerungen vieler Länder, das heißt, viele Millionen Menschen, vertrieben oder fast vollständig vernichtet ... Seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich diese Entwicklung beschleunigt und auf die ganze Welt übergreifen. Dabei wurden immer die anderen getötet, der Krieg fand irgendwo anders statt, es waren andere, die abgeschlachtet wurden ...*

*Im Fall Europas sind die Veränderungen noch dramatischer, weil die Geschichte Europas noch schrecklicher ist, als unsere. ... Hunderte Jahre lang hat Europa beiläufig Menschen auf der ganzen Welt massakriert. So haben die Europäer die Welt erobert ... Während dieser Perioden litt Europa unter mörderischen Kriegen, aber es waren immer europäische Mörder, die sich gegenseitig umbrachten ... Der Grund, warum das 1945 endete, hat nichts mit Demokratie zu tun, erst recht nichts mit solchen neumodischen Vorstellungen, daß Demokratien keine Kriege gegeneinander führen. Das Übel endete, weil alle begriffen hatten, daß es beim nächsten Mal das Ende der Welt bedeutet.“ (vgl. „Die Kultur in der wir leben“, jW 03.01.2002)*

**Stichworte zur tiefen Krise des neoliberalen, globalisierten Kapitalismus (Beiträge aus Kuba, der „monde Diplomatique“).**

### 3.

#### **Erosion der Bürgerrechte**

Hierzu zunächst Auszüge aus einem Redebeitrag:

#### **Die „Anti-Terrorpakete“**

*Hierzu Auszüge aus einem Redebeitrag, den ich auf der Abschlußkundgebung der Demonstration vom 10.11.2001 gegen die Welthandelsorganisation WTO unter dem Motto „Stoppt den Krieg – Kampf der Armut – nicht den Armen!“ und der sie vorbereitenden Pressekonferenz gehalten habe.*

##### 1.

Die geplanten Maßnahmen stellen die umfassendsten Angriffe auf die Grund- und Freiheitsrechte in der Geschichte der BRD seit den Notstandsgesetzen von 1968 dar:

*Die von der „rot-grünen Regierung“ ausgehandelten Gesetzesvorhaben werden von den Bürgerrechts- und Datenschutzorganisationen zu Recht als „Katastrophe“ abgelehnt. Auch wenn einzelne Bündnisgrüne behaupten, sie hätten wichtige Zugeständnisse ausgehandelt (nach 27 Stunden Geheimverhandlungen – Bundeskanzler und Innenminister mußten zu wichtigen Geschäften mit dem neuen „Anti-Terror- Bündnispartner China“ abreisen): Ihnen stehen massive Verschlimmerungen gegenüber. Zudem besteht die Gefahr weiterer Verschärfungen im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens. Zu Recht monieren 17 Bürgerrechtsorganisationen, „daß diese Demontage des Rechtsstaats in einem geheimen Verfahren zwischen den Parteien ohne Einflußmöglichkeiten der demokratischen Öffentlichkeit durchgepeitscht werden soll.“ Und selbst der Bund deutscher Kriminalbeamter hat festgestellt „mit den von Schily vorgesehenen Maßnahmen ... die Anschläge vom 11.09. niemals verhindert worden“ wären (lt. Bonner „General-Anzeiger vom 05.11.2001). Und dieser hat inzwischen selbst einräumt: „Die Initiativen, die wir im Kabinett beschlossen haben, sind nicht erst nach dem 11. September eingeleitet worden.“ (zitiert nach Martin Kutschar, „Überwachungsstaat“, „FR“ vom \*\*\*\*\* Datum \*\*\*\*\**

##### 2.

Offenbar geht es also bei den Maßnahmen um etwas ganz anderes.

- Die Aufhebung der Trennung von Geheimdiensten und Polizeien – nach dem Zweiten Weltkrieg von den Alliierten als Konsequenz aus der allmächtigen GESTAPO im NS-Staat eingeführt – wird durch den uneingeschränkten Zugriff der Geheimdienste auf die polizeiliche Verbunddatei INPOL offiziell aufgehoben und neuerdings auch die Beteiligung der Geheimdienste MAD, BND, Zollkriminalamt und Bundesverfassungsschutz am Visumsverfahren betrieben;
- Beriffsrechte auf elektronisch speicherbare Telekommunikationsdaten und die Einführung des Fingerabdrucks bzw. „biometrischer Daten“ (Einzelheiten sollen im weiteren Gesetzgebungsverfahren geklärt werden!?) auf dem Personalausweis durch verschlüsselte Eintragungen verlangen ihre zentrale Erfassung und werden damit quasi global verfügbar. Dies spricht dem vom Bundesverfassungsgericht eingeführten „informationellen Selbstbestimmungsrecht“ Hohn und ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zum Orwell'schen Überwachungsstaat: Die „erkennungsdienstlichen Behandlung“ nach Art einer Verbrecherkartei für Alle stellt jede/n unter Generalverdacht.
- Die besonderen Vorschriften gegen Ausländer – Verdacht auf Gefährdung der freiheitlich demokratischen Grundordnung als zwingender Versagungsgrund für die Erteilung oder Verlängerung einer Aufenthaltsgenehmigung und Regelausweisungsgrund mit sofortiger Vollziehbarkeit; Verbot von ausländischen Vereinen, soweit ihre Zwecke oder Tätigkeiten die politische Willensbildung oder sonstige erhebliche Interessen der BRD beeinträchtigt oder gefährdet; Festschreibung der Möglichkeit der Sicherheitsdienste im Ausländerzentralregister auf den gesamten Datenbestand im automatisierten Verfahren zuzugreifen – zeigen, wegen wen in Zukunft vorgegangen werden soll: „Die Änderungen ... sprechen eine deutliche rassistische Sprache und ... verstärken pauschale Vorurteile und Ressentiments in der Bevölkerung.“ (Pressemitteilung der Bürgerrechtsorganisationen)

Im Jahr nach dem „Aufstand der Anständigen“ gegen den Rechtsextremismus wird der Feind auch im Inneren in rassistischer Manier festgemacht.

### 3.

Der neu eingeführte § 129b StGB soll erstmals auch „die Bildung und Beteiligung an kriminellen und terroristischen Vereinigungen im Ausland ausweiten. Während bisher zumindest eine selbständige Teilorganisation in der BRD festgestellt werden mußte, wird jetzt unter Berufung auf die „gemeinsame Maßnahme des EU-Rates“ vom 21.12.1998 eine uferlose Ausdehnung beabsichtigt, obwohl der zur Zeit der Terrorismusverfolgung der siebziger Jahre eingeführte § 129a StGB mit seinen strafprozessualen Begleit-Instrumentarium bis weit in den parlamentarischen Raum hinein als politisches Gesinnungsstrafrecht gegen militante linke Opposition kritisiert worden war. Mit dem neuen Gesetz können nicht nur ausländische radikale politische Bewegungen und deren Unterstützer bei uns als „Terroristen“ kriminalisiert werden – mit den bekannten Problemen der Bestimmung, ob es sich um berechtigten Widerstand gegen ein Unrechtsregime oder „Terrorismus“ handelt, was von jeweiliger außenpolitischer Opportunität abhängig sein könnte. Zum anderen kritisiert etwa die britische Bürgerrechtsorganisation State Watch Ende September 2001, daß die maßlose Terrorismus-Definition der EU soweit gefaßt sei, daß darunter selbst militante Straßenproteste wie die in Genua fallen könnten. Verdeutlicht man sich, daß Berlusconi und Teile der italienischen Justiz die Proteste und selbst Straßentheatergruppen als „terroristische Organisation“ verfolgt haben, so belegt dies eine Hauptzielrichtung der geplanten Gesetzesvorhaben: Sie sind eine Kriegserklärung der Herrschenden an jeden konsequenten Widerstand gegen Krieg und globalen Kapitalismus.

Schily's „Anti-Terrorpakete“ sind von den maßgeblichen Bürger- und Menschenrechtsorganisationen zu recht schärfstens kritisiert und abgelehnt worden. Exemplarisch hierfür einige Zitate aus einer Pressemitteilung der Humanistischen Union (HU):

3.1. Abbau demokratischer Rechte, Militarisierung nach außen und Faschisierung nach innen am Beispiel der USA und Englands

Unter der Überschrift „Erosion der Bürgerrechte in den Vereinigten Staaten – An der Heimatfront“ wurde in Le Monde diplomatique vom November 2001 ein Beitrag von Michael Rathner, dem Vizepräsidenten einer führenden US-Amerikanischen Bürgerrechtsorganisation

**\*\*\* Namen \*\*\***

veröffentlicht, in dem es heißt:

*... Ein Kernelement des neuen Gesetzes ist die sehr weitgehende Ermächtigung zum Abhören von Telefonen ... Zu diesem Zwecke wurde eine nicht öffentliche Gerichtsinstanz eingerichtet, die solche Abhörmaßnahmen absegnen konnte, ohne daß die Regierung Beweismittel für ein kriminelles Vorgehen zu präsentieren hatte. Mit der Zeit hat der geheime Gerichtshof seine Rechtsauffassung dermaßen elastisch ausgeweitet, daß er dem FBI erlauben konnte, heimliche Wohnungen und Büroräume zu durchsuchen und sich Bankauszüge und ähnliches Material zu schaffen. Heute segnet das Gericht die Abhörerträge der Spionageagenturen praktisch routinemäßig ab. In den 24 Jahren seiner Existenz hat es über 10 000 Abhörvorgänge genehmigt – im letzten Jahr nahezu 1 000 – und dabei offenbar nicht einen einzigen Antrag abgelehnt.*

*Unter dem neuen Gesetz ist dieses nicht öffentliche Gericht ermächtigt, das Abhören von Telefon und die heimliche Durchsuchung von Wohnungen bei einem vermuteten Verbrechen zu erlauben – also nicht zur zum Sammeln von Informationen über ausländische Organisationen ... Auch das Mitlesen von e-mails wird auf breiter Basis gestattet und zwar sogar bevor die Empfänger sie geöffnet haben.*

*Das neue Gesetz enthält noch viele andere Erweiterungen der Ermittlungs- und Strafverfolgungskompetenzen: Den erweiterten Einsatz von Undercover-Agenten zur Infiltration von Organisationen, längere Gefängnisstrafen ebenso wie die lebenslange Überwachung von Personen, die ihre Strafen abgesessen haben, aber auch mehr Verbrechenstatbestände, die mit dem Tode bestraft werden können, und längere Verjährungsfristen. Einer weiteren Bestimmung zufolge ist es ein Verbrechen, wenn eine Person es unterläßt, dem FBI mitzuteilen, daß sie ‚plausible Gründe‘ zu der Annahme hat, jemand könne ein terroristisches Verbrechen im Schilde führen. **Insgesamt stellt die neue Gesetzgebung einen der umfassendsten Angriffe auf die Freiheitsrechte dar, die wir in den letzten 50 Jahren erlebt haben.**“ (Hervorh. v. Verf.)*

*Auch die Zensurmaßnahmen wurden seit Beginn des Krieges immer mehr ausgeweitet ... Wer die Aktionen und die Politik der USA in Frage stellt, gilt als unpatriotisch. ... Es herrscht Konsens, daß wir unseren Staat nicht kritisieren und daß die Terrorursachen zu erörtern im Grunde bedeutet, die Terroristen zu entschuldigen. Die ‚Daily News‘, eine der größten New Yorker Zeitungen, beschimpfte diejenigen, die nach den Wurzeln des Terrors fragen, als ‚Nostalgiker der Sechziger Jahre, radikale Muslime, linksradiale Randfiguren und schlichte Spinner‘, die ‚der Feind lieben dürfte‘.*

*Auch die Selbstzensur greift um sich, bei den Medien und sogar bei progressiven Organisationen. ...*

*Die Regierung praktiziert ihre Zensurmaßnahmen immer offenkundiger. ... Die erstaunlichste Zensurmaßnahme war die Forderung der Regierung, die fünf großen Fernsehstationen sollten die aufgezeichneten Stellungnahmen von Osama Bin Laden und seinen Vertretern nicht im vollen Umfang senden. Die Regierung behauptete, sie könnten verschlüsselte Mitteilungen enthalten, mußte aber inzwischen zugestehen, daß man keine gefunden hat. Dennoch haben die Fernsehanstalten die Aufzeichnung nicht gesendet, worauf die Regierung ihre Forderung auch auf die Printmedien ausdehnte. ...*

*... Die US-Regierung stellt den Krieg gegen den Terrorismus als eine langandauernden Krieg dar und als Krieg ohne Grenzen. Der Terrorismus bedrohe uns schließlich alle. Aber ebenso beunruhigend ist die Vorstellung, daß unsere Regierung im Namen der*

*Terrorismusbekämpfung gewillt ist, auch unsere verfassungsmäßigen Freiheitsrechte auf Dauer einzuschränken.“*

In England ist die These, daß es sich um langgehegte Pläne handelt, die aus gegebenen Anlaß umgesetzt werden, noch deutlicher zu belegen: Dort wurden bereits im letzten Jahr Maßnahmen eingeführt, die unter dem Stichwort „Terrorism Act“ firmieren und von einem Verbot verschiedener politischer Gruppen begleitet wurden. Der Protest hiergegen hat inzwischen von den Menschenrechtsorganisationen auch bekannte Parlamentarier ergriffen. In einem Bericht von einem Treffen vom 31.07. (!) 2001 heißt es u.a.: Inzwischen seien 21 internationale Gruppen verboten

„ähnliche Verbote könnten jetzt jeder politischen Organisation auferlegt werden unabhängig davon, ob sie sich auf Flüchtlingsgruppen stütze oder ob es sich um themenbezogene Aktivisten handelt, die vom Innenminister als verdächtig betrachtet werden ... Toni Ben (früherer Abgeordneter der Labour Party erinnerte daran, wie das Gesetz im Zusammenhang mit Bill Clintons Besuch in Belfast und dem US-Bombardement des Sudans im Jahre 1998 eingeführt worden war ... Er stellte die Motive für die Gesetze in Frage: Britannien sei stolz mit repressiven Regimes in der globalen Ökonomie Handel zu treiben. Die Führer würden Angst bekommen vor der verbreiteten Opposition gegen die Politik des Imperialismus, die im Namen der Globalisierung erfolgt, wie sie in Genua lebhaft zum Ausdruck gebracht wurde ...

*„Die viel zitierte ‚Verteidigung der Zivilisation‘ kann aus bürgerrechtlicher Sicht in dieser Situation nichts anderes bedeuten, als die besonders sorgsame Beachtung der rechtsstaatlichen Grundsätze, die unsere demokratische offene Gesellschaft sich selbst gegeben hat.*

*Den inflationären Vorschlägen und beschlossenen Veränderung hält die HU:*

1. *Die grundsätzlich für alle Bürger geltende rechtsstaatliche Unschuldsvermutung darf nicht angetastet werden. Polizeiliche Maßnahmen die zu einem Pauschalverdacht aller Bürger oder ganzer Volksgruppen führen, stellen einen wesentlichen rechtsstaatlichen Grundsatz auf den Kopf und destabilisieren das politische Klima. Neue Ängste entstehen zum Teil erst mit zunehmender Überwachung. Daneben werden ganze Gruppen ausländischer Bürger stigmatisiert und unter Generalverdacht gestellt. Maßnahmen wie Rasterfahndung, Schleierfahndung und die pauschale Überwachung öffentlicher Plätze sind daher Gift für ein demokratisches Gemeinwesen!*
2. *Die Arbeit der Geheimdienste gehört dringend auf den Prüfstand: Das Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit der Geheimdienste ist nach dem 11. September nachhaltig erschüttert worden ... Die Ausweitung geheimdienstlicher Möglichkeiten einschließlich der Schaffung von weiteren Informationsverbänden sind zurückzuweisen. Das*

*verfassungsrechtliche Trennungsgebot zwischen Geheimdienst und Polizei darf nicht ausgehöhlt werden!*

3. *Die HU fordert: Keine militärische Heimatfront. Militär ist weder geeignet noch erforderlich, um die gegenwärtigen Anforderungen der Lage zu erfüllen. Vielmehr verstößt der Einsatz des Militärs zu innenpolitischen Aufgaben den Grundsätzen unserer Verfassung!*
4. *Die HU verlangt von den Innen- und Justizministern der EU, im Zuge ihres sicherheitspolitischen Sofortprogramms vom 20. September auch die Schaffung hinreichender Rechtsgrundlagen sowie justizieller Kontrollmöglichkeiten aller Tätigkeiten von Europol auf die Tagesordnung zu setzen. Eine drohende ‚Spitzel‘- und Überwachungsorganisation EU wird die ohnehin gefährdete Akzeptanz europäischer Institutionen weiterhin aushöhlen. ...*
5. *Die jüngsten Vorstöße zur Erweiterung von Abhörmöglichkeiten des Telekommunikationsverkehrs sowie des Internets lehnen wir ab ...*
6. *In keinem Fall darf der Vorschlag der Einführung des Fingerabdrucks in Ausweispapieren umgesetzt werden. Damit würde die erkennungsdienstliche Behandlung aller Bürger Wirklichkeit ...*

*Wir leben in einer Risikogesellschaft: Totale Sicherheit kann es nicht geben. Der untaugliche Versuch, dennoch eine umfassende Sicherheit zu realisieren, würde das Ende aller bürgerlichen Freiheiten bedeuten. Der weltweite Terror zwingt auch, über soziale Sicherheit und die Bedingungen der Möglichkeit eines friedlichen und selbstbestimmten Lebens weltweit neu nachzudenken. Die Frage nach der Ursache von Terror und ihrer Lösung gehören daher endlich auch in der öffentlichen Debatte auf die Tagesordnung“.*

Die „Anti-Terrorpakete“ in der BRD wie in der EU sind insgesamt schärfste abzulehnen als größter Angriff auf die Grund- und Freiheitsrechte seit dem zweiten Weltkrieg. Mit Hilfe einer „psychologischen Kriegsführung“ auch im Inneren soll jeder Widerstand gegen die mit Hilfe einer „großen Notstandskoalition“ durchgepeitschten Gesetzespakete von vornherein marginalisiert werden, der dringend notwendig ist, um die drohende Kriminalisierung der Friedens- und „Antiglobalisierungsbewegung“ zu verhindern.

Konkret: Neben der Flächendeckenden Rasterfahndung, dem geplanten Personalausweis als „Verbrecherkarteikarte“, der schrankenlosen Ausdehnung geheimdienstlicher Befugnisse (der „verdachtslosen Ermittlung“ durch das BKA (der „verdächtige Zeuge“ wurde laut „Spiegel“ im Vorgriff schon bei den aktuellen Vernehmungen eingeführt, das LKA Hamburg zunächst nächtlichen Großeinsätzen mit dem SEK gegen Familien von „Islamisten“ nach meinen Informationen direkt vom FBI beauftragt)). Mit der Ausweitung des geplanten Antiterrorparagrafen 129 b StGB auf ausländische Organisationen in Verbindung mit den

geplanten EU-Maßnahmen droht in Kürze die Möglichkeit, militante AntiglobalisierungsgegnerInnen die Feinderklärung als terroristische „Vereinigung“ mit der Folge der umfassenden Observierung, Bespitzelung und Infiltration durch Geheimdienste und Polizei, die strafrechtliche Verfolgung verbunden mit Vereinsverboten und möglichen Versammlungs- und Demonstrationsverboten mit dem Ziel, sie völlig zu zerschlagen oder für andere Zwecke zu instrumentalisieren.

### 3.1.

**Abbau demokratischer Rechte, Militarisierung nach außen und Faschisierung nach innen am Beispiel der USA und Englands**

...

### 3.2.

**Schily's „Anti-Terror-Gesetze“ – auf dem Weg in den „Überwachungsstaat“**

...

### 3.3.

**Schwerpunkt Rassismus – die vorprogrammierten „Kollateralschäden der inneren Sicherheit“ (vgl. frühere SEK-Überfälle und polizeiliche Todesschüsse, z.B. H. Dener, A. Muawiya, K. Kalkan und A. Ghazi).**

...

### 3.4.

**Die Rolle des neu eingeführten „Anti-Terror-Paragrafen“ 129b eine Kriegserklärung an die neue Friedensbewegung und radikale „GlobalisierungsgegnerInnen“.**

...

### 3.5.

**Exkurs: Zur Geschichte der „Terrorismus-Bekämpfung“ in der USA und der BRD mit dem Instrumentarium des § 129a**

- **Von einer Bewegung für nationale und soziale Befreiung zur Befriedungsbewegung am Beispiel der Kurdischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)**
- **Der Kampf gegen den Terrorismus seit den achtziger Jahren und seine Vorläufer (Beweisantrag im Düsseldorfer PKK-Verfahren)**

**Die Geschichte der Terrorismusbekämpfung nach dem Zweiten Weltkrieg** (hierzu ein Teil aus meinem Beweisantrag zu diesem Thema)

Seit den Partisanenkämpfen im Zweiten Weltkrieg und der anschließenden Entfaltung von antikolonialen Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Latein- Amerika hat sich in allen kapitalistischen Staaten, speziell im Rahmen der NATO, vor allem in den Militär- und Polizeizentralen parallel zur Entwicklung des Kalten Krieges gegen die "kommunistische Bedrohung" eine systematische und langfristige Gegenstrategie entwickelt. Hierbei haben Geheimdienste aller Art von Anfang an eine große Rolle gespielt.

Um das Hauptziel, das kommunistische Regime in der Sowjetunion zu stürzen, zu verwirklichen, wurden Wissenschaftler, Techniker und Militärs, darunter vor allem Nazis, Kollaborateure oder Kriegsverbrecher in den Dienst der amerikanischen Geheimdienste aufgenommen. So äußerte Harry Rositzke, ehemaliger Leiter der Geheimoperationen der CIA in der Sowjetunion u.a.:

*"Es war unbedingt notwendig, daß wir jeden Schweinehund verwendeten, Hauptsache er war Antikommunist ..."*

Die politische Zielsetzung der verdeckten Kriegsführung hat Alexander Haig, Reagans erster Außenminister, 1981 offen ausgesprochen, als er ins State Department kam:

*"Die sogenannten nationalen Befreiungsbewegungen behindern unsere Fähigkeiten, die Weltereignisse in unserem Sinne zu beeinflussen und die Rohstoffe für uns zu sichern."*  
(Interview mit A.Haig, Times, 16.03.1981, Seite 25)

Die CIA-Experten Kunhanandan Nair und Michael Opperskalski fassen dies 1988 so zusammen:

*"Die Reagan-Administration hat sofort nach ihrem Amtsantritt im Januar 1981 den Terrorismus zum Staatsfeind Nr. 1 erklärt und die CIA erhielt in seiner Bekämpfung die Schlüsselposition. Kennzeichnend für ihre Strategie ist, daß sie ihrem Wesen nach nie defensiv war, sondern von Anfang an die offensiven Elemente überwogen. Seine konkreteste Ausprägung und bisherige Schwerpunktanwendung zeigte sich im Nahen Osten."*  
(zitiert nach: CIA: Club der Mörder, Der US-Geheimdienst in der Dritten Welt, Göttingen 1988, Seite 46)

Nair und Opperskalski erläutern zunächst die rechtlichen Grundlagen: Dem amerikanischen Kongreß wurden mehrere Gesetzesentwürfe zur Terrorismusbekämpfung unterbreitet. Der Gesetzesentwurf Nr. 2626 bezeichnet die Ausbildung von Terroristen, die materielle und technische Unterstützung von terroristischen Organisationen sowie den Mißbrauch einzelner Personen oder Gruppierungen für die Durchführung von Terroranschlägen als kriminelle Handlung. Dabei wird das Recht der Charakterisierung einer Organisation als terroristische Gruppierung dem Außenminister der USA zugewilligt. Seine Entscheidung kann vom Gericht nicht angefochten werden.

Gleichzeitig mit der Schaffung einer rechtlichen Grundlage für die Terrorismusoffensive wurden die militärischen Kommandostrukturen gegen die als "terroristisch" eingestuft politischen Gegner ausgebaut. So entstanden von 1982 bis 1984 u.a. das Erste Spezialoperationskommando der US-Armee und die vereinte Spezialoperationsagentur des Pentagon. Unter ihrem Kommando operieren die verschiedenen Spezialeinheiten wie "Delta Force", die Hubschraubereinheit "Task Force"

(Einsatzgruppe) 168 des Heeres usw. (Nair und Opperskalski a.a.O., Seite 48)

Weiter heißt es in dem Zusammenhang:

*"Bereits aus der Vergangenheit sind Hinweise bekannt, daß die CIA aktiv war, um in terroristische Gruppen einzudringen und sie ihren Zielen nutzbar zu machen. Nach Aussagen des italienischen Terroristen Enrico Paghera soll der CIA-Agent Ronald Stark versucht haben, mit den Roten Brigaden der 'Prima Linea' und einer Palästinenser Organisation eine Gruppe internationaler Terroristen zu gründen. Ende 1983 verstärkte die CIA ihre Bemühungen, des Terrorismus verdächtige Gruppen in der ganzen Welt zu infiltrieren und zu durchdringen."*  
(Seite 49)

Die Strategie und Planung der sogenannten "Low Intensity Conflicts" (zu deutsch etwa: Konflikt auf niederer Ebene) wurde 1988 zurückblickend so zusammengefaßt:

*"Seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich die Kriegsführung in der Dritten Welt ausgebreitet. Die Verwicklung der USA in derartige Konflikte kann als Hilfe für befreundete Regierungen erfolgen, die gegen die Rebellen kämpfen, als Hilfe für befreundete Rebellen-Bewegungen, die gegen nicht befreundete Regierungen kämpfen, und als sogenannte Konterterrorismus-Aktionen."*  
(Christian Science Monitor, 25.11.1988, Seite 3-4) (zitiert nach Jürgen Roth, Die Mitternachtsregierung, Hamburg, 1990, Seite 56f).

Obwohl von der amerikanischen Regierung immer wieder geleugnet, gilt es unter Experten inzwischen als gesichert, daß die CIA zahlreiche Mordanschläge selbst durchführt, andere in Auftrag gegeben hat usw. So half die CIA dem südafrikanischen Boss und der chilenischen Dina dabei, ein Killerteam zusammenzustellen, das sich aus Exilkubanern zusammensetzte. Der chilenische Geheimdienst revanchierte sich dafür mit der Ermordung von mindestens 10 Mitgliedern des kubanischen Sicherheitsdienstes, und die Südafrikaner lieferten in Gegenzug Geheiminformationen an das Hauptquartier in Langley. Am 14.04.1984 bestätigte der ehemalige US-Botschafter in El Salvador, Robert White, daß er erfahren habe, daß die CIA Söldner für den Mord an nikaraguanischen Politikern ausgebildet und bezahlt hätte. Außerdem informierte er die us-amerikanische Öffentlichkeit über die enge Verbindung zwischen dem amerikanischen Geheimdienst und den Todesschwadronen in vielen Mittel- und Südamerikanischen Ländern, die systematisch oppositionelle Linke und Gewerkschafter ermordeten (so Nair und Opperskalski, a.a.O., Seite 123).

Jürgen Roth hat nachgewiesen, daß die Geheimdienst-Strategie der verdeckten Kriegsführung gegenüber nationalen Befreiungsbewegungen als Grundlage und Vorbild auch anderer NATO-Geheimdienstaktivitäten diene. Als Beispiel führt er u.a. die geplante Entführung und Ermordung führender Vertreter der ANC 1987 in London aus, die fehlschlug und mit der Verhaftung der vier Agenten endete. Bei der Verhaftung und Hausdurchsuchung fand die Polizei tausende von Dokumenten, gefälschten Pässen, Geheimdokumente des Außen- und Verteidigungsministeriums, militärische Anleitungsbücher und detaillierte Beschreibungen über eine Operation mit dem Namen "Layout" (Plan eines Putsches auf einer Seychellen-Insel im Pazifik).

Als die Polizei nachhaltiger recherchierte erhielt sie Order, die Ermittlungen einzustellen. Dies, weil

aus einigen Dokumenten deutlich hervorging, welche enge Beziehungen zwischen dem südafrikanischen Geheimdienst und dem britischen Nachrichtendienst bestanden, und daß der britische M15 bestens über die illegalen Aktivitäten der Südafrikaner informiert war. Jürgen Roth faßt dies so zusammen:

*“Unangetastet konnten daher auch die südafrikanischen Killerkommandos zu Werke gehen.”*  
(Seite 52)

Inzwischen wurde durch eine Reihe ehemaliger CIA-Agenten sowie wissenschaftlicher Untersuchungen anhand von Dokumentations- und Aktenmaterial nachgewiesen, daß der US-Geheimdienst CIA nicht nur "klassische" Spionage betrieben hat, sondern darüber hinaus politische Parteien und Gewerkschaften unterwandert, Medienkampagnen durchgeführt, Wirtschaftssabotage betrieben, Kriege angezettelt, Rebellengruppen aufgebaut, andere infiltriert hat usw. Wie schwierig es ist, die Wahrheit über die Aktivitäten der CIA zu veröffentlichen, zeigt das Schicksal ehemaliger CIA-Mitarbeiter, wie das von Philip Agee, eines CIA-Mannes, der mehr als ein Jahrzehnt in Lateinamerika an führender Stelle tätig war. Nach der Erstveröffentlichung seines Tagebuchs 1956 bis 1964 ("CIA intern"), wurde er bedroht, gejagt, eingekerkert, auf Druck der Vereinigten Staaten aus fünf NATO-Ländern ausgewiesen, 1979 wurde ihm der Paß entzogen und er war gezwungen, mit Dokumenten von Grenada und Nicaragua zu reisen. Zehn Jahre lang bemühte sich Agee vergeblich, bei den amerikanischen Bundesgerichten etwa Genaueres über die Einzelheiten des illegalen Vorgehens der CIA zu erfahren. Es gab zahlreiche Hinweise, daß es sich dabei um eine kriminelle Verschwörung oder um einen Aktionsplan handelte, der jedoch letztendlich zum Glück nicht ausgeführt wurde. 1991 bestätigte ihm ein ehemaliger CIA-Kollege, der inzwischen nicht mehr dort arbeitete, seinen schlimmsten Verdacht: Daß die CIA Anfang der siebziger Jahre ernsthaft erwogen hatte, ihn verschwinden zu lassen.

Grundlagen und Ausmaß sowie Auswirkungen von Aktivitäten des CIA und nach seinem Vorbild anderer NATO-Geheimdienste auf justizförmige Verfahren sind nur auf dem Hintergrund ihrer Ziele, Entstehungsgeschichte und Strukturen und internationaler Arbeitsmethoden verständlich.

Entwicklung der CIA zum modernen Geheimdienst, der auch vor politischen Morden nicht zurückschreckt

Christopher Simpson hat in seiner umfassenden wissenschaftlichen Studie "Der amerikanische Bumerang: NS-Kriegsverbrecher im Sold der USA" (New York und Wien 1988) anhand von offiziellen Quellen der US-Regierung, des Außenministeriums, des Verteidigungsministeriums, des FBI und der Geheimdienste, insbesondere des nationalen Sicherheitsrates, des CIA usw. nachgewiesen (nach den Dokumenten aufgrund des "Freedom of Information Act"), in welchem Ausmaß ehemalige Nazis und Kollaborateure mitbestimmend für den Kalten Krieg waren. Er zeigt auf, wie es zunächst der Army überlassen blieb, für die tägliche Betreuung tausender "Emigranten-Guerillas" der CIA zu sorgen

(Seite 176): Diese Organisationen begannen kurz nach dem Krieg als von der US-Army betreute Arbeitseinheiten oder als Industriepolizeicorps im besetzten Deutschland. Es handelt sich um paramilitärische, aus etwa 40.000 Displacedpersons (DP), aus Flüchtlingen bestehende Einheiten, die Kriegsgefangenenlager bewachten, in ausgebombten Städten Schutt wegräumten usw. Angeblich wurden die Kompanien für den Einsatz gegen einen Aufstand in Deutschland oder für den Fall eines Angriffs durch die UdSSR ausgebildet und bewaffnet. Hier tauchten auch Exilagenten unter, die für die sogenannte "Organisation Gehlen" - hervorgegangen aus dem Geheimdienst der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg - , die CIA oder den militärischen Geheimdienst der USA arbeiteten (Seite 180). So war es der amerikanische Geheimdienst, der eine Truppe von ehemaligen Waffen-SS- und Wehrmachtssoldaten mit einem Kostenaufwand von etwa \$ 500.000 jährlich finanzierte und bewaffnete.

Simpson faßt zusammen:

*"Man kann nur mit Gewißheit feststellen, daß es zu politischen Morden kam und daß sie in manchen Fällen von Nazis ausgeführt wurden.*

*Um es deutlicher zu sagen: Viele amerikanische Spezialisten für den Krieg der Geheimdienste meinten, daß die 'produktivste' - und am wenigsten kompromittierende - Methode, ausländische Funktionäre zu töten, darin bestehe, die Unzufriedenheit einheimischer Gruppierungen zu fördern und sie die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen. Diese Taktik dürfte ihren Ursprung im Zweiten Weltkrieg haben, als das OSS (Office of Strategic Service, Amt für strategische Aufgaben) den französischen und jugoslawischen Partisanen Tausende billiger Pistolen lieferte, die ausdrücklich für die Ermordung von Kollaborateuren und Besatzern bestimmt waren. ... In den meisten Fällen war es für die amerikanischen Geheimdienstbeamten weder empfehlenswert noch notwendig, genaue Anweisungen für die Morde zu erteilen. Statt dessen wies das OPC (Office for Policy Coordination, Amt für politische Koordination) Guerillabewegungen mit den gleichen einfachen, allgemeinen Ausdrücken an, politische Morde zu begehen, wie während des Krieges in Jugoslawien. Der US-Geheimdienst ermutigte die Auführer, 'die Befehlshaber und andere gefährliche Angehörige des MVD und des MGB (der sowjetischen Geheimpolizei) zu eliminieren', wie es 1948 in einem Anhang zu einem Plan des Pentagon über die psychologische Kriegsführung heißt. ...*

*Auf diese überfallartigen Morde und Guerillaaktionen ist die Mehrheit des während des Kalten Krieges mit Europa mit Hilfe der USA verübten Attentate zurückzuführen. Natürlich hat die CIA nicht nur die ohnehin gärende Rebellion gegen die sowjetische Herrschaft geschürt. Dennoch ist es klar, daß solche Aufstände infolge der CIA-Hilfe länger dauerten und auf beiden Seiten mehr Tote forderten, als es sonst der Fall gewesen wäre. Zudem dienten diese weitverbreiteten wilden Morde als Tarnung für eine kleine Zahl von gezielten politischen Morden, die anscheinend von US-Geheimdienstbeamten direkt befohlen wurden. ...*

*Mutmaßliche Doppelagenten waren die häufigsten Opfer der Attentäter. 'Im internationalen Geschäft der Geheimoperationen war es eine eiserne Regel, daß das einzige Mittel gegen einen entlarvten Doppelagenten darin bestand, ihn zu töten' ..., sagte 1976 der Direktor der Operationsplanung des CIA vor dem Kongreß aus, 'und das wußten alle Doppelagenten. Das gehörte zu den Berufsrisiken.'" (Seite 183f)*

Simpson nennt hierfür konkrete Beispiele, u.a. Boris Pasch, Verwalter und Organisator, dessen Fünfmann-Einheit, PB/7 genannt, eine schriftliche Anweisung erhielt, in der es u.a. hieß: "PB/7 wird für Morde, Entführungen und andere ähnliche Aufgaben zuständig sein, die ihr von Zeit zu Zeit ... von vorgesetzten Dienststellen zugewiesen werden können"; oder der ehemalige albanische Justizminister Hasan Dosti, dessen "Komitee für ein freies Albanien" als "private" Tarnung für albanische Guerillas diente, die vom OPC organisiert und finanziert wurden.

Simpson weist anhand des bearbeiteten Materials nach, daß die CIA bestimmte sowjetische Spione, Doppelagenten und "Leute, deren Interessen jenen der Agency zuwider liefen" zur Liquidierung vorgesehen hatte und zitiert einen Ermittler des US-Senats mit den Worten:

*"Obwohl es nie ausgesprochen wurde, galt diese Vorgangsweise in der CIA im allgemeinen als Grundlage für die Planung oder die Erwägung politischer Morde".*

Er kommt in dem Zusammenhang zu der Schlußfolgerung:

*"Die Tötungen von unbedeutenden Doppelagenten in deutschen DP-Lagern waren Morde und sollten als solche untersucht werden. Wichtiger ist jedoch, daß diese Verbrechen etwas anderes ahnen ließen: Noch vor Ende der fünfziger Jahre hatte die CIA Killer verpflichtet, deren Spur nicht in die USA wies und die für die Ermordung von Staatsoberhäuptern und anderen führenden Politikern eingesetzt werden konnten." (Seite 191)*

*"Obwohl diese Geheimtaktik in Europa offensichtlich keine Erfolge brachte, vor allem wenn Nazikollaborateure daran beteiligt waren, haben die USA im Laufe der letzten drei Jahrzehnte ähnliche subversive Emigrantenprogramme auf die ganze Welt ausgedehnt und intensiviert. Statt Emigrantenoperationen, bei denen Veteranen der Waffen-SS eingesetzt wurden, einzustellen, wurden sie zum Vorbild von tausender anderer Geheimoperationen der USA. Die Technik, die die CIA zur Zeit bei praktisch jeder Art von Geheimoperationen - von schwarzer Propaganda bis zum Mord - anwendet, wurde während der Zeit entwickelt, als die Agency mit den westeuropäischen Kollaboratuergruppen zusammenarbeitete, die sie von den Nazis geerbt hatte. ... Die systematische Verwendung von politischem Mord, Staatsstreich und Subversion begann für die Amerikaner aber erst, als sie nach dem Zweiten Weltkrieg mit Nazis zusammenarbeiteten. Die entscheidenden Beschlüsse NSC10/2 und später NSC5412 des Nationalen Sicherheitsrats ... sind zu der Grundlage geworden, auf der über drei Jahrzehnte lang Geheimaktivitäten, die unzählige Millionen Dollar verschlangen, beruhten. Daß die USA heute die nikaraguanischen Contras unterstützten, wobei die Contras, wie allgemein bekannt, dafür ausgebildet werden, medizinische Fachkräfte, Lehrer und Beamte zu ermorden, stellt in vieler Hinsicht die Wiederholung der Taktik dar, die vor über 30 Jahren in der Ukraine getestet wurde - und fehlschlug." (Seite 334)*

Der spätere CIA-Chef William Colby berichtet in seinen Memoiren - "Honorable Man" über den Aufbau einer Spezialtruppe in Skandinavien, die er zwischen 1951 und 1953 als Botschaftsattaché getarnt im CIA-Dienst an der US-Botschaft in Stockholm leitete: Er hatte den Auftrag, in insgesamt vier skandinavischen Ländern eine militärische Untergrundorganisation aufzubauen um "den Widerstand vor einer kommunistischen Okkupation zu organisieren." Die Ausrüstung für die Geheimtruppe lieferte die CIA. In Schweden und Finnland durften die Regierungen von der Sache nichts wissen, in Schweden gab es wohl inoffizielle Hilfe. In allen vier Ländern war er erfolgreich, Basisorganisationen für die Untergrundarmeen zu bilden.

Mit der Direktive "NSC4/A", die auf der ersten Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates (National Security Council NSC) geschlossen worden war, wurde der CIA-Direktor beauftragt, einen "kommunistischen Wahlsieg in Italien zu verhindern". Zur Ausführung dieses heiklen Auftrages wurde am 22.12.1947 eine "Special Procedures Group" (SPG, zu deutsch etwa "Spezielle Arbeitsgruppen") berufen. Der CIA-Chronist Thomas Powers schrieb hierzu:

*"Im Mai 1948 empfahl Kennan, (der damalige Leiter des politischen Planungsstabes im Außenministerium) eine ständige Organisation zu schaffen, die überall in der Welt jene Aufgabe übernehmen sollte, die die SPG im Auftrag des Nationalen Sicherheitsrates in Italien wahrgenommen hatte".*

Und in der Direktive des Nationalen Sicherheitsrates, die am 18.06.1948 als "Top-Sekret"-Dokument verabschiedet wurde, ging es um die ganze Palette der amerikanischen Guerillakriegsführung:

*"Propaganda, Wirtschaftskrieg, vorbeugende Direktmaßnahmen, einschließlich Sabotage, Anti-Sabotage, Zerstörung, Evakuierungsmaßnahmen".*

In Deutschland z. B. tummelten sich im Jahre 1952 allein 1 200 US-Agenten mit verdeckten Operationsaufträgen, insgesamt acht Dienste waren im Einsatz. In dieser Zeit der harten antikommunistischen Attacken wurde in Washington auch das "Amt für psychologische Kriegsführung" - Psychological-Strategy- Board (PSB) - gegründet. Es sollte entscheidende Aufgaben in der politischen und propagandistischen Einflußnahme auf die Verhältnisse im Ausland haben. (Vgl. Leo A. Müller, Gladio - das Erbe des Kalten Krieges, Reinbek 1991, Seite 62ff)

Die verdeckte Kriegsführung des US-Geheimdienstes als Grundlage und Beispiel für die anderen NATO-Geheimdienste

Diese Geheimdienst- und Konter-Guerillastrategie wurde wichtiger Bestandteil der gemeinsamen Maßnahmen innerhalb der NATO. 1974 legte das Komitee der Geheimdienstbeauftragten der NATO-Staaten einen Plan für den Einsatz der sogenannten NATO-Feuerwehr (ACE - Mobile Force, AMF) vor, für den Fall schwerer politischer Unruhen innerhalb eines Mitgliedslandes. Sie sollten "umwälzende Veränderungen" vorbeugen, die damals in Italien aber auch in Portugal und in der Türkei erwartet wurden.

Zu den Aufgaben der NATO gehört speziell auch der Kampf gegen revolutionäre Bewegungen in den Mitgliedsstaaten gegen "Aktivitäten radikaler Organisationen in den verbündeten Staaten, soweit sie sich gegen die Interessen des Bündnisses richten" - wie die Aufgabe des Special Komitee der NATO definiert ist. (Welt, 27.05.1974)

Dieses Special Komitee der NATO (AC46) gehört zum Sicherheitsausschuß der NATO, der dem für die Koordinierung dieser Fragen zuständigen Sicherheitsdirektorat zuarbeitet. Das AC46 dient der Abstimmung der Maßnahmen der inneren Sicherheit in den Mitgliedsländern. Anfang der siebziger Jahre war Günther Nollau, damals Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Vorsitzender des AC46.

Grundlage für die koordinierte Bekämpfung revolutionärer Bewegungen durch die NATO ist eine enge und vielfältige Zusammenarbeit der Geheimdienste der NATO-Staaten, die auf Artikel 3 des Zusatzabkommens zwischen den Partnern des Nord-Atlantik-Vertrages vom 03.08.1959 basiert. Darin wird den Verbündeten Informationsbefugnis zugesichert, das heißt, die BRD ist danach verpflichtet, die

alliierten Geheimdienste zu informieren und umgekehrt.

Im Jahre 1977 wurden die zentralen amerikanischen Gremien für die "Terrorismusbekämpfung" effektiver ausgerichtet, insbesondere die "Special Forces" reorganisiert, als deren Hauptaufgabe bezeichnet wird:

- Unkonventionelle Kriegsführung: Guerillakrieg, Sabotage, Subversion
- Sonderoperationen: Nachrichtengewinnung, Antiterrorereinsatz
- Verteidigungsminister befreundeter Staaten im Inneren ("Die Welt" vom 27.12.1983).

In Fällen, in denen der Rückgriff auf die reguläre Armee "voreilig, unangemessen oder unmöglich ist" (Zitat aus dem Fünf-Jahres-Plan des Pentagon), sollen den Special Forces "Untergrundoperationen in Europa oder der Golfregion" aufgetragen werden, sie sollen "in Europa hinter den Linien operieren" (Frankfurter Rundschau, 26.07.1982).

In den achtziger Jahren hat sich im politisch-militärischen Denken us-amerikanischer Planer eine Wandlung vollzogen, die noch nicht abgeschlossen ist. Danach wird die große konventionelle militärische Auseinandersetzung oder ein atomarer Konflikt mit der Sowjetunion als relativ unwahrscheinlich angesehen. Statt dessen wird erwartet, daß die wahrscheinlicheren Einsatzformen des US-Militärs in begrenzten Operationen in der Dritten Welt bestehen werden, für die weder die hoch entwickelte Rüstungsmaschinerie noch die traditionellen militärischen Doktrin tauglich seien. Vielmehr müsse man sich zusätzlich zu den Einsatzarten "hoher" und "mittlerer Intensität" verstärkt für Konflikte "niederer Intensität" vorbereiten, die sogenannten low-intensity-conflicts

Im Jahr 1984 unterzeichnete Präsident Reagan die Direktive 138 zur Nationalen Sicherheit, die präventive Angriffe und Vergeltungsschläge gegen Guerillagruppen außerhalb der USA vorsieht, die später als Gesetz angenommen wurde. Danach werden die paramilitärischen Einheiten von FBI und CIA und die Anti-Guerillaeinheiten des Pentagon unter ein einziges zentrales Kommando übernommen: Die neu geschaffene "Joint Special Operations Agency to Act Overseas" (etwa vereinigt Kommando für Spezialeinsätze im Ausland).

Zu der Direktive schreibt die International Harold Tribune (IHT) am 16.04.1984: "Der wichtigste Aspekt der neuen Methode der Regierung zur Terrorbekämpfung ist jedoch die Akzeptanz des Prinzips, daß es eine legitime Taktik sei, einem terroristischen Angriff mit Gewalt zuvorzukommen." Der IHT berichtet weiter, daß die direkte Anweisung zum Töten verdächtiger Terroristen in der Direktive fehlt (die Pentagonspitze hatte sich ausdrücklich für einen solchen Auftrag ausgesprochen) nur allgemeiner von "Gegenterror-Aktionen" die Rede sei. Dazu wird ein Pentagonbeamter zitiert: "Als letzter Ausweg können Überfälle organisiert werden, die durch Töten potentieller Terroristen einen Angriff von ihnen verhindern". US-Außenminister Shultz stellte dies 1984 in einer Rede vor der Synagoge in New York

klar:

*"Wir müssen in diesem Land einen Konsens darüber erzielen, bei der Bekämpfung des Terrorismus auch dann militärische Gewalt einzusetzen, wenn dies den Verlust einiger unschuldiger Menschenleben bedeuten könnte. In der Öffentlichkeit müsse Einigkeit über die moralischen und strategische Notwendigkeit des Kampfes gegen Terroristen bestehen."*  
(FR 27.10.1984)

Im Gegensatz zum "Anti-Terrorismus" (vor allem vorbeugende Schutzmaßnahmen gegen terroristische Anschläge) ist der "Counterterrorism" ein wichtiger Bestandteil der Low-Intensity-Warfar, die Sammelbezeichnung für offensive militärische Anschläge -und damit verbundene Maßnahmen, etwa geheimdienstlicher oder wirtschaftlicher Art- gegen Organisationen oder Staaten, denen die USA "Terrorismus" vorwerfen. Dabei kann "Counterterrorism" sowohl als Antwort auf Anschläge erfolgen als auch tatsächliche oder vermeintliche Präventivmaßnahmen oder davon völlig unabhängige konkrete Aktionen meinen, wie in der Schrift des U.S. Training and Doctrine Command (TARDOC) des US-Heeres vom Februar 1986. Staatssekretär Fred Ikle aus dem US-Verteidigungsministerium informierte im Mai 1985 einen Senatsausschuß zu den "aktiven Verteidigungsmitteln", zu denen er zählte: "Bewaffnete Wachen, Counter-terroristische Einsatzgruppen, die Verhaftung von Personen, die bei der Vorbereitung eines terroristischen Angriffs gefaßt worden sind. Zu ihrem Erfolg erfordern solche Anstrengungen ein gutes Nachrichtenwesen ...

*"Theoretisch wünschen wir uns die Beseitigung der Wurzel des Terrorismus: Der Organisationen, die Verbrechen planen, ihrer Trainingslager, der Quellen von Unterstützung und Geld. Auf dieser Ebene riskiert man die Verletzung Unschuldiger, und gewöhnlich erfreuen sich diese Quellen der Tolerierung, wenn nicht gar des Schutzes eines fremden Landes."* (Zitiert nach Hippler-Lueg Gewalt als Politik, Köln 1987, Seite 73)

CIA-Aktivitäten im Nahen Osten

Wie eingangs ausgeführt, wurde der Nahe Osten nach Reagans Amtsantritt 1981 einer der Schwerpunkte der us-amerikanischen "Terrorismusbekämpfung".

1984 hat Präsident Reagan nach Auskünften aus dem US-Senat die CIA angewiesen, Counter-terroristische Einheiten im Nahen Osten, die sich aus Libanesen und anderen Ausländern zusammensetzen zu trainieren und zu unterstützen, damit diese Schläge gegen verdächtige Terroristen führen konnten. Nach Recherchen der "New York Times" und der "Washington Post" sollen Mitglieder einer dieser Einheiten ohne Vollmachten des CIA Dritte angeheuert haben, eine Autobombe vor dem Wohnsitz des militanten Schiitenführers Fadlallah, dem geistlichen Führer der "Hizbollah" zu plazieren. Laut libanesischen Quellen wollte die CIA zwar nicht direkt in den Bombenanschlag verwickelt werden, wußte jedoch, daß die Operation geplant war. Bei dem Anschlag wurden am 08. März 85 mehr als 80 unbeteiligte Personen getötet und über 200 verletzt.

Bereits 1975 war ein Anhang zu dem Feld-Handbuch 30-31 (FM30-31) der US-Streitkräfte an die Öffentlichkeit gelangt. 1973 hatte dies eine türkische Zeitung namens "Baris" versucht, der Journalist,

der dieses FM30-31 des amerikanischen Generalstabs erhalten hatte, mit samt seinen Dokumenten verschwand und nie wieder auftauchte (vgl. Leo Müller, Gladio). Später wurden Teile daraus in einer spanischen Zeitung, 1978 in einer italienischen veröffentlicht, jedesmal wurden die Redaktionen unter massiven Unterlassungsdruck gesetzt bzw. die Zeitschriften beschlagnahmt.

1981 tauchte dasselbe Schriftstück noch einmal auf - im Koffer der Tochter des berüchtigten Logenmeisters Licio Gelli, der eng mit internationalen Geheimdiensten zusammenarbeitete, verborgen im doppelten Boden des Koffers.

Wesentlicher Bestandteil dieses "Staatsgeheimnisses" sind u.a. die Anweisungen in dem FM30-31:

- "a) Sie (die Aktivitäten der US-Dienste) sollten Anstrengungen beinhalten, Agenten, die von den Behörden des Gastlandes in die Aufstandsbewegung eingeschleust wurden, mit dem Ziel zu identifizieren, im Geheimen die Kontrolle über solche Agenten zu übernehmen. ...*  
*b) Es sollten Anstrengungen unternommen werden, verlässliche Agenten in die Führungsspitze der Aufstandsbewegung einzuschleusen, unter besonderer Berücksichtigung des Spionagesystems der Aufständischen gegen die Behörden des Gastlandes."*  
 (Hervorhebung von mir)

Unter Punkt 11 heißt es in dem Handbuch u.a.:

*"In solchen Fällen müssen die US-Armee-Geheimdienste die Möglichkeit zu Spezialoperationen haben, die die Regierung des Gastlandes und die Öffentlichkeit von der Existenz und Gefahr der Aufständischen sowie der Notwendigkeit von Gegenmaßnahmen überzeugt.*  
*Aus diesem Grunde sollten die US-Armee-Geheimdienste versuchen, die Aufständischen mittels Spezialagenten zu infiltrieren, um unter den radikaleren Flügeln besondere Einsatzgruppen zu bilden. Zu gegebener Zeit sollten diese Gruppen unter US-Aufsicht benutzt werden, um gewalttätige oder nicht gewalttätige Aktionen durchzuführen. ... Sollte die Infiltration der Führungskreise der Aufständischen nicht weit genug fortgeschritten sein, kann es im Sinne der Ziele hilfreich sein, ultralinke Organisationen zu instrumentalisieren."*  
 (zitiert nach RAF-Phantom, Seite 332f)

Die Angaben des Handbuches passen zu dem, was der frühere CIA-Agent Philip Agee in seinem Tagebuch "CIA Intern" notiert hat:

*"Die Unterwanderung kommunistischer Parteien und anderer revolutionärer Organisationen gehört zum täglichen Handwerk fast jeder CIA-Station. Die betreffenden Agenten sind Mitglieder der revolutionären Organisationen und berichten über verborgene Kommunikationskanäle an die Station.*

...

*Reichen konventionelle politische Operationen nicht aus, um die politische Situation eines Landes kurzfristig wirkungsvoll zu verändern, greift die CIA zu Mitteln, bei denen das Konfliktrisiko ungleich höher ist, militärische Aktionen etwa, die aber nicht als US-gesteuert erkennbar sein sollen. ...*

*Diese Operationen sind besonders faszinierend; sie beschwören die Erinnerung an die heroische Zeit des OSS ... - Guerillakrieg, heimliche Fallschirmabsprünge hinter den feindlichen Linien usw."* (RAF-Phantom, Seite 333, Hervorhebungen der Autor

Die Sendung "Timewatch" des britischen BBC vom 30.04.1992 beschäftigte sich mit dem Thema. Der Sender präsentierte einen Zeugen, der die Unterwanderung der europäischen "Terrorgruppen" durch

Geheimdienste voll und ganz bestätigte, den ehemaligen CIA-Verbindungsoffizier Colonel Oswald LeWinter er sagte:

*"Die Brigade Rosse waren unterwandert. Die Baader-Meinhoff-Gruppe war unterwandert, die Action directe - viele dieser linken Terrorgruppen waren infiltriert und assoziiert."*

Und der ehemalige italienische Innenminister Amato fügte in der Sendung hinzu, die Roten Brigaden seien unter einigen Schwierigkeiten infiltriert worden, weil sie eine sehr abgeschottete und sehr effiziente Organisation gewesen seien, "dennoch gab es einige wichtige und sehr erfolgreiche Spitzel". (RAF-Phantom, Seite 334).

Ein weiteres Papier, dessen Echtheit offiziell bestätigt wurde, war ein zweiundvierzig Seiten starkes Handbuch mit dem Titel "Psychologische Operationen in der Guerillakriegsführung" der CIA, dessen Inhalt die Süddeutsche Zeitung so zusammenfaßt:

*"Die Verhaltensregeln für die öffentliche Ermordung politischer Gegner werden in dem Handbuch noch ergänzt durch Ratschläge für umsichtiges Vorgehen bei öffentlichen Demonstrationen: Es empfehle sich, so heißt es da, 'zur Ausführung selektiver Aufträge professionelle Verbrecher heranzuziehen'"*  
(Süddeutsche Zeitung vom 22.10.1984, zitiert nach RAF-Phantom, Seite 337).

Ferner, so die Süddeutsche Zeitung gebe das Handbuch auch Anleitungen, wie man am besten Leute entführt und Gebäude sprengt.

Die CIA-Experten Nair und Opperskalski führen in ihrem Buch eine große Anzahl von enttarnten CIA-Agenten mit ihren Karrieren speziell im Nahen Osten auf: So in Syrien 15, in Jordanien 5, und im Irak 2 weitere CIA-Agenten, - fast alle wurden in den achtziger Jahren, die meisten erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre in den Nahen Osten versetzt - etwa 10 % aller 1988 überhaupt jemals bekannt gewordener CIA-Agenten in der gesamten Welt. (Nair, Opperskalski, a.a.O., Seite 158f).

Mordanschläge, terroristische Aktivitäten und begleitende Desinformationskampagnen am Beispiel Kuba

Der amerikanische Journalist Ron Ridenour veröffentlichte 1991 Interviews und Dokumente von drei kubanischen Doppelagenten, denen es gelungen war, den CIA zu infiltrieren - einer von ihnen führte dies 21 Jahre durch - und die 1987 öffentlich nachgewiesen hatten, daß trotz vieler verhinderter Attentate des CIA mindestens 158 Tote verursacht hatte und zahlreiche Versuche unternommen, Fidel Castro zu ermorden (Ron Ridenour, Back Fire, The CIA's biggest Burn)

Der Sachverständige und Terrorismusforscher Prof. Dr. Edward S. Herman hat in seinen umfangreichen wissenschaftlichen Studien diese Zusammenhänge aufgedeckt und an zahlreichen Beispielen erläutert. In einem zusammenfassenden Artikel heißt es:

*"Die USA haben auch konventionellere Formen des Terrorismus ausgeübt wie Mord, Sabotage und die Organisation von bewaffneten Banden und terroristischen Armeen. Die Attacke der Vereinigten Staaten auf Kuba stellen eine bemerkenswerte Fallstudie vielseitigen Staatsterrors kombiniert mit einem 'Übertragungs-Prozeß dar, das heißt, Kuba wird genau dessen beschuldigt, was die USA gegen Kuba unternehmen. Die Liste dieser Aktionen umfaßt:*

- *Acht bestätigte Mordversuche an Fidel Castro; ausgedehnte Sabotageakte gegen Schiffe, Getreidefelder und Nutztiere, Warenhäuser, Bahnhöfe, Ölanlagen und Kraftwerke; Überfälle zwecks Unterbrechung von Aufbauarbeiten und um zu töten; sowie in einem Fall das Organisieren einer mißlungenen stellvertretend ausgeführten Invasion.*

*Die Kampagne zur Subversion begann praktisch im Moment des Sieges der Revolution 1959, breitete sich während der sechziger Jahre aus bis in die siebziger Jahre und dauert - zumindest rudimentär - bis heute an ...*

*Nach der fehlgeschlagenen Invasion in der Schweinebucht 1961 organisierte die Kennedy-Administration einen massiven subversiven Kraftakt unter dem Codenamen 'Operation Mongoose', welcher 'ständige Sabotageschläge und eine größere Kampagne zur Desinformation' einschloß, und bei dem regelmäßig kubanischen Untergrundaktivitäten zur gleichen Zeit angezettelt wurden, während die USA reale und massive Umsturzversuche gegen Kuba (und viele andere lateinamerikanische Staaten) unternahmen.*

*Das Netzwerk rechtsgerichteter kubanischer Exil-Terrororganisationen, das im großen Maße als Resultat der antikubanischen Operationen des CIA entstand, bestand noch lange nach 1961 fort und zwar als Terrorapparat, der nicht nur gegen Kuba eingesetzt wurde, sondern auch gegen andere Feinde der 'Freiheit'."*

*(Edward S. Hermann, US-Schirmherrschaft für den Staatsterrorismus in "Geheim", 1988, Seite 37 ff)*

Auch nach der Aufdeckung derartiger Geheimdienstaktivitäten werden diese in anderer Form weitergeführt, wobei in unserem Zusammenhang insbesondere die begleitenden Desinformationskampagnen von Interesse sind. So haben in den letzten Wochen des Jahre 1992 verschiedene Informationsquellen in den USA die Durchführung wichtiger geheimer Operationen mit dem Ziel bekannt gegeben, Flugzeuge und Hubschrauber "sowjetischer" Produktion zu erhalten - offenbar soll eine neue Variante des "Angriffs eigener Kräfte" vorbereitet werden nach dem Vorbild der Operation "Pluto" mit der die wichtigsten Flughäfen in Kuba 1961 zur Vorbereitung der Invasion in der Schweinebucht durch Flugzeuge mit kubanischen Hoheitszeichen bombardiert wurden - oder wie es ein ehemaliger Offizier des israelischen Geheimdienstes und Spezialist für Waffenkäufe und -Handel, An Ben Menashe, in New York erklärte: "Meine Sichtweise ist die, daß sie es so darstellen werden, als ob es einen Aufstand innerhalb der kubanischen Streitkräfte gäbe, als ob sie es wären, die versuchen, die Regierung zu stürzen oder sie zu destabilisieren."

Nach Ansicht von Geheimdienstexperten bedienen sich derartige Szenarien einerseits der Instrumentalisierung von "Menschenrechtsgruppen" zu ihren Zwecken, andererseits der verdeckte Einsatz von Agenten. Der ehemalige CIA-Offizier und Autor des Buches "Schicksalentscheidung" Ralph McGeehe hat dies so ausgedrückt:

*"Eine der Standardtechniken für die Anwendung von Desinformationskampagnen ist der Einsatz von Deserteuren. Diese können benutzt werden, um Erklärungen zur Unterstützung einer jeden beliebigen Politik abzugeben, die sie zu installieren wünschen. Sie können Bücher schreiben, Reden halten oder all die anderen ... Dinge tun. Alles was*

*sie sagen wäre durch die CIA festgelegt, wie z.B. die Aussage, daß Castro terroristische Aktionen in den Vereinigten Staaten planen oder daß er Drogenlieferungen in die Vereinigten Staaten unterstützen würde oder irgend etwas anderes, was die öffentliche Meinung in den USA erregen könnte. Dies ist als eine Standardtechnik erarbeitet worden. Somit haben sie Deserteure, die für massenwirksame Propagandaoperationen eingesetzt werden können. Im allgemeinen ist dies ein Weg, Besorgnisse in der amerikanischen Öffentlichkeit hervorzurufen, um offenere Angriffe zu rechtfertigen.*

*Es gibt ebenfalls politische und paramilitärische Operationen. Der erste wesentliche Bestandteil ist immer die Vorbereitung der amerikanischen Öffentlichkeit auf die Akzeptanz aktiverer Programme wie z.B. der paramilitärischen. Und dies können sie mit Desinformationskampagnen tun. ... Es könnte eine Verschwörergruppe innerhalb des Geheimdienstes sein, die Druck ausüben mag, um stärkere Aktionen gegen Kuba durchzusetzen.*

*Einer der Wege, auf denen sie ihr 'Programm' verkaufen könnten, wäre, die Strukturen des Spionagedienstes zu nutzen, so wie sie es mit Ghadafi Anfang der achtziger Jahre gemacht hatten, als sie sagten, daß er angeblich Terroristen in die Vereinigten Staaten schicken wollte, mit dem Auftrag, Präsident Reagan zu ermorden. Diese Art Programm könnte ausgelöst werden und die ganze Angelegenheit würde so über die Spionageberichte gemeldet, über die Propagandamaschinerie Persönlichkeiten in aller Welt mitgeteilt und ebenso dem amerikanischen Volk 'verkauft' werden. Die Verschwörergruppe innerhalb des CIA würde dem Nachrichtendienst genau dieselben Sachen berichten wie diejenigen, die sie über die Propagandamaschinerie verbreiten ließen."*

(zitiert nach L.B. Medina, "Wozu will die CIA 'sowjetische' Flugzeuge haben?", in "Geheim" 1993, Seite 19f)

Zusammenarbeit mit türkischen faschistischen Terrororganisationen und der Versuch, Mordanschläge feindlichen Organisationen in die Schuhe zu schieben am Beispiel der Papst-Attentäter (Aufstieg und Fall der "Bulgarian connection")

Auf dem Petersplatz in Rom schoß am 13.05.1981 ein junger Mann mehrmals auf den Papst Johannes Paul II. und verletzte ihn. Der sofort festgenommene Täter, ein Türke, verheimlichte und verschleierte seine Identität. Er gab sich zunächst als Linker aus, aber seine anfänglichen Behauptungen erwiesen sich bald ebenso falsch wie der Paß, den er bei sich trug. In Wahrheit war Mehmet Ali Agca - so sein richtiger Name - ein Ultrarechter, Mitglied der faschistischen Terrororganisation "Graue Wölfe". Er war international zur Fahndung ausgeschrieben, weil er am 01. Februar 1979 in Istanbul den Chefredakteur der Tageszeitung "Millyet" Abdi Ipekci, auf offener Straße erschossen hatte; dieser hatte zuvor Recherchen über Auslandsverbindungen der "Grauen Wölfe" und in diesem Zusammenhang auch über us-amerikanische Finanzierung der türkischen Faschisten angestellt und war deswegen mit dem langjährigen Chefpräsidenten der CIA in der Türkei, Paul Henze, aneinandergeraten.

Nach diesem ersten Attentat wurde Agca schnell als Täter identifiziert. Mit Hilfe seiner Terrorbande konnte er sich jedoch monatelang verborgen halten, bevor er im Juli 1979 in Istanbul festgenommen wurde. Ein erster Ausbruchsversuch scheiterte, später wurden zwei Pistolen, die in seine Zelle geschmuggelt worden waren, entdeckt, der zweite Ausbruchsversuch gelang dann mit Hilfe der "Grauen Wölfe". Im Frühjahr 1980 wurde Agca in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Inzwischen hatte er in einem Brief an "Millyet" bereits ein Attentat auf den Papst angekündigt, den er von türkisch-

nationalistischem Ressentiment und islamisch-religiösem Eifer erfüllt, als "Anführer der modernen Kreuzritter" bezeichnete.

Trotz Interpol-Fahndung konnte Agca nach seinem Ausbruch aus der Haft zwölf Länder besuchen. Am längsten hielt er sich in Westdeutschland auf. Aber selbst die Veröffentlichung der Zeitschrift "Türkei-Information" im November 1980, daß der steckbrieflich gesuchte Terrorist hier Unterschlupf gefunden hatte, blieb folgenlos.

Agca dankte vielmehr dem Chef der türkischen Faschisten, Alpaslan Türkes brieflich für dessen "väterliche Fürsorge", die er auch im Ausland spüre. Mit Unterstützung von "Grauen Wölfen", die ihm auch wieder eine Waffe besorgten, bereitet er den Anschlag auf den Papst vor.

Kurz nach seiner neuen Bluttat wurden seine Helfer in der Bundesrepublik und der Schweiz festgenommen und nach Italien ausgeliefert. Drei Monate nach dem Attentat verurteilte ein römisches Gericht Agca zu lebenslanger Haft - als Einzeltäter - worüber man sich nach allem Vorangegangenen eigentlich nur wundern konnte. Daß der zuständige italienische Untersuchungsrichter und später die Strafkammer wenig Interesse für Agcas organisierten faschistischen Hintergrund zeigten, wurde insbesondere damit erklärt, daß der militärische Geheimdienst (SISMI) einen detaillierten Lebenslauf von Agca geliefert hatte, der zwar weitgehend stimmte, aber keinen Aufschluß über die Zugehörigkeit des Attentäters zu den "Grauen Wölfen" gab und statt dessen den Verdacht auf "unbekannte Elemente von der extremen Linken" zu lenken versuchte.

Im November 1981 hat der CIA-Mitarbeiter Paul Henze, zum Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates in Washington und zeitweilig auch zum Mitglied des Aufsichtsrats des in München stationierten US-Propagandasender "Radio free Europe" und "Radio Liberty" avanciert, in einem Zeitschriftenartikel die Behauptung aufgestellt, Agca sei ein Agent des sowjetischen Geheimdienstes. Beweis: Der Täter habe nach seinem Ausbruch aus türkischer Haft im Jahre 1980 einige Zeit in Bulgarien verbracht. Die US-Journalistin Claire Sterling, die schon Mitte der siebziger Jahre gemeinsam mit CIA-Direktor William Colby eine Konferenz über "kommunistische Konspiration gegen Italien" organisiert hatte und 1979 mit einer Buchveröffentlichung über die angebliche Drahtzieherschaft der Geheimdienste der sozialistischen Länder beim weltweiten Terrorismus hervorgetreten war, zog jetzt mit einem Artikel im auflagenstarken "Reader's Digest" nach, wobei sie Henzes Idee mit Details anreicherte, z.B. über die Herkunft des falschen Passes und der für den Anschlag auf den Papst benutzten Pistole. Daß diese Details, die ihrem Artikel den Anschein von Glaubwürdigkeit gaben, nicht stimmten, mußte später erst mühsam ermittelt werden.

Nach ihrem Auftritt vor einer Kommission, die Material für Anschuldigungen gegen die Sowjetunion wegen Nichterfüllung der KSZE sammelte und einer "Dokumentation" der us-amerikanischen Fernsehanstalt NBC setzte eine regelrechte Medienkampagne in Zeitungen, Zeitschriften, Hörfunk

und Fernsehen in den USA, Westeuropa und vielen anderen Ländern mit katholischer Bevölkerung ein.

Im November 1982 nahm die italienische Polizei in Anwesenheit vieler rechtzeitig herbeizitiertes Reporter und Kamerateams den Bulgaren Sergej Antonoff, der bei der Fluggesellschaft "Balkan Air" in Rom beschäftigt war, als angeblichen Mittäter Agcas beim Anschlag auf den Papst publikumswirksam fest. Zuvor hatte der Untersuchungsrichter Martella in Washington Gespräche mit dem CIA geführt; Agca hatte in seiner Zelle Besuche vom stellvertretenden SISMI-Chef Musumeci erhalten und auf ihm vorgelegten Fotos seine angeblichen bulgarischen "Mittäter" wiedererkannt, nämlich neben Antonoff auch zwei früheren Beschäftigte der bulgarischen Botschaft in Rom. Einzelheiten über Einzelheiten, deren Fragwürdigkeit bei näherem Hinsehen hätten erkannt werden können, drangen in die italienischen Medien, bundesdeutsche und andere ausländische Medien zeigten sich ähnlich aufnahmebereit. Zwar warnte der "Spiegel" schon Anfang 1983, daß sich die "bulgarische Spur" wohl eines Tages mangels Beweisen auflösen werde und in der Gewerkschaftszeitung "Die Feder" 4/83 sprach Jürgen Roth von einer Art "Reichtagsbrand mit publizistischen Methoden". Zu vorsichtigerem Umgang mit den Erfindungen der CIA mahnte insbesondere die italienische Zeitschrift "Pace e guerra", indem sie im Sommer 83 Telegramme des US-Botschafters in Rom, Maxwell Kalb, an das Außenministerium in Washington veröffentlichte. Diesem Bericht zufolge hatte der Botschafter "zur endgültigen Koordination dieser Operation" die außerordentliches Geschick und Fingerspitzengefühl erforderte, den in CIA-Schmutzarbeiten erfahrenen Diplomaten Vernon Walters angefordert, und später hatte er über den "riesigen Erfolg" gejubelt, den die Operation in den Massenmedien habe.

Sergej Antonoff, der in fast dreieinhalb Jahren seit seiner Verhaftung kaum Beistand im Westen gefunden hatte, auch nicht bei der Gefangenenhilfsorganisation "amnesty international", mußte noch fast ein Jahr lang auf der Anklagebank verbringen, obwohl die Staatsanwaltschaft außer ihrem "Kronzeugen" Agca nichts aufzubieten hatte und obwohl dessen Aussagen längst entwertet waren. Ein Beispiel für Agcas Unglaubwürdigkeit: Er hatte die Behauptung, vor dem Anschlag Antonoff in dessen Wohnung besucht zu haben, mit Angaben über das Mobiliar zu untermauern versucht und dabei peinlicherweise Möbelstücke genannt, die Antonoff nachweisbar erst gekauft hatte, als der Attentäter schon in Haft war. Der Türke war zwar mit großem geheimdienstlichen Aufwand für seine Rolle präpariert worden, aber doch nicht sorgfältig genug. Als im Prozeß die Fehlerhaftigkeit der Inszenierung für jedermann offenkundig wurde, blieb nur ein Ausweg: Ali Agca mußte wahnsinnig werden. Gefangen in ein Lügengeflecht, verkündete er dem Gericht, die Bibel lüge, in Wahrheit sei kein anderer als er der wahre Jesus Christus. (vgl. Eckart Spoo, Geheimdienste und Medien: Wie internationale Beziehungen vergiftet werden in "Unheimlich zu Diensten", Seite 21ff, 23ff).

Dieses zusammenfassende Ergebnis des Journalisten Eckart Spoo wird der Sachverständige Prof. Edward S. Herman bestätigen, der in einer umfangreichen Studie aus dem Jahre 1986 den Fall anhand sämtlicher zugänglicher Quellen aus Italien und den USA untersucht und in dem Buch "The Rise and Fall of the bulgarian connection" (New York 1986 - zu deutsch: Aufstieg und Fall der

"bulgarischen Verbindung") veröffentlicht hat.

Außer dem unbehelligten langen Aufenthalt des Papsttätäters in Westdeutschland (siehe oben), gibt es weitere Verbindungen, auch zu Geheimdiensten.

Im November 1982 stellte der italienische Richter Martella einen Haftbefehl gegen einen türkischen Staatsangehörigen namens Bekir Celenk mit der Beschuldigung aus, er habe den Papsttätäter Ali Agca unterstützt. Er ist als Reeder Eigentümer einer Flotte von Schiffen, einer Hotelkette und mehreren Handelsunternehmen in München, von der türkischen Polizei wurde er als Mafiaboss beschrieben, gegen den ein internationaler Haftbefehl vorliegt. Trotzdem erhielt er ein Einreisevisum für Westdeutschland und erklärte in einem Interview: "Ich blieb dort nach Ablauf meines Visums weitere 20 Tage, da ich meine Geschäfte nicht abgeschlossen hatte. Am 14. Juni war ich in München, wo ich meine Firma gründete. Das Visum, die Genehmigung dafür, erhielt ich von der dortigen Regierung. Wußten denn die bundesdeutsche Polizei und die bundesdeutschen Behörden nicht, daß ich gesucht werde?" Ein Geschäftspartner von Celenk ist Atalay Saral, der sich selbst als "Sympathisant der Grauen Wölfe" bezeichnet, lt. Frankfurter Polizeikreisen im Drogen- und Waffenhandel tätig ist und als V-Mann des BKA arbeitete, wie sich auch aus Eintragungen in einem nach dem Papsttätat beschlagnahmten Notizbuch ergab (Jürgen Roth u.a. "Dunkelmänner der Macht", Hamburg 1985)

So schreibt der "Spiegel" in einem Bericht über die Geheimdienste "GLADIO" in der Türkei:

*" Ex-Offiziere enthüllten, daß sich die Tarntruppe aus ehemaligen Armee- und Polizeioffizieren sowie Zivilisten rekrutierte. Sie sollte Widerstandsgruppen für den Fall einer sowjetischen Invasion ausbilden. Doch bald, so gab Ex-Oberst Talat Turhan zu, widmete sich die Organisation vornehmlich der Beschattung, Verfolgung und Folterung von Funktionären linker Organisationen." (Nr. 48/1990, Seite 175)*

Es wird berichtet, daß die Geheimeinheiten auch im Ausland operierten. Die "Frankfurter Rundschau" berichtet in dem Zusammenhang von zwei Büchern der US-Armee bzw. des CIA die im Auftrag des türkischen Generalstabs ins türkische übersetzt wurden: "Anti-Guerilla-Operationen" und "Gegenkriegstaktiken" (FR 02.01.1991). Das darin beschriebene Tätigkeitsfeld für die geheime Organisation:

*"Menschen töten, Bomben werfen, Raubüberfälle organisieren, Folter, Menschenführung, Brandstiftung, Sabotage, Propaganda, Desinformationspolitik"*  
(zitiert nach Leo A. Müller, GLADIO - Das Erbe des Kalten Krieges, Hamburg 1991, Seite 57)

Ömer Erzeren faßt dies so zusammen:

*"Eine erschreckende Indizienkette spricht dafür, daß die antikommunistische "unorthodoxe Kriegsführung" in Friedenszeiten terroristische Aktivitäten organisierte: Counter-Guerilla - ein halbamtlicher Geheimbund, der Killerkommandos unterhält, über riesige Waffenarsenale verfügt und eigene Folterkammern unterhält .. Ein Ex-Offizier, der als Übersetzer in dem "Amt für besondere Kriegsführung" tätig war, berichtet über Treffen mit Partnerorganisationen in anderen NATO-Ländern. ... Doch Counter-Guerilla ist in der Türkei nicht nur Vergangenheitsbewältigung. Irreguläre Kräfte des 'Amtes für besondere Kriegsführung', die nicht in die Armeehierarchie eingebettet sind, operieren heute im Südosten der Türkei gegen die kurdische Guerilla. Dutzende Morde, die als Guerilleros verkleidete Männer verübten, soll auf ihr Konto gehen."*

(taz vom 29.11.1990, Seite 13)

Statt einer Zusammenfassung:

Wer diese Darstellung der Verbrechen der USA, der NATO und ihrer Geheimdienste für nicht erwiesen bzw. übertrieben hält, sei auf eine verdienstvolle Arbeit verwiesen, die unter dem Titel „Mord-Report – Der Staatsterrorismus der USA vom US-Senat dokumentiert, von Georg W. Bush wieder legalisiert“ von der Zeitschrift „Ossietzky“ neu herausgegeben ist. Darin wird ausführlich der Inhalt, Hintergrund und die fehlenden Konsequenzen des einzigen Untersuchungsausschusses des US-amerikanischen Senats – Senatsausschuß zur Interventions- und Einmischungspolitik des US-Geheimdienstes im Ausland - aus dem Jahre 1975 dokumentiert. Zu Beginn wird aus der Rede des Leiters dieses Ausschusses, Senator Frank Church zitiert, der in seiner Rede auflistet welche völkerrechtswidrigen Verbrechen in Lateinamerika, Afrika und Asien vom CIA begangen wurden u.a.:

- „Wir beseitigten die Regierung von Guatemala, als uns ihr Linkstrend mißfiel;
- wir versuchten, einen Bürgerkrieg gegen Sukarno in Indonesien anzuzetteln;
- wir intervenierten, um den Schah wieder auf den Thron im Iran zu bringen, nachdem (der gewählte Ministerpräsident) Mossadegh die Monopolherrschaft von Britisch-Petroleum über das iranische Erdöl gebrochen hatte;
- wir versuchten mit einem gescheiterten Landeunternehmen einer Exilarmee in der Schweinebucht eine Kontrarevolution in Kuba zu starten;
- ...
- jahrelang versuchten wir Fidel Castro und andere kubanische Staatsmänner zu ermorden. Die verschiedenen Anschläge verteilten sich über drei (US-)Regierungen und schlossen eine ausgedehnte Zusammenarbeit zwischen CIA und Mafia ein.“ (zitiert nach „Mord-Report“, a.a.O., Berlin Dezember 2001, S. 2)

Der Report selbst war 350 Seiten lang, der Ausschuß hatte etwa vier Monate benötigt, ihn zusammenzustellen. Mehr als 8 000 Seiten umfaßten die Aussagen der 75 Zeugen. Auch wenn der Report versucht, die Mordpläne des CIA aus der damaligen Zeit und der anti-kommunistischen Grundhaltung heraus zu rechtfertigen oder zu entschuldigen, läßt er doch an Deutlichkeit hinsichtlich der Fakten nichts zu wünschen übrig. Und es hat sicherlich nichts mit Anti-Amerikanismus zu tun, wenn die Autoren zu dem neu herausgegebenen „Mord-Report“ vor den bedrohlichen Parallelen warnen und ausdrücklich darauf hinweisen, daß Präsident Bush schon im September 2001 die CIA angewiesen habe, mit „weitestreichenden und tödlichen Aktionen seit Gründung der Agentur 1947“,

insbesondere Bin Laden und sein „weltweites Netzwerk zu zerstören“; der Präsident habe die CIA aufgefordert, „höchst risikoreiche Operationen zu unternehmen“, hierzu sei der Etat um mehr als 100 Millionen \$ aufgestockt worden. Die „Washington Post“ vom 21.10.2001 kommentiert dies, die geheimen Aktionen der CIA spielten bei der Offensive gegen den Terrorismus „eine Schlüsselrolle“ („Mord-Report“, eben da, S. 3).

Und man braucht also kein Prophet zu sein, um vorhersagen zu können, was uns die Zukunft auf diesem Sektor bringt: Staatsterrorismus neuer Dimension, verbrämt mit Desinformationskampagnen und psychologischer Kriegsführung, wie sie die Welt bisher nicht gekannt hat. Dabei erscheint die Aussicht, daß wir in absehbarer Zeit einen ähnlich enthüllenden Bericht eines US-Senatsausschuß erhalten könnten, sehr gering, scheint sich doch die „Anti-Terrorismus-Hysterie“ noch schneller und gründlicher festgesetzt zu haben, als seinerzeit der „Anti-Kommunismus“ als herrschende Doktrin, auf die die neue Ideologie natürlich aufbaut, was hier allerdings nicht weiter ausgeführt werden soll ...

### **Ende Diktat 21.03.02 - hu**

#### **3.6.**

**Exkurs: Der Einfluß der „Terrorismus-Bekämpfung“ auf revolutionäre Befreiungsbewegungen am Beispiel der Kurdischen Arbeiterpartei PKK (GNN-Buch, S. 21 und 39/40, 74-76)**

##### **3.6.1.**

**Befreiungsbewegung und Terrorismus**

##### **3.6.2.**

**Von einer Bewegung für nationale und soziale Befreiung zur Befriedungsbewegung am Beispiel der Kurdischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)**

Es lohnt sich, den Einfluß der „Anti-Terrorbekämpfung“ am Beispiel einer bekannten revolutionären Bewegung für nationale und soziale Befreiung zu untersuchen, die jahrzehntelang gegen eine starke Regionalmacht am Rande Europas gekämpft hat und deren Anhänger auch im Exil in Westeuropa, insbesondere der BRD, stark vertreten waren: Die PKK – 1978 gegründet, 1984 wurde der bewaffnete Kampf offiziell begonnen, mit dem Ziel eines freien und unabhängigen Kurdistans. Alleine in Deutschland war die PKK in der Lage über 100.000 AnhängerInnen unter roten Fahnen und revolutionären Losungen zu mobilisieren, sie hatte Beziehungen zu den meisten nationalen Befreiungsbewegungen wie dem PNC in Südafrika, der PLO bzw. bestimmter wichtiger Teilorganisationen (Al-Fatah), zur Irischen, Baskischen und anderen Befreiungsorganisationen. Das offizielle Parteiprogramm orientierte auf den Sturz des faschistischen Militärregimes der Türkei und der Errichtung eines national-demokratischen Staates unter Führung der PKK nach marxistisch-leninistischen Vorbild. Der bewaffnete Guerillakampf wurde ausdrücklich als unabdingbare Voraussetzung eines erfolgreichen Befreiungskampfes propagiert, der die revolutionäre Linie der PKK von allen opportunistischen Parteien und Organisationen unterscheidet.

Die PKK hatte in den achtziger und neunziger Jahren nicht nur weit mehr als 10.000 Guerillakämpfer unter Waffen, sondern nach übereinstimmender Aussage unabhängiger Beobachter seit Beginn der neunziger Jahre die überwältigende Mehrheit der Kurdischen Bevölkerung zumindest in den Kurdischen Siedlungsgebieten hinter sich und stellte eine reale Bedrohung für die weitgehend entmachteten staatlichen Instanzen in den Kurdischen Siedlungsgebieten dar.

Das Türkische Regime hat die Befreiungsbewegung von Anfang an als „terroristisch“ kriminalisiert, ihre Anhänger und vermuteten Anhänger mit allen Mitteln verfolgt, kriminalisiert, auf das schwerste gefoltert, wenn nicht ermordet. Es fanden zahlreiche, von internationalen Menschenrechtsorganisationen dokumentierte Massaker an der Zivilbevölkerung statt, zwischen drei und vier Millionen Dörfer wurden vollständig zerstört, mehr als drei Millionen Kurdinnen und Kurden aus ihrer Heimat vertrieben, die Äcker, Wälder und andere natürliche Ressourcen zerstört bzw. unbrauchbar gemacht – all dies wurde nicht etwa als offizieller „Krieg“ geführt, sondern ausdrücklich als „Anti-Terrorkampf“.

Parallel dazu begann in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre in Westeuropa, später insbesondere in der BRD eine Verfolgung der Kurden als „gefährlichste Terroristen Europas“, vom damaligen Generalbundesanwalt Rebmann zum „Hauptfeind der inneren Sicherheit“ der BRD erklärt. In meinem Buch von 1998 „Zehn Jahre grenzüberschreitende Kurdenverfolgung“ habe ich die These aufgestellt und begründet:

*„DIE SYSTEMATISCHE KRIMINALISIERUNG DER KURDEN BEGINNT IN DER ZWEITEN HÄLFTE DER ACHTZIGER JAHRE ALS REAKTION AUF DEN KURDISCHEN FREIHEITSKAMPF UNTER DEM VORWAND DER "TERRORISMUS"-BEKÄMPFUNG ALS BESTANDTEIL DER NATO-COUNTER-INSURGENCY-STRATEGIE (AUFSTANDSBEKÄMPFUNGS)- STRATEGIE UND WIRD ALS PILOTPROJEKT FÜR DIE BEHANDLUNG VON MENSCHEN-, BÜRGER- UND FREIHEITSRECHTEN ZUNÄCHST BEI MINDERHEITEN NACH DEM ENDE DES KALTEN KRIEGES FORCIERT VORANGETRIEBEN, UM DAS MODELL DES "SICHERHEITSSTAATES" MIT FORMAL-DEMOKRATISCHEN UND PSEUDO-RECHTS - IN WAHRHEIT JEDOCH POLIZEISTAATLICHEN GRUNDLAGEN UND METHODEN WEITER ZU ENTWICKELN.“*

1989 begann die viereinhalb Jahre dauernde Hauptverhandlung im „größten terroristischen Prozeß in der Geschichte der BRD“ gegen PKK – Anhänger vor dem Staatsschutzsenat des OLG Düsseldorf, 1993 wurde die PKK und ihre Teilorganisationen vom Bundesinnenminister verboten, die Auswirkungen lassen sich so zusammenfassen:

- *Die wichtigsten politischen und sozialen Vereinigungen der etwa einer halben Millionen KurdInnen in der BRD sind verboten bzw. die Tätigkeit für sie (Kurdistan Komitee, ERNK, PKK u.a.);*
- *jede Tätigkeit für sie ist strafbar, tausende von Strafverfahren sind anhängig, täglich finden Razzien, Hausdurchsuchungen und andere Formen der Überwachung statt, hunderttausende von Daten sind gespeichert und werden den sogenannten "Sicherheitskräften" in die Türkei weitergeleitet;*

- *die Vereinigungs-, Versammlung-, Demonstrationsfreiheit waren jahrelang weitgehend faktisch abgeschafft. Immer wieder werden Demonstrationen verboten bzw. mit großer Brutalität verhindert wegen der "konkreten Gefahr des Zeigens von Symbolen verbotener Vereinigungen", also von Bildern, Fahnen oder Symbolen von ERNK, PKK usw.*

In der Türkei entstand im Kampf zwischen der kurdischen Bewegung und dem türkischen Militär eine Pattsituation, d. h. keine Seite war in der Lage die andere zu besiegen, die Bevölkerung litt immer mehr unter den direkten Kriegsfolgen (bis zu 30.000 Tote) und den sozialen und anderen Folgen. Unter diesem Eindruck begann die PKK eine Veränderung ihrer Strategie und nahm von der Forderung nach Errichtung eines eigenen Staates als Kampfziel schrittweise Abstand, gleichzeitig verkündete sie ab 1993 einseitige Waffenstillstände, die wiederholt wurde, aber zu keiner ernsthaften Verhandlungsbereitschaft auf der Gegenseite führten, zumal eine internationale Unterstützung ausblieb. In der BRD begann die PKK eine Politik von „Dialog und Deeskalation“, um ihre politische Verhandlungsfähigkeit zurückzuerhalten und die Folgen der „Terrorismusverfolgung und der Vereinsverbote“ abzumildern. Mit Erfolg, denn 1997 erklärte der Generalbundesanwalt, eine terroristische Vereinigung innerhalb der PKK sei nicht mehr feststellbar und es wurde möglich, die anhängigen Strafverfahren einer für beide Seiten akzeptablen Lösung zuzuführen; so wurde der frühere Europasprecher der ERNK, Kani Yilmaz, der ursprünglich als Rädelsführer einer terroristischen Vereinigung angeklagt war nach mehreren Jahren Auslieferungshaft in England in einem kurzen Prozeß vor dem OLG Celle zwar zu einer achtjährigen Freiheitsstrafe verurteilt, aber am Tag der Urteilsverkündung (11.02.1998) freigelassen (vgl. „Zehn Jahre grenzüberschreitende Kurdenverfolgung“, S. 85 ff).

Diesen Prozeßausgang habe ich seinerzeit zusammenfassend so kommentiert:

*Für eine freie und ungehinderte Fortsetzung dieser Tätigkeit ist die Aufhebung des PKK-Verbots unabdingbare Voraussetzung. Die Bedingungen hierfür sind nach dem Ende des Prozesses gegen den früheren ERNK-Europasprecher Kani Yilmaz besser denn je. War doch dieses Ende nur möglich, weil der Generalbundesanwalt die Front der Hardliner im Kampf gegen die PKK gewechselt hat und zu den Vertretern einer realistischen Linie gehört, die einen Dialog und die Deeskalation befürworten, auch wenn sie damit die PKK nicht etwa als Freund ansehen oder gar die PKK-Führung für den Friedensnobelpreis vorschlagen wollen: Noch existiert der Haftbefehl gegen den PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan aus dem Jahre 1990, wie der Generalbundesanwalt im Rahmen der Jahrespressekonferenz vom 13.01.1998 betonte.*

*Bis zur Einladung Öcalans als Politiker und Repräsentant der Kurden dürfte also noch einige Zeit ins Land gehen, dürften noch einige Veränderungen notwendig sein ... (S. 93)*

Im darauffolgendem Jahr fanden tatsächlich dramatische Veränderungen statt, jedoch andere als von der PKK und vielen ihrer Unterstützer erwartet: Auf Druck der Türkei und der USA zwang Syrien den

in Damaskus im Exil lebenden PKK – Vorsitzenden das Land zu verlassen, der sich daraufhin über Rußland nach Westeuropa begab, um dort für eine politische Lösung zu werben. In Rom, wohin er mit Wissen führender Vertreter der Regierung gekommen war, wurde er im November 1999 zunächst festgenommen, dann unter Hausarrest gestellt; die Türkei verlangte in einer wütenden nationalchauvinistischen Haßkampagne die Auslieferung des „Baby-Mörders“, um ihn zum Tode verurteilen zu können und beschuldigte Italien und Westeuropa der Unterstützung des Terrorismus. Der frisch gewählt Bundeskanzler Schröder, Außenminister Fischer und Vertreter der italienischen Regierung kündigten öffentlich eine „internationale Konferenz zur Lösung der Kurdenfrage“ an, taten hierfür aber letzten Endes ebensowenig wie für eine Unterstützung der Forderung von Kurden nach Aufnahme von Friedensverhandlungen. Im Gegenteil: Mein Versuch als Rechtsanwalt des PKK-Vorsitzenden, Gespräche mit dem Bundeskanzler und den maßgeblichen Ministern über Öcalans Friedensangebot usw. zu führen, wurden nicht einmal beantwortet. Hierzu eine Passage aus einem Beitrag zu einem US-Workshop zum internationalen Recht vom Herbst 1999:

*Die neue rot-grüne Regierung hat bekanntlich auf die Auslieferung des PKK-Vorsitzenden aus Italien nach Deutschland ausdrücklich verzichtet - ein ziemlich einmaliger Vorgang, der vor allem von konservativen Juristen scharf kritisiert wurde, ebenso die gleichzeitige Erklärung, man wolle Öcalan statt dessen vor einen „internationalen Strafgerichtshof“ bringen. Offizielle Begründung für den Verzicht auf die Auslieferung war die Wahrung des Rechtsfriedens, die Angst vor Unruhen und Anschlägen von Kurden. Tatsächlich wissen wir aus zuverlässiger Quelle, daß zumindest genauso wichtig die Erkenntnis war, den PKK-Vorsitzenden möglicherweise nach der Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung mangels Beweisen für seine Täterschaft freisprechen zu müssen. Diese Blamage und die vorherzusehenden hysterischen Reaktionen der Türkei wollte man sich sparen und schob daher Italien den „Schwarzen Peter“ zu. Zu mehr war die deutsche Regierung nicht bereit, es gelang mir nicht einmal, irgendeinen Vertreter zu Gesprächen über eine Einstellung des Verfahrens oder die politischen Vorstellungen Öcalans zu einem Dialog zu bekommen.*

*Bei meinem Besuch Öcalans in Rom im Januar dieses Jahres hatte sich die Situation wieder dramatisch zugespitzt. Er erklärte mir zu Beginn, von allen Seiten werde er bedrängt, Italien wieder zu verlassen: Die Regierung sei nach dem Boykott und Psychoterror der Türkei unter Druck von außen, vor allem der USA und der Opposition im Inneren geraten, weil die Regierungen Westeuropas Italien im Stich gelassen hätten; sein Asylverfahren werde nicht positiv entschieden, die Regierung drohe mit einer Strafverfolgung und Inhaftierung aufgrund des Terrorismus-Übereinkommens von 1977 - Grundlage diesmal der internationale Haftbefehl aus der Türkei - ja am Ende könnte man nicht einmal ausschließen, daß er an das türkische Regime ausgeliefert werde, etwa wenn von dort Zusicherungen kämen, keine Todesstrafe zu verhängen usw. Selbst seine italienischen Rechtsanwälte (beide übrigens Parlamentsabgeordnete einer Regierungspartei) hätten ihm nahegelegt, Italien zu verlassen und mit Hilfe der italienischen Regierung auch andere - europäische - Zufluchtsstaaten zu suchen.*

*Dies erstaunte uns, war doch klar, daß rechtlich keinerlei Handhabe für ein Verfahren nach dem Terrorismus-Übereinkommen oder gar eine Inhaftierung vorlag. Ich riet ihm daher dringend, in Italien zu bleiben und wenn überhaupt nur mit einer völkerrechtlich verbindlichen Zusage der italienischen Regierung und des neuen Aufnahmelandes Rom zu verlassen. Öcalan, der zunächst überzeugt war, erklärte mir zwei Tage später, nach erneuten Verhandlungen mit Regierungsvertretern, er werde Rom verlassen, er wolle seine Freunde in der Regierung nicht kompromittieren und wir hatten den Eindruck, daß er eine Inhaftierung aus politischen Gründen vermeiden wollte. Ich erneuerte meine Warnung und malte ihm das Schicksal eines „refugee in orbit“ aus, der von Transitbereich zu Transitbereich, von Land und Land hin- und hergeschoben werde, ohne hineingelassen zu werden und der am Ende Opfer des türkischen Geheimdienstes MIT wird. Öcalan griff dies auf und verglich sein Schicksal mit dem eines Gladiators im alten Rom, der jetzt den „wilden Tieren“ in Afrika zum Fraß vorgeworfen werde...*

*Sei dem habe ich ihn nicht wiedergesehen und sein weiteres Schicksal auf seiner Irrfahrt quer durch Europa nur den Medien, PKK-Kreisen und anderen Spekulationen entnommen - bis plötzlich die Nachricht von der Entführung aus Kenia zunächst als Gerücht auftauchte und dann jenes berüchtigte Video mit einem gefesselten, geblendeten und offensichtlich mißhandelten PKK-Vorsitzenden in den Händen des türkischen Geheimdienstes - Bilder, die Kurden in aller Welt zu Protest- und Solidaritätsaktionen aufschreckten und PolitikerInnen und MenschenrechtlerInnen auf den Plan riefen.*

Während nun sein internationales Verteidigerteam und die zunächst beauftragten Rechtsanwälte in der Türkei eine Verteidigung nach geschichtlichem Vorbild von Revolutionären vor dem Staatssicherheitsgericht vorbereiteten, das zu einem Tribunal gegen den drohenden Völkermord der Türkei an den Kurden werden sollte, entwickelte Öcalan selbst eine Prozeßstrategie, die von vielen Seiten als „Kapitulation und Verrat“ bewertet wurde und die er in einer später veröffentlichten Verteidigungsrede ausführlich begründet hat.

Hierzu noch einmal Auszüge aus dem erwähnten Beitrag:

*In der Verteidigung Öcalans wurden wichtige Programmpunkte des jahrzehntelangen Kampfes der PKK (für ein freies und unabhängiges Kurdistan) als historisch überholt dargestellt und durch das Konzept einer demokratischen Republik Türkei mit einer Union von Türken und Kurden ersetzt.*

*Die Neubewertung der Türkei, ihre historischen und politischen Grundlagen und Perspektiven*

*Wurde bisher und im PKK-Programm, das zum Zeitpunkt seines Prozesses noch gültig war, Kurdistan als „internationale Kolonie von vier Staaten“ definiert (zusammenfassende Formulierung von Ismail Besikci), d.h. als kolonialistisches, rassistisches Militärregime auf der Grundlage eines kemalistischen türkischen Nationalismus, gegen das sich die Kurden mit wiederholten bewaffneten Aufständen zurecht zur Wehr gesetzt haben (insbesondere dem Sheik-Said-Aufstand von 1925), deren staatliche Strukturen durch einen gewaltsamen Umsturz erneuert werden müssen - und daraus die Legitimität des bewaffneten nationalen Befreiungskampfes abgeleitet - so heißt es hierzu bei Öcalan jetzt im historischen Kontext bezeichnenderweise bei den Vorgängen, die zur Staatsgründung von Kemal Atatürk führten, es habe sich um einen nationalen Befreiungskrieg und eines neuen Stadiums in den türkisch-kurdischen Beziehungen gehandelt:*

*(englische Ausgabe S. 22/23)*

*Bleibt anzumerken, daß soweit ersichtlich jede Verurteilung des Völkermords an den Armeniern durch die osmanischen Machthabern in der gesamten Verteidigungsschrift fehlt.*

*Zur jetzigen Türkei und seiner Perspektive heißt es in Öcalans Verteidigungsrede u.a.*

*(englische Ausgabe S. 35/36)*

*Die zukünftige Stärke der Türkei als Führungsmacht im mittleren Osten, Kaukasus und dem Balkan mit Hilfe der „freien Union der Türken und Kurden“ wird an anderer Stelle sogar bis nach Zentralasien ausgedehnt*

*(englische Ausgabe S. 117)*

Im Sommer 1999 hat die PKK-Führung die neue Strategie umgesetzt und offiziell erklärt, daß der bewaffnete Kampf in der Türkei beendet sei, ohne ein klares programmatisch-politisches Konzept für

den Kampf in der Türkei und im Exil vorzulegen. Es begann eine Phase der Kopflosigkeit und Desorientierung. In den kurdischen, der PKK nahe stehenden Medien wurde eine Zeitlang jede politische Äußerung eines türkischen Politikers über die Notwendigkeit von Verfassungsänderungen, Demokratisierung usw. bejubelt, intern wurde die Parole ausgegeben, man müsse sich „langsam in den türkischen Staat integrieren“, die türkischen Sicherheitsbehörden wurden plötzlich z. T. als „Freund und Helfer“ dargestellt, es kam zu dramatischen Situationen in den kurdischen Vereinen, in denen die Familien von gefallenen Guerillakämpfern erschienen und protestierten: hierfür hätten sie doch nicht ihre Söhne und Töchter gegeben, viele aktive Unterstützer der PKK wandten sich von dieser ab. Das türkische Regime dachte jedoch nicht daran, der kurdischen Bevölkerung die Hand zur Versöhnung auszustrecken, sondern verlangte Unterwerfung und betrieb archaische Rache. Ehemalige Guerillakämpfer und PKK-Führungskader, die als „Friedensdelegation“ in die Türkei reisten, wurden dort verhaftet und vor Gericht gestellt und erhielten Freiheitsstrafen bis zu 18 ¾ Jahren.

Im Herbst 1999 beriet der Präsidialrat im kurdischen Gebiet im Nordirak, wie mir von einem Besucher glaubhaft versichert wurde, über die weiteren Perspektiven nach Beendigung des Guerillakampfes in der Türkei, nachdem die nordirakischen Kurdenorganisation PUK in Washington ultimativ aufgefordert wurde, die auf ihrem Gebiet befindlichen PKK – Guerillakämpfer, Führungsstrukturen und sonstige Einrichtungen zu schließen. Als eine Aktion wurde ernsthaft darüber diskutiert, die Guerillakämpfer in Zukunft als Söldner zu verkaufen... Kann eine Organisation, die angetreten war, um den Kampf für die nationale und soziale Befreiung von einem halbkolonialistischen Militärregime zu befreien, tiefer sinken?

Über die Hintergründe der Entführung Öcalans, die Änderung der Strategie der PKK ist viel spekuliert worden. Die PKK-Führung sprach von einem „internationalen Komplott gegen die PKK und ihren Vorsitzenden“, das sich ausdrücklich auch gegen die Türkei gerichtet habe, mit dem Ziel, diese zur Fortsetzung des Krieges zu zwingen. Von Anfang an war vermutet worden, daß die völkerrechtswidrige Entführung Öcalans aus Kenia, wo er in der griechischen Botschaft Zuflucht gefunden hatte, zu einer Übergabe an den berüchtigten türkischen Geheimdienst MET vom CIA – evtl. mit Unterstützung des israelischen Mossad – durchgeführt worden war.

Mehmet Sahin, ein der PKK durchaus nicht abgeneigter kurdischer Autor, berichtet in seinem Buch „Die Europäische Union, die Türkei und die Kurden“ über neue Erkenntnisse von den Hintergründen

*„Öcalan Operation“: Anthony Blinken, ein persönlicher Berater von US-Präsident Clinton hat danach in einer Sendung von CNN – Türk erklärt, die USA hätten die Gefangennahme Öcalans zugesichert, weil es aufgrund der geostrategischen Lage der Türkei nicht im Interesse der USA gewesen sei, dieses Land zu „verlieren“. Bei der Auslieferung habe es ein Abkommen mit der Türkei gegeben, daß zwei Bedingungen enthalten habe. Bei der ersten Bedingung haben es sich laut Blinken*

*um die faire Behandlung und die Verurteilung Öcalans gehandelt. Die zweite Bedingung sei die Lösung der Kurdenfrage gewesen. (Sahin, ebenda, S. 28)*

Sahin kommentiert, die Kurden erwarteten nun von diesen Kräften, daß sie die Türkei dazu bewegen, die von ihr versprochenen Zusagen auch zur Lösung der Kurdenfrage in die Tat umzusetzen. Dabei wird offenbar vorausgesetzt, daß die „Lösung der Kurdenfrage“ für US-Präsident Clinton genauso aussieht, wie für die unterdrückten Kurden selbst. Eine derartige Naivität ist Ausdruck der neuen PKK – Strategie, die offenbar den Kampf für die nationale und soziale Befreiung aufgegeben hat – soziale Forderungen kamen schon in dem letzten Programm der neunziger Jahre nicht mehr vor – und durch einen diffusen Kampf „für die kurdische Identität“ und die von Öcalan eingeklagten minimalen kulturellen Rechte hinausläuft durch ihre Hegemonie über die Kurden aufrecht erhalten will. Dementsprechend dürfte das Interesse der USA und ihrer imperialistischen Verbündeten doch auch in erster Linie darin bestehen, die aufmüpfigen Kurden ruhig zu halten, den bewaffneten Kampf zu liquidieren, ihre revolutionären Organisationen zu zerschlagen, um das bodenschatzreiche Gebiet ungestört ausplündern, für Ölpipelines usw. nutzen zu können und allenfalls ab und zu mit der „kurdischen Karte“ Druck auf die türkischen Machthaber ausüben zu können, wenn diese sich ihren hegemonialen Diktaten nicht vollständig beugen.

Auch die Tatsache, daß die PKK von der USA selbstverständlich wieder auf die Liste der gefährlichsten „Internationalen Terrororganisationen“ gesetzt wurde, müßte doch auch jedem Kurden deutlich machen, was die US-Administration unter „Lösung der Kurdenfrage“ versteht: Unterdrückung ihres Befreiungskampfes unter dem Vorwand der „Terrorismusbekämpfung“.

Hierzu noch einmal Mehmet Sahin, der unter Bezugnahme auf eine Sendung des PKK-nahen kurdischen Senders Medya-TV vom 10.09.1999 u.a. schreibt:

*„Die Gespräche zwischen Öcalan und seinen Rechtsanwälten wurden offen durchgeführt, der Staat war also über alles informiert und wußte genau, was dort besprochen wurde ... Die Botschaften Öcalans wurden seitens seiner Rechtsanwälte über verschiedene Kanäle an das PKK-Umfeld weitergeleitet. Dies wußte der Staat und er wollte das auch so ... Als Öcalan sah, daß seine Botschaften beim PKK-Präsidialrat, der nach seiner Inhaftierung die praktische und ideologische Arbeit übernommen hatte, ankamen, entschloß er sich, einen auf den 13.05.1999 datierten ersten Brief an den Präsidialrat zu schreiben ... , Im wesentlichen sagte er, daß in der jetzigen unipolaren Welt die Probleme nicht nur mit den Mitteln eines bewaffneten Kampfes gelöst werden können, sondern ein Gleichgewicht zwischen dem bewaffneten und dem politischen Kampf wiederhergestellt werden muß.’ ...*

*Ein zweiter, neuseitiger und auf den 07.07.1999 datierter Brief an den Präsidialrat beinhaltete hauptsächlich folgende Punkte: ‚Grenzfragen sollten nicht thematisiert werden; die Politik solle vom Druck der Gewalt befreit werden; die Demokratisierung solle als zentrale Grundlage für die Völkerverständigung dienen; der Krieg müsse in einen Frieden umgewandelt werden; die politisch-ideologische Struktur der PKK müsse der Zeit angepaßt werden“ ... Nach diesem Brief von Öcalan fand am 23. bis 29.07.1999 das zweite Arbeiterplenum des Zentralkomitees statt ... Die Ergebnisse des Plenums des Zentralkomitees wurden auf dem schnellsten Wege in einem eineinhalbseitigen Brief nach Imrali an Öcalan geschickt. Durch diese Kommunikation fand eine Einigung zwischen Öcalan und dem Zentralkomitee über die Beendigung des bewaffneten Kampfes, den Rückzug der Einheiten außerhalb der Grenzen*

*und dem politischen Kampf für Frieden und demokratische Umwandlung statt.“ (Sahin a.a.O., S. 81ff)*

Ein einmaliger historischer Vorgang: Ein „Terroristenchef“, der sich in der Gewalt der Feinde befindet, kann relativ ungestört mit seiner Organisation kommunizieren – Mehmet Sahin kommt gar nicht auf die Idee kritisch zu hinterfragen, woher dieses Interesse des türkischen Militärregimes rührt und ob nicht noch mehr als vorauseilender Gehorsam dahinterstecken muß. Bezeichnenderweise berichtet er dann von einer Erklärung Öcalan's, die dieser am 06.09.1999 ausgerechnet in dem regierungsnahen türkischen Massenblatt „Hürriyet“ veröffentlichen ließ, in der es heißt:

*„Der Rückzug (d.h. der Guerillakräfte – d.Verf.) muß absolut planvoll ... erfolgen .... im Endergebnis muß der Staat wissen, daß der Rückzug ernsthaft und total ist.“ (Sahin a.a.O., S. 88)*

Sahin beschreibt die anschließende Entwicklung in der Türkei als widersprüchlich, kommt aber zum Ergebnis, daß sich die Lage der Menschenrechte insgesamt nicht verbessert sondern eher verschlechtert hat und das türkische Militär, das das Wort „Versöhnung nicht kenne“ offenbar nichts für die Lösung der Kurdenfrage tue und die Kurden auch von Europa und der Welt verlassen seien; Kosovo mache die Doppelmoral des Westens deutlicher mit der unterschiedlichen Behandlung und Bewertung der UCK und PKK.

Und so entwickelte sich ein Prozeß, den man ähnlich bei der Bekämpfung revolutionärer Befreiungsbewegungen in Lateinamerika beobachten konnte: Desorientierung, Spaltung und Fraktionierung mit der völligen Aufgabe eigenständiger radikaler Kampfziele und der Umwandlung der ursprünglichen Befreiungsorganisation in eine Befriedungsorganisation. Hierbei kam den imperialistischen Kräften im Falle der PKK-Faktoren zugute, die in der Zeit des revolutionären Kampfes für nationale und soziale Befreiung in den Hintergrund getreten waren und damals bei der politischen Bewertung durch fortschrittliche Kräfte hierzulande zurecht nicht im Vordergrund standen:

- Die soziale Basis der PKK-Bewegung, die zum großen Teil aus ländlichem Proletariat ohne Bildung und Erziehung bestand;
- Die fehlende Tradition kämpferischer Klassenorganisationen mit entsprechender Aufklärungsarbeit;
- die feudalistische Clanstruktur mit autoritär-patriachaischen Strukturen und Herrschaftsmustern, die zwar nach offizieller PKK-Doktrin bekämpft werden sollten – u. a. durch die Befreiung der Frau als emanzipierte Guerillakämpferin – die aber immer mehr zu Gunsten des Vorrangs der „nationalen Gemeinsamkeiten aus kulturellen Traditionen“ zurückgedrängt wurden;
- -Ein Personenkult und diktatorischer Führungsstil des PKK – Vorsitzenden hinter einer pseudodemokratischen Fassade.

All dies ist Ausdruck der erwähnten sozialen Bedingungen sowie des immensen Drucks durch den schmutzigen Krieg des berüchtigten türkischen Militärs, das ebensowenig eine freie demokratische Entfaltung zuließ wie die Verhältnisse in der BRD mit der „Terroristenverfolgung“ und dem PKK – Verbot.

So wurden auf der entscheidenden, siebten Parteikonferenz der PKK zu Beginn des Jahres 2000, entgegen der offiziellen Version des PKK-Präsidialrats, nach glaubhaften, unabhängigen Berichten massive Auseinandersetzungen ausgetragen, die einer demokratisch – emanzipatorischen Kampfperspektive Hohn sprechen: Die Mehrheit der Delegierten, die ohnehin nicht basisdemokratisch legitimiert, sondern mehr oder weniger von der Führung und bestimmten Machtstrukturen kooperiert waren, waren mit dem neuen Kurs Öcalans nicht einverstanden und wagten es, diesen zu kritisieren; insbesondere die führenden Frauen weigerten sich, ihre eigenständige Frauenpartei aufzugeben und in das PKK – Zentralkomitee, das vom Präsidialrat beherrscht wurde, einzutreten; daraufhin wurden die kritischen Oppositionellen mundtot gemacht, bedroht, eingeschüchtert, z. T. inhaftiert und gefoltert. Die Dokumente über diese Auseinandersetzungen werden – obwohl vorhanden – bis heute nicht veröffentlicht, ohne daß sich kritische Anhänger die Frage stellen, warum eine Partei, die ja nicht mehr ein Alleinvertretungsanspruch im bewaffneten Kampf vertreten, sondern demokratisch legitimiert sein will, derartige Methoden nötig hat.

In der Folge überschlugen sich die Ereignisse:

Diejenigen, die an ihrer Kritik festhalten, wissen schließlich keinen anderen Ausweg mehr, als sich aus den zentralen Lagern der PKK im Nordirak abzusetzen und in das von der PUK kontrollierte Gebiet nach Süleymanya zu flüchten. Viele von ihnen werden zurückgeholt, gefangengenommen, gefoltert, einige ermordet, der PKK-Vorsitzende wird im theoretischen Organ der PKK „Serxwebun“ mit den Worten wörtlich zitiert, wonach Verräter gefangengenommen seien und diese „härteste Sanktionen nach Kriegsrecht“ erwarte.

Fast gleichzeitig mit der Veröffentlichung des „Offenen Briefes“ wurde in Westeuropa bekannt, daß eine Gruppe von PKK-lern, die sich auf bzw. nach dem 7. Parteikongreß wegen politischer Differenzen von der Organisation getrennt hatten, sich als „Freiheitsinitiative“ konstituiert und eine grundsätzliche Kritik an der neuen Linie der PKK veröffentlicht hatten.

Darin wurde betont; ihr Ziel sei nicht die Fortsetzung des Guerillakampfes, sondern eine Kritik der Linie von Kapitulation und Aufgabe des Kampfes für nationale Selbstbestimmung. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der ausführlich begründeten Kritik und den positiven Vorschlägen für die Entwicklung einer innerparteilichen Demokratie fand seitens der PKK-Führung nicht statt, vielmehr eine Flut von Artikeln gegen das „internationale Komplott“ in „Serxwebun“ und „Özgür Politika“, die in einem Artikel gegen die „Kösül-Bande“ vom 29.10.00 gipfelten:

Die „Kösül-Bande“ seien Provokateure, die das Friedensprojekt sabotieren würden; sie würden das Vertrauen von kurdischen Familien zur PKK zerstören; sie versuchten Leute zur Flucht aus der PKK zu bewegen; sie versuchten, daß das Volk ihre Kinder von der PKK zurückfordere. Die Bande bestehe aus bestimmten Personen, die mit Konterfei abgebildet in „Özgür Politika“ quasi zum Abschluß freigegeben werden. Es handele sich um eine Bande, die Teilnehmer des gegen den Vorsitzenden Öcalan begonnenen Komplotts seien; es handele sich um Banditen, denen die Bergluft zu schwer sei und die lieber nach Europa gehen würden.

Bereits vor dieser Kampagne gegen die „Köslü-Bande“ und das „internationale Komplott“ waren einige prominente (der zahlreichen) Kritiker des neuen Kurses Opfer von Anschlägen.

Im Zusammenhang mit der Kampagne gegen die „Kösül-Bande“ eskalierten die Anschläge.

Kritiker und „Oppositionelle“ werden selbst in Westeuropa eingeschüchtert und bedroht, Dokumente werden nicht veröffentlicht, eine offene Diskussion findet nicht statt.

Ein Problem in dieser Auseinandersetzung ist weiter – wie wir es auch im Zerfallsprozeß der kommunistischen und Arbeiterparteien beobachten könnten – daß die Einigkeit der Oppositionellen sich auf die Ablehnung der früheren Positionen und der gegenwärtigen Führung beschränkt, ansonsten aber sehr unterschiedliche Positionen und Meinungen zu den wichtigen Fragen bestehen. Hinzu kommt bei den Kurdinnen und Kurden, daß sie offenbar weder in ihrer Heimat noch im Exil einen zusammenhängenden Diskussions- und Organisationszusammenhang herstellen können, was von den Anhängern der gegenwärtigen Führung aber auch in massivster Weise verhindert wird.

\*\*\*Eingefügt, hier richtig?:

Schließlich zeichnen sich die Wortführer der oppositionellen Kräfte dadurch aus, daß sie selbst oft jahrelang kritiklose Anhänger des diktatorischen Regimes Öcalans waren und nicht unbedingt emanzipatorische Theorie und Praxis verkörpert haben.

So Selim Cürükkaya, Gründungsmitglied der PKK und prominentester Dissident der zweiten Hälfte der neunziger Jahre schreibt in seinem Buch „PKK – Die Diktatur des Abdullah Öcalan's“ mit beklemmender Genauigkeit, wie er die Organisation nach seiner elfjährigen Haft in türkischer Haft vorfand: Deformiert zur „stalinistischen Führerpartei“ unter der Diktatur Abdullah Öcalan und erstarrt im despotischen Klima geradezu „Orwell'scher Zustände“. Die Schwäche des Buches besteht nicht nur in zahlreichen offensichtlichen Unwahrheiten (so der angebliche PKK-Mord an einem nach wie vor aktiven Führungsmittglied) und haltlosen egozentrischen Übertreibungen (so die rührende Geschichte, nach der Flucht vor der PKK in Beirut mit den letzten Dollars von einem Nobelhotel aus im letzten Moment einen westeuropäischen Helfer erreicht zu haben).

Während die deutschen Unterstützer und sonstigen Interessierten abgestoßen haben dürfte, daß der Autor offenbar von autoritär- patriarchalischen Grundmustern beherrscht wird. Seine Entlarvung und Verurteilung der heuchlerischen Doppelmoral Öcalans hinsichtlich der Sexualität und angeblichen Befreiung der Frau, die in Wahrheit in vielen Fällen zur Folter, Unterdrückung, ja Tötung führte, stellte er ein Plädoyer für Liebe und Sexualität gegenüber, daß deutlich sexistische Züge trägt und wenig emanzipatorisch ist: Neben der Bewunderung für halbnackte (Westeuropäerinnen, die sich ohne Scheu vor Männern entkleideten) Frauenkörper in seiner Beyruther Unterkunft, wird ausgerechnet eine voyeuristische Darstellung der Prostitution und nicht als lateinamerikanischer Städte („viele junge Mädchen im Alter von 11-18 Jahren – blonde, braune, schwarze, weiße und rothäutige – stehen zu beiden Seiten der Straße auf den Bürgersteigen, einige oberhalb, andere unterhalb der Gürtellinie nackt, und warten auf einen Mann, der sie mitnimmt.“ S. 69) gerechtfertigt.

War es für Kurdinnen nicht akzeptabel, daß er Autor noch 1996 mit flammenden Reden gegen „Deutschland als Kriegspartei“ zu militanten Straßenprotesten zur Umsetzung der Linie Öcalans aufrief, während er sich zwei Jahre später ohne jede Selbstkritik zu dessen größten Kritiker aufspielt und seine Kritik in erster Linie an dem tabuisierten Thema von Gewalt und Unterdrückung von Frauen in der PKK festmacht, wobei ihm selbst also offensichtlich am Schicksal seiner eigenen Frau in der Hand des PKK-Vorsitzenden erst die Augen geöffnet wurden und er ohne nachvollziehbare Selbstkritik seines früheren Verhaltens vom größten Verehrer Öcalans zu seinem größten Hasser wird.

Diese Umstände verweisen auf die Probleme emanzipatorischer Bewegungen im Würgegriff des „Anti-Terror-Kampfes“. Die Schwächen und sozialökonomischen Ausgangsbedingungen der Befreiungsbewegungen eines brutal unterdrückten Volkes sind nicht durch bloße Willensakte und verbale Bezugnahme auf den Befreiungskampf der kommunistischen und Arbeiterparteien zu überwinden. Für die herrschenden Kräfte hingegen ist die Zerfleischung der PKK-Anhänger offensichtlich kein besonderer Grund zur Beunruhigung mehr: Während noch Mitte der achtziger Jahre Tötungen am Rande der PKK-Befreiungsbewegung zu deren Bekämpfung als „gefährlichste terroristische Organisation Europas“ und dem größten Terroristenprozeß mit flächendeckenden Durchsuchungen und Kriminalisierungsmaßnahmen geworden waren, läßt ein Doppelmord an einem behinderten ehemaligen Guerillakämpfer und seiner Lebensgefährtin, die sich gegen den Willen der PKK liiert hatten, zu keinen auch nur ansatzweise vergleichbaren Reaktionen erkennen, obwohl massive Indizien von Anfang an auf zumindest maßgebliche Beeinflussung durch die PKK-Führung hindeuten und das Gericht auch einen PKK-Funktionär wegen Beteiligung an dem Doppelmord (in I. Instanz) verurteilt hat (das Urteil ist noch nicht rechtskräftig): Der PKK-nahe Verein in Bremen wurde nicht geschlossen, obwohl maßgebliche Gespräche zur Vorbereitung des Mordes dort stattgefunden haben sollen. Offenbar weiß man, was man an der gezähmten PKK als Befriedungsorganisation und einer in sich zerstrittenen und sich teilweise heftig befehdenden kurdischen Exilgemeinde hat. Zwar gibt es auch vereinzelt noch Strafverfahren wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach § 129a StGB mit sehr viel geringeren Strafen als früher, andererseits

können PKK-nahe Vereine und ihr Dachverband praktisch ungestört zu Großveranstaltungen und Demonstrationen aufrufen und diese durchführen, was früher mehrere Jahre lang völlig undenkbar war. Von dieser durch den Anti-Terror-Kampf in der Türkei und in Westeuropa gezähmten und zersplitterten kurdischen Bewegung geht keine Gefahr mehr aus ...

Mit diesem notgedrungen stichwortartigen Streifzug der Geschichte einer früher mächtigen revolutionären Befreiungsbewegung soll der reaktionäre Charakter und die destruktive Kraft des „Anti-Terror-Kampfes“ demonstriert werden, der zwangsläufig das Gegenteil einer zivilisatorisch – emanzipatorischen Entwicklung bewirkt. Er könnte auch ein Beleg dafür sein, daß unter den gegenwärtigen globalen Verhältnissen eine emanzipatorische Bewegung auf sich allein gestellt, ohne die Kraft und Führung durch eine internationale fortschrittliche Partei, die notwendigerweise auch von den Metropolen aus die Kämpfe richtungsweisend unterstützen müssen, nur schwer vorstellbar ist.

Bleibt noch zu betonen, daß weder durch den momentan erfolgreichen Anti-Terror-Kampf gegen die PKK und die kurdische Bevölkerung noch durch deren Verwandlung in eine tendenziell mafiaähnliche Befriedungsorganisation die Unterdrückung des kurdischen Volkes beendet ist oder der Freiheitskampf endgültig besiegt wäre. Resultiert er doch aus den realen und konkreten Umständen, die verhindern, daß die Unterdrückten sich auf Dauer erfolgreich einreden lassen, ihre Unterdrücker seien ihre Partner, mit denen man global kooperieren müsse. Die Folgen des beginnenden Weltkrieges, in dessen Windschatten auch das kurdische Volk wie das palästinensische ganz besonders blutig verfolgt und massakriert werden, lassen bei den Betroffenen jedenfalls den Gedanken an eine erfolgreiche „pax americana“ gar nicht erst aufkommen.

\*\*\*Ende Einfügung\*\*\*

Diesen Personenkult wagte keiner seiner AnhängerInnen zu kritisieren. Im Gegenteil: Jede der oft unklaren und sich widersprechenden endlosen Ausführungen Öcalan's zu weltpolitischen und emanzipatorischen Themen („Befreiung der Frau“) wurden begeistert und unkritisch aufgenommen, er als eine Art „Halbgott mit übernatürlichen Fähigkeiten“ gefeiert. In PKK-Kreisen wurde ernsthaft die Ansicht vertreten, Öcalan sei so weise und weit entwickelt, daß er selbst nach seiner Entführung und Gefangennahme auf der Festungsinsel isoliert von der Außenwelt mehr Klarheit und wegweisende Richtung entwickeln könne, als die gesamte kollektive Führung. Dabei piffen es schon zu dem Zeitpunkt seines Prozesses die Spatzen von den Dächern, daß er zumindest mit massiver Unterstützung des türkischen Militärs die ursprüngliche Position des Präsidents hatte korrigieren können: Dieser hatte nämlich zunächst erklärt, seit dem Öcalan gefangen genommen worden sei, gelte auch für die PKK das Prinzip aller revolutionären Bewegungen, daß er keine besonderen Funktionen mehr ausüben könne. Wenige Wochen später wurde dies ausdrücklich korrigiert und zurückgenommen: Öcalan sei nach wie vor der maßgebliche Präsident bzw. Generalsekretär, der über seine Anwälte auch Einfluß auf die politische Entwicklung nehmen könne. Unbestätigten Berichten zufolge soll er von den türkischen Sicherheitsbehörden die Möglichkeit erhalten haben,

beim Präsidialrat telefonisch anzurufen und mitzuteilen: Wenn die ursprüngliche Haltung des Präsidialrats nicht sofort öffentlich korrigiert würde, würde er über das türkische Fernsehen die Kurden zur sofortigen Beendigung des bewaffneten Kampfes aufrufen.

Die Parallelen etwa zu der peruanischen Guerillaorganisation „Sendero Luminoso“ nach der Gefangennahme des Vorsitzenden Guzman, der über das Fernsehen einen dramatischen Aufruf zur Beendigung des bewaffneten Kampfes verbreitet hatte, sind nicht zu übersehen. Ein international aktiver und renommierter Rechtsanwalt, der den Prozeß auf der Festungsinsel vor der lateinamerikanischen Küste besucht und Vertreter der Organisation verteidigt hat, hat mir von einem Spezialprogramm des CIA Geheimdienstes für derartige Fälle berichtet, das von einem Psychologenteam entwickelt worden sei: Man unterziehe die gefangenen Guerillaführer einer „Gehirnwäsche“ bzw. suche nach „schwachen Punkten“, um sie „umzudrehen“ – offensichtlich eine Konsequenz aus dem historischen Fehlschlag der Ermordung eines weltberühmten Guerillaführers nach seiner Gefangennahme in Ansprache mit dem US-Militär: Der kubanische Revolutionär Ernesto Che Guevara wurde nach seiner Ermordung zum Idol der kämpfenden Jugend in der ganzen Welt und ist dies auch heute noch. Aus diesem Fehler hat man offensichtlich gelernt und die Konsequenzen gezogen, sonst wäre Öcalan vom berüchtigten türkischen Geheimdienst mit Sicherheit schon im Flugzeug umgebracht worden ... KurdInnen mit Einblick in die Führungsstruktur der PKK wissen auch, was ein solcher „kritischer Punkt“ bei dem PKK-Vorsitzenden sein könnte: Seine zahlreichen Verhältnisse mit Frauen entgegen der offiziellen Doktrin, daß PKK-Revolutionäre enthaltsam zu leben und nicht einmal eine Frau berühren dürften, deren Verletzung bei den PKK-Anhängern bis hin zur Todesstrafe massiv geahndet wurde, während er selbst über einen heimlichen Harem verfügte und zahlreiche Kurdinnen gegen ihren Willen zu Sexualobjekten gemacht haben soll ... Geheimdienste, die in der Lage waren Öcalan in seinem Domizil in Damaskus bei sehr unvorteilhaften, rüden Abkantzungen seiner Funktionäre zu beobachten und zu filmen, dürften dies auch von intimeren Szenen gemacht haben – ein unter PKK-Anhängern nach wie vor so sensibles Thema, daß selbst Kritiker der neuen PKK-Führung, die keinen Einblick in die innere Führungsstruktur hatten, derartiges kategorisch ausschließen und als „Feindpropaganda“ abtun, obwohl es bereits 1998 hierzu das Buch eines ehemaligen PKK-Führers mit vielen Beispielen hierzu weltweit verbreitet wurde (siehe unten).

### **. Befreiungsbewegung und Terrorismus**

Wie oben dargelegt, kann der Terrorismus nicht nur auf Kampfmethoden reduziert werden sondern ist auch nach den Zielen zu beurteilen. Aus der Sicht der Befreiungsbewegungen stellt sich daher auch aus völkerrechtlicher Sicht die Frage der Legitimation und Abgrenzung, auch wenn sie in der aktuellen Debatte unter den Tisch gekehrt werden soll.

Hierzu einige Passagen aus dem Standard-Werk von Norman Paech und Gerhard Stuby, „Völkerrecht und Machtpolitik in den internationalen Beziehungen“ (Hamburg 2001).

*Trotz der Ablehnung in den NATO-Staaten muß heute die Gewaltfrage im Befreiungskampf durch die Resolutionspraxis der UNO und die Staatenpraxis völkerrechtlich als entschieden betrachtet werden – was nicht heißt, daß sich nicht immer neue Einwände auf tun würden... Im Jahr 1972 beabsichtigte der Generalsekretär der UNO nach einer Reihe von Flugzeugentführungen und dem Anschlag der Palästinenser auf die israelische Olympiamannschaft in München, die Vorbeugung des Terrorismus auf die Tagesordnung der 27. Sitzung der Generalversammlung zu setzen. Er mußte sich dabei mit den begründeten Befürchtungen auseinandersetzen, daß der Terrorismus zum Heben gegen die Befreiungsbewegung benutzt werde, wenn nicht eine klare Trennungslinie zwischen den beiden Formen der Gewaltanwendung gezogen würde. So gelang es zwar in der Generalversammlung ein adhoc-Komitee einzurichten, welches nicht nur Maßnahmen gegen den Terrorismus, sondern auch seine Entstehungsgründe untersuchen sollte. ... Der im nächsten Jahr vorgelegte Bericht der ad-Hoc-Kommission machte noch einmal die von der Mehrheit gewünschte Trennung in der Behandlung von Terrorismus und Befreiungskampf deutlich und betonte, daß es nicht auf die angewandten Mittel und Methoden der Kampfführung bei der Unterscheidung ankomme, sondern auf die Ziele und Motive.*

*Das bedeutet gleichwohl nicht, daß die Befreiungsbewegungen zur Methoden außerhalb der Grenzen des codifizierten Kriegsrechts greifen dürfen, da sie als Unterzeichner des Ersten Zusatzprotokolls von 1977 die Kriegsregeln akzeptieren. Das heißt, daß die Entführung ziviler Flugzeuge oder Schiffe sowie Attentate auf Zivilpersonen nicht zu den legitimen Mitteln des Befreiungskampfs gehören. Auch der Versuch, ‚die Konvention über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten‘ auf die Befreiungsbewegungen zu erstrecken, konnte abgewehrt werden, denn in Ziffer 4 wird ausdrücklich erwähnt, daß die Ausübung des legitimen Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit in keiner Weise beeinträchtigt werden soll. Im Ergebnis ist zwar die Codifizierung der Terrorismusfrage in den folgenden Jahren nicht wesentlich vorangekommen, die eindeutige Trennung des Befreiungskampfes vom Terrorismus sollte jedoch gelungen sein.“ (Paech/Stuby, S. 503ff)*

## **5. Anmerkungen zur aktuellen Situation**

Aus den Ausführungen folgt: Die Terrorismusbekämpfung ist jahrzehntelang Vorwand für weiter gesteckte politische Ziele der Hegemonialmächte und ihrer Geheimdienste gewesen. Sie ist einerseits als Verfolgung bloß Verdächtiger, die in der Öffentlichkeit als „Terroristen“ vorverurteilt werden, angelegt, Beweise werden wenn überhaupt zweitrangig. Zum anderen werden offensichtlich von den Geheimdiensten instrumentalisierte militante Organisationen durch agents provocateurs und andere Methoden instrumentalisiert, um mit Hilfe von einzelnen terroristischen Aktion bzw. solchen die Terroristen in die Schuhe geschoben werden, militante radikaldemokratische und vor allem revolutionäre Gruppen zu Staatsfeinden zu erklären.

Dies zeigt exemplarisch den Ursprung der Entstehung und Entwicklung der Bin Laden-Organisation. Hierzu einige Auszüge aus einer Untersuchung des canadischen Soziologen Michel Choussudovsky. Nach jüngsten Pressemeldungen soll Bin Laden noch zwei Monate vor den Anschlägen in einem amerikanischen Hospital in Dubai von einem CIA-Agenten aufgesucht worden sein: Offensichtlich werden wir noch einige Überraschungen in dieser Hinsicht erleben.

### **5.4. Zusammenfassung**

Die Ausführungen lassen sich in einer These so zusammenfassen:

*Während die „Bekämpfung des Terrorismus“ in den ersten Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg vor allem als Vorwand benutzt wurde um oppositionelle militante und nationalrevolutionäre Widerstandsbewegungen zu observieren, infiltrieren, zu zerschlagen, den Sicherheitsapparat und andere Repressionsinstrumente (insbesondere Kriminalisierung) zu stärken, und damit die zweite Front neben dem Kampf gegen die „kommunistische Gefahr“ zu stärken, soll sie heute vor allem als Vorwand dienen, um in internationalen Maßstab hegemoniale Interessen durch militärische Interventionen durchzusetzen bzw. abzusichern und im Inneren jede Opposition überhaupt auszuschalten und die „Ruhe an der Heimatfront“ sicherzustellen; die Festung des industrialisierten, „zivilisierten“ Nordens gegen den Trikont auf eine gemeinsame ideologisch – politische Basis zu stellen und mit polizeistaatlichen Mitteln nach außen und innen zu militarisieren und zu faschisieren. (Diese Pläne müssen aufgrund der inneren Widersprüche der Hegemonialmächte und des Widerstandes im Trikont scheitern, können aber zu einem schrecklichen Inferno führen, wenn die Bevölkerung des Nordens den Herrschenden nicht auch in den Arm fällt.)*

Bremen, 27.11.2001

H.-Eberhard Schultz